

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 320 ==

Geheimer Rat und Kabinett in Baden unter Karl Friedrich (1738—1811)

Von

Dr. Berthold Beinert

==
v
Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1937

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Dem Andenken
meines Vaters Dr. Johannes Beinert †
gefallen im Weltkrieg
und
meines Stiefvaters Dr. Karl Wild †
gewidmet



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Verzeichnis der Abkürzungen	3
Vorwort	5
Kapitel I: Charakter und Einrichtungen des Absolutismus in Baden-Durlach bei der Regierungsübernahme durch Karl Fried- rich im Jahre 1746	9
1. Charakter des durlachischen Absolutismus.	
2. Die Kabinettsregierung Karl Wilhelms (1709—1738).	
3. Der Geheime Rat als oberste Landesbehörde unter der Vormundschaft.	
Kapitel II: Regierungspraxis und staatliche Aufgaben in der dur- lachischen Zeit Karl Friedrichs	23
1. Karl Friedrichs Regierung im Rate.	
2. Die Geheime Deputation von 1753.	
Kapitel III: Die Selbstregierung Karl Friedrichs in der markgräf- lichen Zeit bis zum Ausbruch des 1. Koalitionskrieges	35
1. Leitung der auswärtigen Politik vom Kabinett aus. Wilhelm von Edelsheim als Geheimer Rat für das Auswärtige und seine Stellung zum Geheimen Ratskollegium.	
2. Persönliche Leitung des Finanzwesens und der staatswirt- schaftlichen Reformen vom Kabinett aus.	
3. Die Fürstenbundspolitik als Politik des Kabinetts.	
Kapitel IV: Karl Friedrich und das Problem der Staatsführung.	69
Kapitel V: Geheimer Rat, Minister und Kabinett zur Zeit der Koa- litionskriege und der Herrschaft Napoleons	87

Verzeichnis der Abkürzungen.

GLA.	=	Badisches General-Landesarchiv Karlsruhe.
B. Gen.	=	GLA. Baden Generalia Faszikel Nr.
Rep. d. Stbeh.	=	GLA. Repositur der Staatsbehörden (Angabe nach Konvoluten)
Univ. Hdbg.	=	GLA. Akten der Universität Heidelberg Faszikel Nr.
HSTA.	=	Badisches Haus- und Staatsarchiv Karlsruhe.
P. C.	=	Politische Correspondenz Karl Friedrichs von Baden (1783—1806), herausgeg. von B. Erdmannsdörffer und K. Obser. 6 Bde. Heidelberg 1888 ff.
ZGORh.	=	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, hrsg. von der Badischen Historischen Kommission.

Vorwort.

Die Anregung zu der vorliegenden Untersuchung ging von Herrn Professor Dr. Willy Andreas an der Universität Heidelberg aus. Es ist mir ein Bedürfnis, ihm auch an dieser Stelle für seinen fachkundigen Rat und stets wohlwollende Förderung aufrichtigen Dank zu sagen.

Die Darstellung beruht auf dem reichen ungedruckten Material des Badischen Generallandesarchivs und des Haus- und Staatsarchivs in Karlsruhe. Die von Bernhard Erdmannsdörffer und Karl Obser in der „Politischen Correspondenz Karl Friedrichs von Baden“ veröffentlichten Aktenstücke mußten vielfach in den Originalen aufgesucht werden, um aus Eingang oder Schluß Angaben über die Art und Weise der Geschäftsbehandlung zu ergänzen. Die von Karl Obser mitgeteilten Tagebuchaufzeichnungen des Markgrafen von 1764 und die meist undatierten Niederschriften aus späteren Jahren, darunter die bekannten Auseinandersetzungen mit den Juristen, konnten zu der Entwicklung des Geheimen Rats und des Kabinetts in Beziehung gebracht werden.

Für die allgemeine Geschichte der obersten Staatsbehörden und der Kabinettsbildung boten die bekannten Werke zur badischen Verwaltungsorganisation von Wolfgang Windelband und Willy Andreas wertvolle Erkenntnisse.¹

1. Wolfgang Windelband, Die Verwaltung der Markgrafschaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs, herausgeg. von der Badischen Historischen Kommission. Leipzig 1917.

Willy Andreas, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802—1818. Bd. I: Der Aufbau des Staates im Zusammenhang der allgemeinen Politik, herausgeg. von der Badischen Historischen Kommission. Leipzig 1913.

In seinem auf genauer Durchforschung des Materials beruhenden Buch schildert Windelband nach dem Vorbild von Otto Hintzes Querschnitt durch die preußische Verwaltung im Jahr 1740² die Verwaltung der Markgrafschaft Baden ebenfalls im Querschnitt, wofür er sich das Jahr der Vereinigung der beiden Markgrafschaften unter Karl Friedrich (1771) gewählt hat. Neben der Darstellung des Zuständlichen kommt es ihm dabei wesentlich auf die Kennzeichnung der typischen Erscheinungsform des kleinstaatlichen aufgeklärten Absolutismus an. Eine Untersuchung von Karl Friedrichs Regierungsweise im Kabinett und im Geheimen Rat muß sich notwendig noch stärker an die Persönlichkeit des Fürsten anlehnen und mit ihr die Entwicklung der Regierungsformen durch die verschiedenen Epochen seiner Regierungszeit begleiten. Andreas hat in seinem großangelegten Werk auf die Wichtigkeit der alten badischen Markgrafschaft als Kernzelle für die Bildung des neuen Mittelstaats hingewiesen. So lege ich in meiner Darstellung das Schwergewicht auf die Regierungszeit Karl Friedrichs im 18. Jahrhundert vor Ausbruch der Koalitionskriege; denn hier spricht Karl Friedrich selber als formender und gestaltender Landesherr, hier können wir den Geist der alten Markgrafschaft in seinen persönlichen Voraussetzungen erkennen. Gleichzeitig treten die Schwächen des alten noch im Rahmen des Reiches eingebetteten Staatsgebildes zutage, die bisher durch Drais' verklärende Schilderung überdeckt waren. Sie bilden einen wichtigen Grund für die Schwierigkeiten, die in der Spätzeit Karl Friedrichs an der Spitze der Regierung auftraten.

Die Entwicklung des Kabinetts im Kurstaat und im Großherzogtum bis zum Todesjahr 1811 ist nicht mehr durchgehends vom Willen Karl Friedrichs bestimmt. Sie steht vielfach unter dem Einfluß von Persönlichkeiten, die im Wettstreit der Hofparteien gegeneinander ausgespielt und von der Gunst Napoleons nach dem Interesse des Augenblicks befördert und auf ein Wort von ihm wieder beseitigt wurden.

2. Otto Hintze, Darstellung der Behördenorganisation und der allgemeinen Verwaltung in Preußen beim Regierungsantritt Friedrichs II. Acta Borussica, Bd. VI. 1901.

Eine einheitliche Linie ergibt sich daraus, daß sich der greise Karl Friedrich um so mehr an die alten patriarchalischen Formen des Verkehrs mit wenigen Vertrauten klammerte, je mehr eine ihm entfremdete Zeit über ihn und seinen Staat hinwegstürmte.

Neben der umfassenden Darstellung von Andreas ist diese Monographie bestrebt, den Einblick in das Wesen Karl Friedrichs und seines Staats zu vertiefen.

Für die bereitwillige Öffnung der Bestände des Badischen Generallandesarchivs und des Haus- und Staatsarchivs in Karlsruhe und entgegenkommende Beratung bin ich Herrn Archivdirektor Dr. Hermann Baier, Herrn Archivrat Dr. Dietrich Siebert und Herrn Archivrat Dr. Manfred Krebs zu besonderem Dank verpflichtet. Ebenso danke ich Herrn Archivdirektor Dr. Riedner und den Herren Archivräten Dr. Stoll und Dr. Hösl in München für ihre hilfsbereite Durchsicht der verschiedenen Abteilungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und die Gewährung der Einsichtnahme in die Baden betreffenden Akten des Geheimen Staatsarchivs. Der freundlichen Vermittlung von Herrn Privatdozent Dr. Ulrich Crämer verdanke ich eine wichtige Mitteilung aus dem Thüringischen Staatsarchiv zu Weimar. Ferner habe ich der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Heidelberg, die mir die Bearbeitung umfangreicher Aktensendungen in Heidelberg ermöglichte, besonders Herrn Professor Dr. Hermann Finke und Herrn Bibliothekar Dr. Josef Berenbach für ihre stete Hilfsbereitschaft bestens zu danken. Persönliche Beratung und Förderung erfuhr ich von Herrn Geheimen Rat Dr. Karl Obser und den Herren Bibliothekar Dr. Friedrich Lautenschlager, Privatdozent Dr. Rudolf Craemer, Königsberg, Privatdozent Dr. Hans Hajmar Jacobs, Professor Dr. Franz Schneider und Inspektor Held, Karlsruhe.

Schließlich gilt mein Dank den Herren Beamten des Generallandesarchivs Karlsruhe und der Universitätsbibliothek Heidelberg für ihre Mühe und bereitwilligen Dienste.

Heidelberg, im September 1936.

B. Beinert.

Kapitel I.

Charakter und Einrichtungen des Absolutismus in Baden-Durlach bei der Regierungsübernahme durch Karl Friedrich im Jahre 1746.

Der Territorialbesitz des zähringischen Hauses, wie er im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts zusammengekommen war, bot das für den Südwesten des Reiches charakteristische Bild: Trümmer, gerettet aus dem politischen Zusammenbruch der staufischen Macht am Rhein. Aus der unglücklichen Zerreißung der badischen Stammlande an Pfinz und Murg durch die Erbteilung vom Jahre 1535 ging wenigstens der nördliche durlachische Teil zusammengekommen mit den verhältnismäßig großen und außerordentlich fruchtbaren oberen Herrschaften Hochberg, Badenweiler und Sausenberg mit Rötteln als wirtschaftlich lebensfähig hervor.¹ Die charakteristischen Eigenschaften der Durlacher Linie, hausväterliche Vorsorge und Strenge, schufen hier eine Tradition, die, allen gewagten Unternehmungen abgeneigt, auf eine stetige Abrundung und Vervollkommnung der Besitzungen hinwies. Das Ziel dieser territorialen Politik, die abgeschlossene Selbständigkeit der Territorialherrschaft, war durch zähe Beharrlichkeit bis gegen die Mitte des 18. Jahrhunderts nahezu erreicht: es gab keine fremden Leibeigenen mehr im Bereich der Gerichtsbarkeit der baden-durlachischen Markgrafen. Private Grundherren übten innerhalb des badischen Territoriums keine Gerichtsbarkeit aus. Bei dem nahezu gänzlichen Fehlen eines eingessessenen Adels stand

1. E. Gothein, Die badischen Markgrafschaften im 16. Jahrh., Neujaarsblätter der Badischen Historischen Kommission, N. F. 13, 1910. Th. Ludwig, Der badische Bauer im 18. Jahrh., Straßburg 1896, bes. S. 20 f., 110 f.

der Landesherr einer einheitlichen Masse von Untertanen gegenüber. Was die wirtschaftliche Einheitlichkeit anging, war allerdings noch die Ablösung fremder Zins- und Zehntrechte als kostspielige Aufgabe für die Zukunft bestehen geblieben. Es handelte sich dabei vor allem um grundherrliche Rechte des Deutschen Ordens in der Markgrafschaft Hochberg.

Die Tatsache der Landesteilung und die steigende Spannung zwischen den beiden Erben, den Markgrafen Bernhard und Ernst, zeigten zum erstenmal, daß der Territorialbesitz des badischen Hauses auch innerlich zur Landschaft zusammengewachsen war; die drohende Gefahr des offenen Bruchs im Jahre 1536 rief plötzlich Landstände auf den Plan, die innere Einheit des Territoriums zu bewahren.² Für die Entwicklung eines einflußreichen Ständewesens stellte jedoch die zerstreute Lage der Landesteile ein zu großes Hindernis dar. Zudem fehlte den badischen Landständen ein fester Rückhalt, wie ihn die Stände im benachbarten habsburgischen Breisgau am eingesessenen Adel und den Prälaten, im Herzogtum Württemberg am wohlhabenden Bürgertum fanden.³ Der Westfälische Friede zerteilte die Markgrafschaft aufs neue unter die lutherische Linie Durlach und den katholischen baden-badischen Zweig des Hauses. Durch kluge Sparsamkeit gelang es den Durlacher Markgrafen, ihre Unabhängigkeit den Landständen gegenüber zu festigen. Als Markgraf Friedrich VI. im Jahre 1668 gegen bestimmte Zusicherungen über die Verwendung der einzelnen Gelder den Verzicht der Stände auf fernere Teilnahme an der Schuldenverwaltung forderte, stieß er auf keinen Widerstand mehr. Die Landstände, die sich längst nicht mehr als Vertreter des ganzen Landes fühlten, hatten sich selber aufgegeben.

So waren die Markgrafen von Baden-Durlach im Laufe des 17. Jahrhunderts dank ihrer hausväterischen Erwerbstüchtigkeit

2. Gothein a. a. O. S. 10 ff., 47. Derselbe, Die Landstände am Oberrhein in: 25 Jahre der Badischen Historischen Kommission.

3. E. Gothein, Der Breisgau unter Maria Theresia und Joseph II., Bad. Neujahrsblätter, N. F. 10, 1907. Friedrich Wintterlin, Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg, Stuttgart 1902/06. Max Miller, Die Organisation und Verwaltung von NeuWürttemberg unter Herzog und Kurfürst Friedrich. Württemb. Vierteljahrshefte für Landesgeschichte, N. F. 37.

und zugleich infolge eines politischen Erstarrungsprozesses von unten zu absoluten Herren in ihren Besitztümern geworden: sie verfügten über ein Beamtentum, das ausschließlich zu ihnen in persönlichem Dienstverhältnis stand, und hatten das uneingeschränkte Recht über Leib und Vermögen ihrer Untertanen.⁴

Die Entwicklung zur absoluten Herrschaft, die im übrigen Deutschland oft in heftigen politischen Kämpfen vor sich ging, nahm also hier in Baden einen ganz reibungslosen Verlauf. Doch bei dem Fehlen jeglicher politischen Spannung im Innern ging auch der Ansporn zu außerordentlichen, und das heißt staatsbildenden Leistungen verloren.⁵ Die Souveränität mußte nicht in rücksichtslosem Kampf gegen ständische Gewalten ausgerichtet und für die Zukunft gefestigt werden; sie erschien als die verdiente Frucht der biedereren Regierungsgrundsätze des Fürstenhauses und der gerechten Verwaltung ihrer Lande.

Da in Baden der naturhafte, aus Kampf geborene Antrieb zur staatsschöpferischen Leistung fehlte, kam hier alles noch mehr als sonst auf den politischen Weitblick der Fürsten an und auf ihre Fähigkeit, die aus den Forderungen ihrer Zeit gewonnenen Erkenntnisse methodisch in der Verwaltung ihrer Lande zu verwerten.

In den ersten Jahrzehnten nach den verheerenden Kriegen der Jahrhundertwende erlebte die Markgrafschaft den autokratischen Despotismus⁶ unter dem Markgrafen Karl Wilhelm (1709—1738).⁷

4. vgl. B.Gen. 9029.

5. Carl Schmitt, Die Diktatur. Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf. München, Leipzig 1921. Derselbe, Der Begriff des Politischen. Wissenschaftliche Abh. u. Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, Heft X. München 1932.

6. Über die verschiedenen Entwicklungsstufen des Absolutismus vgl. R. Koser, Die Epochen der absoluten Monarchie in der neueren Geschichte, HZ Bd. 61, S. 246 ff.

7. Über die Regierung des Markgrafen Karl Wilhelm vgl. Heinrich Dietrich, Die Verwaltung und Wirtschaft Baden-Durlachs unter Karl Wilhelm. Heid. Diss. 1911. Als notwendige Ergänzung und Richtigstellung dazu die Ausführungen W. Windelbands, ZGORh. N. F. XXVII S. 359. Paul Lenel, Badens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung unter Markgraf Karl Friedrich, 1913, Freib. Abh. aus d. Gebiete d. öffentl. Rechts, herausg. von H. Rosin und Rich. Schmidt, Heft XXIII, S. 15 ff. W. Windelband,

Seine Regierungstätigkeit hinterließ eine greifbare Nachwirkung im Geist der badischen Beamtenschaft; er hämmerte ihnen Ordnung ein und Sauberkeit. Aber sein Regiment war ganz auf den Nutzen des Augenblicks abgestellt. Mit seiner Finanzpolitik stand er noch auf dem Boden der Auffassung des 17. Jahrhunderts, „die Handel und Wirtschaft bereits nach dem Gesichtspunkt des unmittelbaren Ertrags beurteilte, bevor überhaupt die notwendigen Voraussetzungen dazu geschaffen waren“.⁸ Karl Wilhelm war ein tüchtiger Hausherr, der in seinen eigenen „affaires“ aufs genaueste Bescheid wußte. Die wichtigeren Finanzgeschäfte besorgte er selbst „mit einer unermüdeten application“ und mochte sie keinem andern überlassen.⁹ Diese Einstellung des Fürsten stand einer Staatsbildung im Wege. Denn das tiefe Mißtrauen gegen die Untergebenen, das der rein finanztechnische Gesichtspunkt mit sich brachte,¹⁰ ließ den Räten keinerlei Selbständigkeit; Karl Wilhelm brauchte nur Handlanger, denen man unablässig auf die Finger sieht.

Die Einrichtung, die er zur Behandlung der Regierungsgeschäfte traf, war deshalb auch ganz auf seine Person zugeschnitten.

Nach dem Übersiedeln in die von ihm begründete Residenz Karlsruhe wies er sämtliche Kollegien an, die bei ihnen eingehenden schriftlichen Sachen sofort noch uneröffnet ins Kabinett zu senden und die fürstliche Intention abzuwarten.¹¹

Der Sekretär des Markgrafen, Johann Ernst Bürcklin,¹² der

Die Verwaltung der Markgrafschaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs, hrsg. v. d. Bad. Hist. Komm. 1917, S. 22, 185. F. Schneider, Die Anfänge von Schloß und Stadt Karlsruhe, ZGORh. N. F. XLVII. Dazu die Akten, bes. die Geh. Rats- und Kabinettsprotokolle.

8. E. Strobel, Der Neuaufbau der Verwaltung und Wirtschaft der Markgrafschaft Baden-Durlach nach dem Dreißigjährigen Krieg bis zum Regierungsantritt Karl Wilhelms. Hist. Studien, Ebering, Berlin 1935, Heft 275, S. 9.

9. B.Gen. 9029.

10. Im Gegensatz zur Sachtechnik, die den Staat bildet, C. Schmitt, Die Diktatur, S. 8, 12.

11. Dietrich a. a. O. S. 12.

12. Johann Ernst Bürcklin, geb. 1689, war der Sohn des Geh. Sekretärs Peter Erhard Bürcklin. Er wurde am 24. April 1713 als Kabinettssekretär angestellt, ein Jahr darauf zum Geheimen Sekretär ernannt. Er starb im Jahre 1771. vgl. A. Krieger, Die Familie Bürcklin, S. 78 ff.

nur dem Schreiberstand angehörte, öffnete von jetzt an alle eingehenden Schreiben, legte sie dem Markgrafen vor und führte ein Kabinettsprotokoll über die ergangenen Verfügungen. Aus den Kabinettsprotokollen ist am unmittelbarsten ein Bild vom Charakter der Selbstregierung Karl Wilhelms zu gewinnen: der temperamentvolle Herr wollte jede Angelegenheit möglichst zweckmäßig und rasch behandelt wissen; er hielt sich nicht an seine Behörden gebunden, sondern berief den oder jenen seiner Räte zu sich, manchmal ließ er sich von besonders angeordneten Kommissionen Gutachten erstatten.

Der Geheime Rat hielt seine Sitzungen nicht mehr unter dem Vorsitz des Markgrafen, sondern erledigte seine Arbeiten auf der Kanzlei wie die andern Kollegien. Jede Woche ließ sich Karl Wilhelm die Protokolle sämtlicher Behörden ins Schloß schicken. In seiner Eigenschaft als Geheimer Referendär legte der Kabinettssekretär Bürcklin dem Markgrafen die Protokolle im Kabinett vor und mußte sich bereithalten, ihm über den Zusammenhang der vorkommenden Angelegenheiten Auskunft zu geben. Anschließend legte er ihm die dazugehörigen Ausfertigungen zur Unterzeichnung vor. Nach vollzogener Unterschrift wurden sie von Bürcklin versiegelt und abgesandt.

Nach zwanzig Jahren autokratischer Herrschaft begann der Markgraf zu spüren, daß er seiner eigenen Person zu viel aufgebürdet hatte. Er fühlte ein Nachlassen seiner Kräfte und suchte nach „Erleichterung von seiner schweren Regierungslast“.¹³ Die Durchsicht der Kollegialprotokolle wurde ihm zu viel. Er übertrug diese Aufgabe einer aus den Mitgliedern des Geheimen Rats und dem Geheimen Referendär Bürcklin gebildeten Geheimen Deputation, über die der Erbprinz Friedrich den Vorsitz führte (1729). Die nötigen Entscheidungen sollten durch Mehrheitsbeschluß bereits in der Geheimen Deputation getroffen und dem Markgrafen durch den Geheimen Referendär Bürcklin im Kabinett zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Das Ver-

13. Über die Einsetzung der Geh. Deputation vgl. Lenel a. a. O. S. 15 ff., Dietrich a. a. O. S. 56, die von Dietrich als Mitglieder aufgeführten Geh. Hofräte Schmaus und Wielandt sind die bürgerlichen Mitglieder des Geh. Rats, während Bürcklin „wegen des obhabenden Geh. Referendariats“ nur dem Rang nach „mit den Geh. Hofräten und Kammerjunkern roulierte“.

siegeln und Absenden der fürstlichen Befehle wurde von jetzt ab den einzelnen Kollegien überlassen.¹⁴ Ihre Sekretäre mit Ausnahme des zugleich als Kabinetts- und Geheimen Ratssekretär beschäftigten Bürcklin traten jedoch damit in keine nähere Beziehung zum Kabinett.

Karl Wilhelm hatte sich, wie Paul Lenel feststellt, mit der Einrichtung der Geheimen Deputation jedes unmittelbaren Einflusses auf die Geschäftsführung der Kollegien begeben.¹⁵ Die zuverlässige Abwicklung der Regierungsangelegenheiten glaubte er durch die Dienstauffassung seiner Räte und die nach dem System der Kontrolle aufgebaute kollegiale Geschäftsbehandlung in den Behörden gesichert. Die öffentliche Audienz, in der er Beschwerden gegen die Kollegien entgegennahm, bewahrte ihm die Möglichkeit der obersten Aufsicht. Im übrigen gab Karl Wilhelm die bisherige Kabinettsregierung keineswegs auf. Die Initiative lag nach wie vor bei ihm. Der frühe Tod des Erbprinzen¹⁶ und die Wirren des polnischen Erbfolgekrieges (1733 bis 1735), der auch die oberrheinischen Landstriche über zwei Jahre lang heimsuchte, verhinderten es, mit diesem Versuch einer, wenn auch nur teilweisen, Loslösung der Regierungsgeschäfte von der Person des Herrschers eingehende Erfahrungen zu machen.

Nach seiner Rückkehr von Basel im Herbst 1736, wo er sich während der Kriegsjahre hatte aufhalten müssen, bemühte sich Karl Wilhelm, wieder Ordnung in die Verwaltung zu bringen. Die Geheime Deputation wurde in der Form „retabliert“, daß nunmehr sämtliche Protokolle in den gewöhnlichen Sitzungen des Geheimen Rats durchgegangen werden sollten.¹⁷ In der Annahme und Bearbeitung der schriftlichen Sachen hatte die lange Abwesenheit des Markgrafen, der einen Teil seiner Räte mit sich genommen hatte, zu einer großen Verwirrung geführt. Karl Wilhelm kam nicht mehr dazu, hierfür eine neue Einrichtung zu treffen. Infolge eines Schlaganfalls wurde er plötz-

14. A. Krieger a. a. O. S. 84 ff.

15. Lenel a. a. O. S. 16.

16. Der Erbprinz starb am 26. März 1732.

17. Lenel a. a. O. S. 16. GLA. Handschriftensammlung Nr. 66, Denkschrift Gemmings von 1759.

lich zu einem müden und energielosen Manne, dem jede Arbeit zu viel war. Er ließ den Kollegien sagen, „man solle thun, was man recht und billich findet“. Am 12. Mai 1738 starb der Markgraf, erst neunundfünfzig Jahre alt, und hinterließ seinen unmündigen Enkel Karl Friedrich als Nachfolger.

Die Vormundschaft war durch ein Testament Karl Wilhelms geregelt. Das Geheime Ratskollegium war darin als vormundtschaftliches Landesregierungskollegium eingesetzt.¹⁸ — Seine Arbeit hatte sich in den letzten Monaten bedeutend vermehrt. Man hatte häufig den Kammermeister von Gemmingen zu den Sitzungen zugezogen, allerdings ohne ihm die Stellung eines ordentlichen Mitglieds einzuräumen. Immerhin kommt auch darin die Tatsache zum Ausdruck, daß der Geheime Rat sich wieder zur obersten Landesbehörde erhob.

Obwohl der Geheime Rat durch die Bestimmungen des Testaments zu einem korporativ geschlossenen obersten Regierungskollegium geworden war, schieden seine Mitglieder noch deutlich zwischen den Geschäften, die „vor das Geheime Ratskollegium als solches“ gehörten, und den Aufgaben, die ihm auf Grund der besonderen Vollmacht übertragen waren.¹⁹ Hierzu rechneten sie das Durchgehen der Protokolle, Beschwerden gegen die andern Kollegien und „alles, was einem Landesherrn sonsten ad manus pflegt eingegeben zu werden“. Die letzteren Dinge kamen nur in Anwesenheit des fürstlichen Administrators, des Markgrafen Karl August, zur Behandlung. Außerdem bedurften die Beschlüsse des Geheimen Rats der Approbation der in Durlach wohnenden Markgräfin-Witwe, der jede Woche durch Bürcklin in Gegenwart eines Geheimen Ratsmitglieds aus den Protokollen aller Kollegien referiert wurde. Erst nach ihrem Tode im Jahre 1742 konnten alle Regierungsgegenstände unter dem Vorsitz des Markgrafen Karl August in den Sitzungen des Kollegiums selber entschieden werden.

Bürcklin wurde jetzt völlig ausgeschaltet. An seiner Stelle wurden zwei besonders beim Kollegium angestellte „Geheime

18. J. Ch. Sachs, Einleitung in die Geschichte der Markgrafschaft Baden, Karlsruhe 1773, Bd. V, S. 141 f. B.Gen. 1358.

19. B.Gen. 1483 Votum des Geh. Hofrats Wielandt vom 10. Okt. 1740, dazu B.Gen. 1358.

Sekretäre“ mit der Führung der Protokolle und der Ausfertigung der beschlossenen Schreiben und Verfügungen beauftragt. Zwei Geheime Registratoren und ein Kanzlist vervollständigten die „Geheime Kanzlei“. Für das Verhältnis der neuen Geheimen Sekretäre zum Kollegium war es sehr wichtig, daß sie nicht mehr dem Schreiberstand angehörten. Nach dem Vorbild der beim Hofratssekretariat schon seit einigen Jahren getroffenen Einrichtung²⁰ bekam den Posten des ersten Geheimen Sekretärs jetzt in der Regel ein bereits im Dienst bewährter gelehrter Rat unter Titel und Rang eines Hofrats, für den dies die letzte Stufe seiner Laufbahn bedeutete. Ihm wurde ein junger Advokat beigegeben, der sich auf diese Weise die praktischen Kenntnisse für den späteren Dienst als stimmführender Rat in einem Kollegium aneignete. So waren von jetzt an die Geheimen Sekretäre durch Gemeinsamkeit der Vorbildung und des Standes und durch eine feste Beförderungsordnung mit den im Kollegium sitzenden Räten verbunden.²¹ Die Geheimen Sekretäre hatten Ausfertigungen nur auf Grund der in den Geheimen Rats-sitzungen gefaßten Beschlüsse zu machen und waren dem Kollegium für ihre pünktliche Erledigung verantwortlich. Der unmittelbare Weg vom Kabinett zu den Exekutivorganen war — wenigstens für die ordnungsgemäße Abwicklung der Regierungsgeschäfte — durch das Geheime Ratskollegium verbaut, und es übte somit eine gewisse Kontrolle über die Exekutive aus.²²

20. Dienerakten Georg Adam Seuberts.

21. Am Ende des 18. Jhs. gibt Friedrich Brauer in einem Votum folgende Formulierung: „Geheime Sekretäre sind gelehrte Räte, die Smus zu ändern, einer Ratsfunktion angemessenen Diensten, als zum Beisitz in Collegien anzustellen gut finden.“ B.Gen. 1792. W. Windelband a. a. O. S. 305 ff. teilt ein von W. v. Edelsheim im Jahre 1790 aufgestelltes „Promotionstableau“ mit.

22. Über den Unterschied in der Entwicklung der charakteristischen deutschen Ratsverfassung zu der des französischen conseil du Roi, dessen secrétaires des commandements du Roi et des finances als die einzigen vorgebildeten Beamten zu den leitenden Ministern wurden, vgl. O. Hintze, Die Entstehung der modernen Staatsministerien HZ. Bd. 100, S. 53 ff. Derselbe, Calvinismus und Staatsräson in Brandenburg zu Beginn des 17. Jahrhunderts, HZ. Bd. 144, S. 271 ff. vgl. auch G. Oestreich, Das persönliche Regiment der deutschen Fürsten am Beginn der Neuzeit, Die Welt als Geschichte, Jahrg. 1935, Heft 3/4, S. 309: „Die Bildung der Ge-

In seiner neuen Stellung als oberste Landesbehörde zog der Geheime Rat eine Menge von Geschäften an sich, die nach den bisherigen Begriffen nicht zu seiner Zuständigkeit gehörten oder zum mindesten ordnungsgemäß nicht ohne Rückfrage bei anderen Kollegien entschieden werden konnten. Dadurch wurde die seither übliche kollegiale Zusammenarbeit der drei Zentralkollegien empfindlich gestört.²³ Die Anhäufung der Regierungstätigkeit im Geheimen Ratskollegium ging jedoch nicht auf ein klares, sachlich begründetes System zurück. Nicht anders, als früher vom Kabinett aus geschehen war, nahm jetzt der Geheime Rat für sich das Recht in Anspruch, eine oder die andere Angelegenheit, die ihm gerade wichtig erschien, selbständig zu erledigen.

Es war noch die alte formale Regierungsweise, die lauter Rechtsfälle vor sich sah und jeden Fall für sich behandelte. Die Landeskollegien, einschließlich des Geheimen Rats, fühlten sich noch nicht als die Vollstrecker der realen, auf dem Land und seinen Machtmitteln beruhenden Herrschergewalt, die sich ein klares politisches Ziel setzte, sondern sie glaubten sich von dem regierenden Haupt des fürstlichen Hauses berufen, die an diesem Hause haftenden Rechtstitel und Ansprüche nach ihrem besten Vermögen wahrzunehmen und zu vertreten.

Beim Hofrat, dessen Ursprung auf die Zeit der überaus regen Territorialpolitik im 16. Jahrhundert zurückgeht, ist diese Auffassung ohne weiteres verständlich. — Noch im 18. Jahrhundert war das Hofratskollegium neben seinen Aufgaben als Hofgericht im wesentlichen auf die Sicherung und Festigung der zusammengetragenen Menge von territorialfürstlichen Rechten gegenüber den eigenen Untertanen und den benachbarten Reichsständen gerichtet.²⁴

Der Geheime Rat jedoch war zu Beginn des 17. Jahrhunderts gerade in einem gewissen Gegensatz zu dem juristischen Geist auf den Kanzleistuben aus einer höheren politischen Initiative

heimen Kanzlei beraubte die Kammerkanzlei des Charakters der obersten Staatskanzlei.“

23. B.Gen. 1483, über die Kompetenzstreitigkeiten und ihre Beurteilung vgl. Windelband a. a. O. S. 184 f. Lenei a. a. O. S. 15 ff.

24. B.Gen. 1483.

des Fürsten entstanden, als die große religiös-politische Spannung auch das kleinste Territorium unausweichlich zur Entscheidung drängte. Die damals brennende Lebensfrage, die Stellungnahme der protestantischen Fürsten und Stände zu Kaiser und Reich besprach der Markgraf Georg Friedrich (1604 bis 1622, 1638 †) allein mit seinen „Geheimen“, die er nach dem württembergischen Vorbild in regelmäßigen Sitzungen um sich versammelte.²⁵ In dem Jahrzehnt vor dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges, wo Kavaliere und Offiziere das Bild des Durlacher Hofs bestimmten, trug der badische Geheime Rat ausgesprochen aktiv-politischen und militärischen Charakter. Als jedoch die kleine badische Heeresmacht schon im ersten Ansturm des böhmisch-pfälzischen Krieges über den Haufen gerannt und das Land seinem Schicksal preisgegeben war, mußte der Geheime Rat den verzweifelden Kampf um die Behauptung des lutherischen Glaubens und um den Bestand der Rechte des „uralten hochfürstlichen Hauses“ im ganzen wie im einzelnen mit der Feder und auf Konferenzen weiterführen.²⁶ Dies blieb dann die eigentliche Aufgabe des Geheimen Rats bis ins 18. Jahrhundert. Der Westfälische Friede hatte zwar grundsätzlich den Bestand der einzelnen Fürstenhäuser verbürgt. Es war aber im einzelnen ihre eigene Sorge, wie sie ihre Interessen in dem verkümmerten Rechtsgebäude des Reichs zur Geltung brachten. Wer nicht durch das Gewicht seiner Macht dazu imstande war, mußte sich an die verschlungenen Wege des Reichs- und Staatsrechts halten. Zudem hatte der Markgraf beim Westfälischen Frieden nicht die volle Souveränität über seine Lande erlangt:

25. Gothein a. a. O. S. 46 f. Sachs a. a. O. Bd. 4, S. 333 ff. Die geheimen politischen Angelegenheiten wurden vom Privatsekretär des Markgrafen, dem „Geheimen Sekretär“, ausgefertigt, dem sonst in Deutschland der Kammersekretär entspricht, vgl. O. Hintze, D. Entstehung d. mod. Staatsministerien, HZ. Bd. 100, S. 53 ff., S. 67 f., und derselbe: Calvinismus und Staatsräson, HZ. Bd. 144, S. 271 ff.

26. Friedrich v. Weech, Badische Geschichte, Karlsruhe 1896, S. 336. Über den juristisch-konservativen Charakter des in Stellvertretung handelnden Geh. Ratskollegiums O. Hintze. Der österreichische Staatsrat im 16. u. 17. Jahrhundert, Savigny - Z. Germanist. Abtlg. Bd. VIII, S. 173 ff., S. 150: als Ferdinand III. 1619 Kaiser wurde, ließ er in seinem Erbland Innerösterreich ein Geheimes Ratskollegium als stellvertretende Landesregierung zurück „pro maiore cautela regalium et iurium suorum conservandorum“.

das *jus de non appellando* war ihm vorenthalten worden,²⁷ und er sah sich daher oft gezwungen, seine Angelegenheiten vor den Reichsgerichten in Wien und in Wetzlar zu verteidigen. Der Geheime Rat, der sich mit all diesen Geschäften befaßte, wurde so notwendig zu einem juristischen Kollegium, dessen Tätigkeitsfeld sich mit dem des Hofrats vielfach überdeckte.

Neben diesen beiden nach dem juristischen Schema arbeitenden Kollegien vertrat die Rentkammer, die zentrale Rechnungsbehörde, ein ganz anderes Gebiet staatlicher Aufgaben. Seit dem Jahre 1733 stand der Freiherr Reinhard von Gemmingen an ihrer Spitze.²⁸ Das Kabinettsregiment Karl Wilhelms hatte sich auf die oberste Finanzbehörde verhängnisvoll ausgewirkt:²⁹ Die Räte auf der Kammer waren zu subalternen Rechnern geworden, die nie „eine zusammenhängende Kenntnis des Cameralis von den fürstlichen Landen“ bekommen konnten. Der vorige Kammermeister hatte das Vertrauen des Markgrafen mißbraucht und ihn betrogen.³⁰ Gemmingen, dem Karl Wilhelm die Reform des Kameralwesens übertrug, suchte in bewußtem Gegensatz zu dem bisherigen Verfahren die badische Finanzverwaltung auf eine neue Grundlage zu stellen. Er betonte die Verpflichtung, die dem Markgrafen und seiner obersten Finanzbehörde zugleich mit dem Besteuerungsrecht den Untertanen gegenüber auferlegt sei: „Nach den Grundregeln einer christlichen und auf Billigkeit und Vernunft sich fundierenden Politik und Moral ist es die einem jeden Landesherrn aufgetragene Obliegenheit, daß derselbe nicht weniger für sich als den Untertanen Sorge.“

Aus dieser Pflicht ergab sich für Gemmingen die praktische Begründung des Absolutismus: „Die mehrsten Leute haben ihre Absicht auf das Gegenwärtige gerichtet und ein in Zukunft von

27. vgl. Windelband a. a. O. Einleitung.

28. Reinhard Freiherr von Gemmingen-Guttenberg stammte aus dem reichverzweigten Kraichgauer Rittergeschlecht, das den protestantischen Markgrafen von Baden-Durlach schon im 17. Jahrh. diente. vgl. über ihn Windelband a. a. O. S. 211 ff., dazu C. W. Stocker, Familienchronik der Freiherren v. G., Heilbronn 1895, S. 107 f.

29. Die folgende Darstellung beruht auf einer ausführlichen Denkschrift Gemmingens von 1748, B.Gen. 9029.

30. Dietrich a. a. O. S. 69.

einer gewissen Einrichtung zu gewärtigen habender Nutzen will denenselben so wenig einleuchten, daß sie vielmehr solche zu hintertreiben suchen.“ — „Die *regulae prudentiae* erfordern, für den Untertanen wahrhaftig zu sorgen und sein Bestes zu befördern, den *modum* aber, wie solches geschehen, ihm nicht bekannt zu machen, sondern er muß ab *effectu* sehen, daß der Landesherr demselben nützlich zu sein und sein Bestes zu befördern sich hat angelegen sein lassen.“

Steigerung der herrschaftlichen Einkünfte durch Hebung des Wohlstandes im ganzen Land war somit das Ziel, auf das Gemmingen hinarbeitete. Zuerst machte er sich daran, eine übersichtliche Ordnung in das durch Naturalwirtschaft sehr verwickelte Einnahmewesen zu bringen.³¹ Dann erst war es möglich, einen „Gesamtstatus“ für die Hauptausgaben im voraus aufzustellen und „Vorersparnisse“ für besondere Fälle zu machen.³² Es war die Leistung des Freiherrn von Gemmingen, daß er das Vorbild Preußens, das er unter König Friedrich Wilhelm I. als Schüler des *Paedagogium regium* und Student der Kameralwissenschaft an der Universität Halle kennengelernt hatte, für die Verwaltung der Markgrafschaft Baden fruchtbar machte. Dabei verlor er das badische Land mit seinen besonderen wirtschaftlichen Bedingungen und beschränkten Möglichkeiten nie aus den Augen. Er lehnte es ab, geschulte Kameralisten aus fremden Diensten herbeizuholen, weil sie mit dem Land und seiner Beschaffenheit nicht vertraut seien. Aus den Landeskindern selber müsse ein Stamm von gut vorgebildeten Beamten herangezogen werden.

Gemmingen konnte zu Lebzeiten Karl Wilhems nur das Notwendigste tun, so besonders die Zusammenfassung des gesamten Einnahmewesens in der sogenannten Landschreiberei.³³ Während der vormundschaftlichen Zeit stieß er mit seinem Bemühen, staatswirtschaftlichen Gesichtspunkten in der Regierung

31. Nach einem Pro Memoria Wilhelm von Edelheims für Karl August von Weimar über das badische Einnahmewesen im Thüringischen Landesarchiv zu Weimar, dessen Mitteilung ich Herrn Privatdozent Dr. Ulrich Crämer verdanke.

32. B.Gen. 9029.

33. Windelband a. a. O. S. 273 ff.

des Landes Eingang zu verschaffen, auf die gänzliche Verständnislosigkeit des Geheimen Rats.

Die anhaltenden Kompetenzstreitigkeiten unter den Kollegien gingen demnach auf verschiedenerlei Ursachen zurück: Mit dem Wegfall des Kabinetts ging die Stelle verloren, wo alle Geschäfte zentral zusammenliefen und ihre Bearbeitung eingeleitet wurde. Die Kollegien nahmen die schriftlichen Sachen selbst entgegen. Dabei unterließen sie es häufig, die Frage der Zuständigkeit genau zu prüfen: „Die nämlichen Dinge wurden bald da, bald dort verhandelt und einander entgegenlaufende resolutiones aus den differenten Collegiis erteilt“; denn man arbeitete bei der Behandlung der Fragen in den verschiedenen Kollegien nach ganz „differenten Prinzipien“. Es kam vor, daß Leute, die bei einem Kollegium mit ihrem Gesuch abgewiesen waren, sich an das andere wandten und von diesem eine favorablere Resolution erhielten. So war das ganze Ansehen der Regierung gefährdet.³⁴

Diesem Übelstand war nicht einfach durch Aufstellung eines Plans nach Anleitung der alten Kanzleiordnung abzuhelfen, wie der Geheime Rat angeregt hatte — sie war „über die Massen incomplet“ und paßte nicht mehr auf die neuen Verhältnisse. Denn inzwischen war der Geheime Rat aus dem kollegialen Verband der Zentralbehörden herausgetreten und zeigte wie früher der absolute Fürst nun seinerseits das Bestreben, willkürlich in den Geschäftsbereich des Hofrats und der Rentkammer einzugreifen. Auf der anderen Seite vertrat die Rentkammer das moderne Prinzip der auf die Sache gerichteten Staatsführung, und in der Überzeugung, daß sie allein für das wahre Interesse der Herrschaft eintrete, kämpfte sie unverdrossen gegen die Einmischung der juristischen Kollegien in wirtschaftliche Fragen, während der Hofrat vorerst unbelehrbar auf der Tradition beharrte.³⁵

Gemmingen war überzeugt, daß eine zuverlässige Ordnung der Behörden nur von einheitlichen, großen Gesichtspunkten aus durch die Verfügungsgewalt eines Einzelnen „ins Werk gerich-

34. B.Gen. 1483, 9029, vgl. auch Lenel a. a. O. S. 19.

35. Ludwig a. a. O. S. 130, Windelband a. a. O. S. 184 f.

tet“³⁶ werden konnte. Es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als die Mündigkeitserklärung des jungen Karl Friedrich abzuwarten.³⁷

So war das Erbe, das der junge Karl Friedrich im Herbst 1746 aus den Händen seiner Vormünder entgegennahm, mit dem ungelösten Problem des staatlichen Aufbaus belastet; es blieb bestehen als Aufgabe für die Zukunft.

36. C. S c h m i t t, Die Diktatur S. 11.

37. B.Gen. 1483.

Kapitel II:

Regierungspraxis und staatliche Aufgaben in der durlachischen Zeit Karl Friedrichs.

Karl Friedrich war erst achtzehn Jahre alt, als er im Jahre 1746 von einem längeren Aufenthalt in der Schweiz in seine Heimat zurückkehrte, um die Herrschaft über seine Lande selbst zu übernehmen. Trotz seiner Jugend war es ihm sehr ernst mit dieser Aufgabe, denn er fühlte die Verpflichtung gegenüber seinen wackeren Vorfahren. Das Bild seines gestrengen Großvaters stand in idealisierten Zügen vor seinen Augen; er sah in ihm den großen Baumeister, der wie für die neue Residenzstadt so auch für den Staat die Umrißlinien mit kluger Berechnung vorgezeichnet hatte, und dessen begonnenes Werk ihm nun zur sorgsamsten Weiterführung in die Hände gegeben wurde. In allen Einrichtungen fand er die Sachkenntnis und die Voraussicht seines Regierungsvorgängers ausgeprägt.³⁸ Er trat ihnen deshalb mit großer Ehrfurcht gegenüber und glaubte am besten zu handeln, wenn er sich all dieser Erfahrung, die ihn nun in Gestalt ehrwürdiger Perücken bedächtig umgab, lernbegierig anvertraute.

Allerdings auf die Hauptfrage, die er vor Übernahme der Geschäfte an das versammelte Geheime Ratskollegium richtete, nämlich „wie er seine künftige Regierung am füglichsten einrichten könnte“,³⁹ bekam er keine ausdrückliche Antwort. Und sie schien sich ja auch zu erübrigen. Den Grund für die bisherigen Schwierigkeiten glaubten die Geheimen Räte allein mit der Tatsache der Regierungsübernahme durch den Fürsten selbst

38. In seinen Verordnungen beruft sich der junge Karl Friedrich regelmäßig auf Verfügungen seines Großvaters. Nach den Akten.

39. Geh. Ratsprotokoll vom 7. November 1746.

behaben. Es war die alte Unselbständigkeit, die dem durlachischen Beamtentum noch aus der Zeit Karl Wilhelms anhaftete. Sie waren gewohnt, von Fall zu Fall die Entscheidung vom Fürsten selber zu erwarten. Der jugendliche Landesherr dagegen rechnete mit einer tatkräftigen Unterstützung durch den Geheimen Rat, als er jetzt selbst an Stelle des Administrators den Vorsitz im Kollegium übernahm. Die Geschäftspraxis ließ er bestehen, wie sie unter der Vormundschaft gewesen war. Obwohl die bisher an die vormundschaftliche Landesregierung gerichteten Schreiben von jetzt an die Aufschrift „An den regierenden Markgrafen“ trugen, wurden sie nach wie vor von den Geheimen Sekretären auf der Kanzlei geöffnet und zur Geheimen Registratur gegeben. Von dort kamen sie mit den dazugehörigen Akten versehen auf den Beratungstisch des Kanzleisitzungszimmers.⁴⁰ Die Geheimen Räte einigten sich dann darüber, wer jeweils die Bearbeitung der verschiedenen Angelegenheiten bis zur nächsten Sitzung im Schloß übernahm. Das wichtigste Geschäft des Kabinetts, die Eröffnung der schriftlichen Sachen und ihre Verteilung an die Bearbeiter, blieb also der Geheimen Kanzlei und dem Übereinkommen der Geheimen Räte überlassen. Der ehemalige Kabinettssekretär Bürcklin behielt nur seinen Rang vor den bürgerlichen Geheimen Räten, hatte aber keinen Einfluß mehr auf die Regierung. Tatsächlich war jetzt überhaupt niemand mit der Aufsicht über die Geheime Kanzlei und den inneren Geschäftsgang des Kollegiums beauftragt, alles sollte sich aus der kollegialen Zusammenarbeit ergeben.⁴¹

Karl Friedrich legte das Schwergewicht auf die in seiner Gegenwart stattfindende Beratung. Die Sitzungen des Geheimen Ratskollegiums fanden regelmäßig Montags und Donnerstags im Schloß im Arbeitszimmer des Markgrafen statt. Zunächst verlas der dienstälteste adlige Geheime Rat die vorliegenden Gegenstände. Entweder gab er selbst die nötigen Erläuterungen, oder er erteilte dem zum Referenten bestimmten Mitglied das Wort. Daran schloß sich, von unten beginnend, die Umfrage. In Gegenwart des Landesfürsten war eine Abstimmung nicht statthaft,

40. B.Gen. 1375, 1897, dazu die Geh. Ratsprotokolle.

41. B.Gen. 1897.

die Vota hatten dann nur die Bedeutung eines „unvorgreiflichen Anrats“. Zum Schluß gab der Markgraf in der Sitzung selbst seine Willensmeinung bekannt und ließ sie von dem diensttuenden Geheimen Sekretär sofort als Resolution ins Geheime Ratsprotokoll aufnehmen.⁴²

Karl Friedrich wünschte, daß die Räte ihre Auffassung unbehindert und offen vortrugen, und er war bestrebt, ihre Anschauungen unvoreingenommen zu prüfen und nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit der Mehrzahl seiner Geheimen Räte zu handeln. Leidenschaftliche Debatten wollte er unter allen Umständen vermieden wissen, da sie nur das klare Urteil trübten.⁴³ Fielen die Ansichten allzu widersprechend aus, so zog er es meist vor, die Frage zu vertagen und den Geheimen Räten die Akten in ihre Wohnungen zustellen zu lassen, um ihnen zu ruhiger Überlegung und schriftlicher Abfassung ihres Votums Gelegenheit zu geben, ehe er in der nächsten Sitzung endgültig über den Fall entschied.⁴⁴ Wenn schwierige Fragen vorlagen, so bereitete sich Karl Friedrich sorgfältig durch eigenes Studium der Akten auf die Sitzungen vor. Denn er nahm jede Entscheidung sehr ernst in dem Bewußtsein, daß er ganz allein die Verantwortung vor Gott und seinem Gewissen zu tragen habe.

Die beschlossenen Ausfertigungen wurden dem Markgrafen in der folgenden Sitzung zur Unterschrift vorgelegt. Die Zustellung an die betreffenden Behörden innerhalb oder außer Landes geschah allein durch die Geheime Kanzlei. Außerhalb des Geheimen Rats erließ der Markgraf keine Verfügung. Auch gestattete er es nicht, daß sich jemand über den Geheimen Referendär Bürcklin unmittelbar an ihn wandte. Auf einen derartigen Versuch hin mußte der badische Reichstagsgesandte

42. B.Gen. 1279. Hierin liegt der wesentliche Unterschied zu der Regierungsweise des Großen Kurfürsten, der zwar anfangs auch den Sitzungen seines Geheimen Ratskollegiums beiwohnte, den Entschluß aber regelmäßig erst nachher aus dem Kabinett ergehen ließ. Nach O. Hintze, Der Staat des Großen Kurfürsten. Internat. Monatsschr. f. Wissenschaft, Kunst und Technik, Bd. 8, S. 687 f.

43. Aus Karl Friedrichs hinterlassenen Papieren, mitgeteilt von Karl Obser, ZGORh. N. F. XXVI, S. 468. Dazu C. F. Nebenius, Karl Friedrich von Baden, Aus dem Nachlaß hrsg. von F. v. Weech, Karlsruhe 1868, S. 205.

44. B.Gen. 1279.

von Schwartzenu⁴⁵ zusammen mit Bürcklin eine scharfe Zurechtweisung einstecken, „da man dergleichen Privatkorrespondenz außer dem Collegio“ nicht dulden könne.⁴⁶

Das Durchgehen der Protokolle der übrigen Zentralkollegien wurde wie bisher im Anschluß an die Geheimen Ratssitzungen vorgenommen. Gegenstände, die von Anfang bis zu Ende bei einem andern Kollegium behandelt worden waren und nur noch der landesherrlichen Genehmigung bedurften, wurden vom Markgrafen, ebenfalls in Gegenwart mehrerer Geheimen Räte, durch Randbeisätze erledigt und von dem diensttuenden Geheimen Sekretär in ein besonderes Referatsprotokoll eingetragen.⁴⁷ Wenn Karl Friedrich einem dieser Kollegialbeschlüsse seine Zustimmung nicht ohne weiteres erteilen wollte, verwies er die Sache zur ordentlichen Behandlung in den Geheimen Rat und vermied so eine Kabinettsentscheidung.

Regelmäßige Audienzen für jedermann scheint Karl Friedrich bis zum Anfall der baden-badischen Lande überhaupt nicht abgehalten zu haben, und auch nach ihrer Einrichtung im November 1771 gaben sie ihm keine Veranlassung, persönlich in den Gang der Geschäfte einzugreifen; alles wurde den Behörden zur Überprüfung zugestellt.⁴⁸ Nur für diejenigen, die ihn um eine einmalige Unterstützung angingen, hatte der Landesvater ein Körbchen voll Geld neben sich auf einem Stuhl bereitstehen. Ernst Sigmund Herzog, der spätere Geheime Rat, erlaubte sich, in seinen anonymen „Briefen über die Verfassung in der Markgrafschaft Baden“ diese fast schüchterne Zurückhaltung Karl Friedrichs zu tadeln: es müsse das Ansehen des Fürsten beeinträchtigen, wenn er vor seinen Untertanen nicht einmal kleine Dinge sofort selbständig entscheide.⁴⁹

Für Karl Friedrich ging es aber hierbei um Grundsätzliches, und er hielt um so unbedenklicher daran fest, da es sein frei-

45. Über v. Schwartzenu vgl. Politische Correspondenz Karl Friedrichs von Baden (1783—1806), hrsg. von B. Erdmannsdörffer u. K. Obser, 6 Bände. Heidelberg 1888 ff., im Folgenden abgekürzt P.C., Bd. I, S. 8 f.

46. Geh. Rats-Prot. vom 3. Mai 1753.

47. B.Gen. 1375, dazu die Referatsprotokolle.

48. B.Gen. 1568, 1578, dazu Ludwig a. a. O. S. 128 ff.

49. E. S. Herzog, Briefe über die Verfassung in der Markgrafschaft Baden, 1786 anonym, S. 15.

williger Entschluß war, die Geschäfte ordnungsgemäß in den Kollegien bearbeiten zu lassen; denn die badischen Räte waren ja allein ihrem Fürsten zum Gehorsam verpflichtet. Sie waren nicht zugleich Vertreter einer zweiten, ständischen Gewalt, wie zum Beispiel im benachbarten Herzogtum Württemberg.

Der württembergische Geheime Rat,⁵⁰ ursprünglich ein nach dem Tode Herzog Johann Friedrichs (1628) zur vormundschaftlichen Landesregierung eingesetzter „Geheimer Regiments- und Kuratelrat“, wurde unter dem Druck der Stände zur dauernden verfassungsmäßigen Einrichtung erhoben: der junge Herzog mußte auf dem Landtag von 1633 versprechen, alle Angelegenheiten, die seiner Entscheidung vorbehalten waren, in diesem Kollegium zu resolvieren. Die Räte aber sollten künftig nicht mehr allein dem Herzog, sondern auch der Landschaft verpflichtet werden. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann sich trotzdem der Absolutismus mit Hilfe der Kabinettsregierung durchzusetzen. Durch die besonderen dynastischen Verhältnisse des württembergischen Herzogshauses wurde jedoch diese Entwicklung abgebrochen. Nach dem Tode des letzten Herzogs aus der lutherischen Linie im Jahre 1733 folgte eine katholische Nebenlinie im Herzogtum. Mit Hilfe der Religionsreversalien, an die sich von jetzt ab jeder neue Landesherr für gebunden erklären mußte, gewannen die Stände von neuem einen bedeutenden Einfluß auf das Behördenwesen. Besonders der Geheime Rat erhielt seine in der Landesverfassung fest verankerte Stellung durch die ihm übertragene Ausübung der kirchlichen Hoheitsrechte. Damit war dem Absolutismus in Württemberg eine nicht unwesentliche Beschränkung auferlegt. Bis in die napoleonische Zeit bestand für die altwürttembergischen Stände die Möglichkeit, mit Hilfe des Geheimen Rats regulierend in die Regierung ihrer Herzöge einzugreifen.

In Baden hatten jedoch die Landstände nie Einfluß auf das Behördenwesen gewonnen. Karl Friedrich sah deshalb keinen Grund, warum er seine Behörden, besonders auch seinen Ge-

50. Hierzu L. Th. Frhr. v. Spittler, Geschichte des württembergischen Geheimen-Rats-Collegiums, Sämtl. Werke hrsg. von K. Wächter, Stuttgart, Tübingen 1837, Bd. 13, S. 279 ff. F. Wintterlin a. a. O. M. Miller a. a. O.

heimen Rat umgehen sollte. Die Durchberatung aller zur höchsten Entscheidung stehenden Regierungsgeschäfte in einem ausgewählten Kreis kollegial gleichgestellter Ratgeber sollte jeder Voreiligkeit und menschlichen Einseitigkeit begegnen und die Möglichkeit schädlicher Kabinettsinflüsse von vornherein ausschalten. Sie sollte ihm die Gewißheit geben, nach Prüfung aller Gesichtspunkte selbständig und richtig entschieden zu haben.

Es blieb nur die Frage, ob im Geheimen Rat damals die Männer saßen, die eine solche Aufgabe im Sinne des jungen Fürsten erfüllen konnten. Seine Oheime, die Vormünder, hatten ihm geraten, er solle auf die alten Geheimen Räte nicht allzuviel hören, sie stammten alle noch aus dem vergangenen Jahrhundert.⁵¹ Und tatsächlich war der Geheime Rat reichlich überaltert. Bei seiner Gewissenhaftigkeit und dem Bedürfnis, Rat einzuholen, wurde der junge Karl Friedrich zunächst in die Geschäftsroutine seiner Räte mit hineingezogen und verlor den nötigen Abstand von den Dingen.

Da war der Freiherr von Uexküll,⁵² der schon zwei Jahrzehnte lang als Geheimer Rat und Hofratspräsident an der Regierung der Markgrafschaft teilgenommen hatte und die Tradition aus der Zeit Karl Wilhelms geradezu zu verkörpern schien. Das selbstsichere und würdevolle Auftreten dieses alten Kavaliers täuschte über seine politische Ideenlosigkeit hinweg. Seiner großen Erfahrung in Regierungsgeschäften gegenüber konnte schlecht etwas Neues aufkommen, und doch war sie nichts als leere Routine. Die beiden hochbetagten bürgerlichen Mitglieder des Kollegiums, die Geheimen Hofräte Wielandt und Sahler, waren gewohnt, unter der Anleitung des Präsidenten zu arbeiten.

Die Wahl der Männer, die Karl Friedrich jetzt neu ins Geheime Ratskollegium aufnahm, beweist seinen guten Blick. Aber bei seiner mehr beschaulichen Art wurde diese Ernennung

51. Erzählt von Markgraf Wilhelm von Baden in seinen Denkwürdigkeiten, bearb. von Karl Obser, Bd. 1, Heidelberg 1906, S. 16.

52. Friedrich Emich Joh. Frhr. v. Uexküll. 1710 als Kammerjunker Hofmeister und Reisebegleiter der beiden Prinzen Karl Wilhelms, 1717 Geh. Rat und Hofratspräsident, gest. 1768. vgl. über ihn Windelband a. a. O. S. 209 ff.

eher zu einem Bekenntnis als zum Beweis, daß er entschlossen sei, die Regierung nach neuen Grundsätzen anzupacken. Es waren Johann Justus Lüdecken und Reinhard Freiherr von Gemmingen. Lüdecken⁵³ war durch die Gemmingensche Familie an den Karlsruher Hof gekommen. Er war Erzieher und Reisebegleiter Karl Friedrichs und seiner Oheime, der Administratoren, gewesen. Die Markgräfin Magdalena Wilhelmine erwartete von diesem Lehrmeister, daß er den badischen Prinzen den strengen lutherischen Glauben einpflanze, den sie selbst aus der Überlieferung des württembergischen Herzogshauses mitbrachte.⁵⁴ Wenn jetzt seine Ernennung zum Geheimen Ratsmitglied ausdrücklich mit „den ihm bekanntermaßen bewohnenden ruhmreichen Eigenschaften“ begründet wurde, so darf man dies vielleicht mit einer auffallenden Stelle in der Dienstinstruktion zusammenhalten, die ihm als Informator Karl Friedrichs eingehändigt worden war. Dort findet sich neu eingefügt in das im durlachischen Hause übliche Schema einer solchen Instruktion der Hinweis, er solle den Prinzen auch „in das studium juris naturae et publici“ einführen.

Ich möchte vermuten, daß es Lüdecken war, der als Schüler Pufendorfs durch die Verbindung der lutherischen Ethik mit der Naturrechtslehre der Aufklärung den entscheidenden Einfluß auf die geistige Formung des jungen Fürsten ausübte. Denn das, was nachher das Wesen Karl Friedrichs ausmachte, war die seltene Vereinigung von kernigem religiösem Empfinden, „das in seiner Ursprünglichkeit und Frische an die Repräsentanten der ersten Jugendepoche der Reformation erinnert“,⁵⁵ mit der Aufgeschlossenheit und Begeisterung für die hohen menschlichen Ideale der Aufklärung. So hoch die persönliche Einwirkung Lüdeckens auf Karl Friedrich einzuschätzen ist, im Geheimen Rat kam er wenig zur Geltung, da ihm die alten Räte nichts zu selbständiger Bearbeitung überließen.

Auch Gemmingen hatte keinen leichten Stand. Obwohl ihn

53. Nach seinen Dienerakten.

54. Über den Einfluß der Markgräfin Magdalena Wilhelmine auf die Erziehung ihres Enkels: L. Häuß er, Über die Regierung Karl Friedrichs, Heidelberger Rede, 1864, S. 5.

55. Häuß er a. a. O. S. 14.

Karl Friedrich durch die Verleihung des Titels eines Kammerpräsidenten äußerlich dem Hofratspräsidenten von Uexküll gleichstellte, trat er doch im Rate nicht entschieden genug auf seine Seite. Gemmingen konnte ihn nicht dazu bewegen, der Rentkammer eine Selbständigkeit neben dem Geheimen Rat einzuräumen, sein Entwurf einer neuen Rentkammerordnung blieb bei den Akten liegen.⁵⁶ Persönliche Spannungen mit dem Freiherrn von Uexküll führten schließlich dazu, daß Gemmingen im zweiten Regierungsjahr Karl Friedrichs den badischen Dienst verließ, um als herzoglich württembergischer Statthalter von Mömpelgard eine Stelle mit eigener Verantwortung und Freiheit des Wirkens auszufüllen.⁵⁷ Mit seinem Austritt aus dem badischen Dienst verlor der Erneuerungswille des kleinen badischen Staatswesens seinen entschiedensten Vertreter.

Doch der wirtschaftliche Unternehmungsgeist war geweckt. Aus den Kreisen der von Gemmingen geschulten Rentkammerräte und der Hofräte kamen in den folgenden Jahren zahlreiche Anregungen.⁵⁸ Der Hofrat Reinhard und der Kammerprokurator Rues, der jetzt vertretungsweise die Rentkammer leitete, standen an der Spitze dieser merkantilistischen Richtung unter der jüngeren Beamenschaft. Das Schicksal, das alle diese Vorschläge unter den Händen des Geheimen Rats erfuhren, ließ Reinhard zu der Überzeugung gelangen, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung nur möglich sei, wenn es gelinge, das überalterte Kollegium von seinem Einfluß auf diesem Gebiet zu verdrängen. Teils aus persönlichem Widerwillen gegen den Proponenten, teils aus mangelnder Sachkenntnis habe sich der Geheime Rat bisher immer ablehnend verhalten. Selbst wenn ein Vorschlag angenommen worden sei, habe es an den „zur Exekution nötigen

56. Windelband a. a. O. S. 186.

57. HSTA. I, 1, Karl Friedrichs Korrespondenz mit Gemmingen.

58. Nach den Akten der Geh. Deputation von 1753 B.Gen. 1554, auf die ich mich gegenüber der Darstellung bei Drais a. a. O. Bd. 2, S. 383, Ludwig a. a. O. S. 132, E. Gothein, Karl Friedrich von Baden, Heidelberger Rede 1911, und Windelband a. a. O. S. 164f. berufe. vgl. auch P. Lenel a. a. O. S. 63 über ein von Reinhard und Rues aufgestelltes „Projekt einer neuen Polizeiordnung oder Reformation“ aus dem Jahre 1751. Dazu der Eingang der Denkschrift Gemmingens von 1759, GLA. Handschriftensammlung Nr. 66, die Dienerakten Reinhards und seine Briefe an Lüdecken, HSTA. I, 1, unter der Korrespondenz Karl Friedrichs.

Mitteln“ gefehlt. Die zur Ausführung gebrauchten Personen seien dazu nicht tüchtig gewesen, die meisten herrschaftlichen Bedienten, besonders auf dem Land, seien gewohnt, die schuldische Subordination und den Eifer in Befolgung der herrschaftlichen Verordnungen auf die Seite zu setzen. Vor allem aber sei die Direktion der Kollegien zu langsam. Sie sei bisher nach verschiedenen, oftmals durchgehends unrichtigen Grundsätzen geschehen. Ein Kollegium habe dem anderen vorgegriffen. Die Sachen seien dadurch in Verwirrung, endlich ins Stocken geraten. Der Landesherr habe, anstatt des Vergnügens, nur Ärgeris gehabt und der Anreger nur Schimpf und Schaden davongetragen, weil man der Sache selbst die Hindernisse zugeschrieben, welche dergleichen Zufälligkeiten verursacht hätten. Deshalb entschloß sich der Kammerprokurator Rues im Einverständnis mit den Hofräten Reinhard, von Hahn, Hugo und dem Kammerrat Wild, unter Umgehung des Geheimen Rats an den jungen Fürsten persönlich heranzutreten. Im Dezember 1752 unterbreitete Rues dem Markgrafen in mehreren privaten Audienzen eine Reihe von Vorschlägen zur wirtschaftlichen Verbesserung des Landes. Die Beteiligten hofften, der Markgraf werde die Anregungen selbst aufgreifen und durch Kabinettsverfügungen ins Werk setzen. Karl Friedrich blieb jedoch zurückhaltend und ordnete zunächst eine fachmännische Prüfung der Vorschläge in einer besonderen Deputation an. Die oben erwähnten Räte wurden vom Markgrafen als Mitglieder genehmigt. Es gelang sogar, für die Deputation die Erlaubnis zu erwirken, sich auch darüber zu äußern, „wie allenfalls den im Weg stehenden Hindernissen begegnet werden könnte“. Was Rues dabei im Auge hatte, zeigt sein gleichzeitiger Vorschlag zu einer straffen Einordnung der Landämter durch allmähliche Umwandlung der adeligen Land- und Obervogtsstellen „zu bloßen honorairen chargen nach dem benachbarten württembergischen Exempel“.

Der persönliche Entschluß Karl Friedrichs, dem Präsidenten von Uexküll den Vorsitz der neuen Deputation und den Vortrag im Kabinett über deren gemeinschaftliches Gutachten zu übertragen, brach jedoch diesem Vorstoß gegen den Geheimen Rat bereits die Spitze ab.

Vom Januar bis Mai 1753 hatten die Deputierten mehrere Sitzungen im Privathause des Präsidenten von Uexküll. Für die zusammenberufenen Räte bestand kein Zweifel, „daß der Wohlstand des Herrn und des Landes ganz ungemeine Verbesserungen litte“.⁵⁹ Die unterbreiteten Vorschläge wurden als geeignet befunden. Reinhard ergriff sofort die Gelegenheit, auf die Möglichkeit viel umfassenderer Maßnahmen hinzuweisen: er empfahl die Austrocknung eines größeren Morastgebiets am Rhein bei Daxlanden, Wiesenentwässerung bei Gottesau und Rüppur und Pflanzung von Weiden und Maulbeerbäumen. Für die Belebung des Handels schien ihm eine andere Einrichtung des Pfundzolls unumgänglich. Dazu kamen noch Vorschläge zur Veräußerung verschiedener Domänenstücke. In Übereinstimmung mit von Hahn hielt er es jedoch vorerst für müßig, in die Beratung der Einzelheiten einzutreten: zunächst müsse „die ungehinderte Exekution der Vorschläge“ sichergestellt werden. Die Räte traten dem Votum Reinhardts bei, der für die Deputation selbst die Vollzugsgewalt beantragte: der Markgraf möge in Fortsetzung des der Kommission zugewandten Vertrauens derselben die Versicherung geben, daß er „bloß und allein auf ihren Vortrag und unvorgreifliches Gutachten den Entschluß nehmen und die Sache in kein Kollegium bringen, auch die Exekution desjenigen, so beschlossen worden, ebenfalls der Kommission ganz unabhängig als allein von denen fürstlichen unmittelbaren Befehlen anvertrauen, mithin nicht einmal Expeditiones an die Kommission in der Geheimen Ratskanzlei machen, sondern die Ausfertigung der Befehle an die Kommission dieser selbst gnädigst überlassen wolle“.

Seinen weiter gehenden Plänen entsprechend wollte Reinhard die Tätigkeit der Deputation nicht auf die Durchführung der im Augenblick vorliegenden Punkte beschränkt wissen. Er wünschte darüber hinaus eine Vollmacht für die Deputation zur Behandlung alles dessen, „was zur Verbesserung des Landes und der herrschaftlichen Einkünfte gereichen kann, es sei in oeconomicis, Finanz-, Commerciens- und Polizeisachen oder sonsten“. Allein die Deputation sollte zu Vorschlägen auf diesem Gebiet

59. Nach den Protokollen der Sitzungen B.Gen. 1554.

und zur Beratung darüber befugt und mit aller erforderlichen Autorität und Macht ausgestattet sein, die auf ihre Anträge erfolgten höchsten Beschlüsse auszuführen. Sie sollte desfalls keinem Kollegium und „niemand als Serenissimo selbstn responsabel sein“, eine eigene Kasse zu ihrer Verfügung erhalten und sich „verschwiegene Subjecta“ zum eigenen Sekretär und Kanzlisten erwählen. Bei der „in den fürstlichen Landen ziemlich verfallenen Subordination“ sollte die Deputation den landesherrlichen Befehlen einen ganz anderen Nachdruck verleihen können: Zu diesem Zweck verlangte Reinhard für die Deputation volle Strafgewalt gegenüber den herrschaftlichen Dienern und nötigenfalls Berechtigung zum unmittelbaren Antrag auf Kassation. Offensichtlich war es Reinhard's Ziel, mit der geplanten Deputation „ein Organ zu schaffen für die Funktionen der neuen merkantilistischen Verwaltungstätigkeit“, wie es, der territorialen Auffassung in der Verwaltung fremd, auch in Preußen erst im Jahre 1746 mit der Begründung des V. Departements im Generaldirektorium in Erscheinung trat.⁶⁰ Eine so eingreifende Änderung im Behördenwesen war aber nicht im Sinne Karl Friedrichs. Er wünschte von der Deputation lediglich ein sachliches Gutachten über die vorliegenden Fragen und hielt daran fest. Der von Reinhard entworfenen Vollmacht an die Deputation verweigerte er seine Genehmigung. Die in der Deputation versammelten Räte sahen die Zwecklosigkeit weiterer Beratungen ein: noch ehe die Kommission ihren Namen und Instruktionen erhalten hatte, wurde ihre Arbeit auf Betreiben des Präsidenten von Uexküll abgebrochen und die angeschnittenen Fragen den Kollegien zur weiteren Bearbeitung zugestellt.

Es hatte sich gezeigt, daß der Anstoß, der von einer reformwilligen Gruppe von jüngeren Räten ausging, nicht genügte, um das starre Schema der Kollegien und der in ihnen festsitzenden Vorurteile zu erschüttern. Und Karl Friedrich selbst konnte man nicht dadurch gewinnen, daß man ihm gleichsam Vorschriften machte, was zu tun sei, und ihn so in seiner unumschränkten Verfügungsgewalt beeinträchtigte.

60. O. Hintze, Die Behördenorganisation und allgemeine Verwaltung in Preußen bei dem Regierungsantritt Friedrichs II., Acta Borussica, Behördenorganisation Bd. VI, 1, S. 34 f.

Die entschiedene Wendung zur Reformarbeit kam für Baden erst mit der Einwirkung der physiokratischen Lehre und im Zusammenhang mit den außerordentlichen Anstrengungen, die der Markgraf zur Sicherung seiner Erbfolge in den badenbadischen Landen unternahm.

Kapitel III.

Die Selbstregierung Karl Friedrichs in der markgräflichen Zeit bis zum Ausbruch des ersten Koalitionskriegs.

Mit dem Jahre 1756 beginnt der nunmehr 27jährige Karl Friedrich als Fürst deutlicher hervorzutreten. Wir verspüren die Anfänge einer persönlich geleiteten Politik. Schon die Reisen nach den Niederlanden und England hatte er in der Absicht unternommen, die fortschrittliche Bewirtschaftung dieser Länder kennenzulernen und ihr Beispiel zu gegebener Zeit auch für Baden fruchtbar zu machen.⁶¹ Durch seine menschenfreundliche Gesinnung und die verantwortungsvolle Auffassung seines Fürstenberufs hatte er es erreicht, daß ihm seine „Diener“ persönlich anhingen; mancher von ihnen schlug ein gewinnbringendes Anerbieten eines andern Fürsten aus, weil er Karl Friedrich mehr aus Liebe zu seiner Person als um des eigenen Vorteils willen diente.⁶² Die Schrift des Grafen Mirabeau „*Ami des hommes*“, die bald nach ihrem Erscheinen im Jahre 1756 in die Hände des Markgrafen gelangte, brachte ihm die wissenschaftliche Bestätigung der Auffassungen und Empfindungen, die er mit seinem Herrscherberuf verband.⁶³ Durch die Beschäftigung mit der physiokratischen Lehre, auf Grund deren ihm „die Forderungen der Humanität zugleich als Notwendigkeiten einer gerechten Staatsverwaltung überhaupt“ erschienen, gewann er in den folgenden Jahren eine sichere Grundanschauung, die seinen Regierungsmaßnahmen von nun an eine bestimmte Richtung und persönliche Prägung verlieh.⁶⁴

61. C. Knies, Carl Friedrichs von Baden brieflicher Verkehr mit Mirabeau und Du Pont. hrsg. v. d. Bad. Hist. Komm. Einl.

62. HSTA. I, 1, Karl Friedrichs Korrespondenzen mit v. Gemmingen und mit Reinhard.

63. Knies a. a. O. Einl. Ludwig a. a. O. S. 124.

64. vgl. Ludwig a. a. O. S. 132, Windeiband a. a. O. S. 37.

Der Anstoß zu einer größeren Reform ging jedoch von einer konkret politischen Aufgabe aus. Die verwandte baden-badische Linie war dem Erlöschen nahe. Die ganze Finanzkraft des kleinen Ländchens mußte angestrengt werden, um das Erbe samt den seit der Teilung erfolgten Neuerwerbungen für das durlachische Haus ungeschmälert zu sichern.⁶⁵

Gemmingen war von Ansbach aus, wo er in den Diensten des Markgrafen von Brandenburg-Ansbach stand, wieder mit Karl Friedrich in Verbindung getreten.⁶⁶ Im Mai 1757 erfolgte seine Rückberufung nach Karlsruhe auf seinen alten Posten als Kammerpräsident. Gemmingen drückte die Erwartung aus, der Markgraf werde es in keiner Weise mehr zulassen, daß andere ihm das Leben schwer und bitter machten. Er liebe es nicht, daß man ihm Schwierigkeiten bereite, noch daß andere sich in Geschäfte mischten, die nicht in ihr Ressort gehörten, sondern die der Herr ihm zur Besorgung aufgetragen habe.⁶⁷ Seit seinem Wiedereintritt in den badischen Dienst im Juli 1757 konnte Gemmingen unbehelligt die nötigen Voraussetzungen schaffen für das spätere wirtschaftliche Aufblühen der Markgrafschaft. Er baute weiter an dem Werk, das er schon unter Karl Wilhelm begonnen hatte. In einer ausführlichen Denkschrift vom Jahre 1759 mit dem Titel „Vollständige Abhandlung über die Regierungsverfassung der fürstlich markgräfllich badischen Lande“⁶⁸ gab er Karl Friedrich mit großer Sachkenntnis jene Antwort, die ihm die Geheimen Räte schuldig geblieben waren. Diese Denkschrift Gemmingens bildet die Grundlage für die gesamte Regierung Karl Friedrichs.

Mit der Aufnahme des Hofrats Reinhard in den Geheimen Rat im Jahre 1755 war auch die Führung der territorialpolitischen Angelegenheiten der Markgrafschaft in die Hände eines sachkundigen Mannes gekommen.⁶⁹ Reinhard war der viel-

65. Windelband a. a. O. S. 8 ff.

66. HSTA. I, 1, Karl Friedrich Korrespondenz mit v. Gemmingen.

67. Ebenda, Gemmingen an Uexküll, 6. Mai 1757.

68. GLA. Handschriftensammlung Nr. 66. vgl. hierzu Windelband a. a. O. S. 30.

69. nach seinen Dienerakten; HSTA. I, 1, Karl Friedrich Korrespondenz mit Reinhard. vgl. dazu Lenel a. a. O. S. 116 ff., Windelband a. a. O. S. 213 ff.

seitigste Geschäftsmann, den Karl Friedrich zu dieser Zeit besaß. Seine Kenntnisse und Fähigkeiten erstreckten sich über das gesamte Interessengebiet eines damaligen Staatswesens vom Reichsrecht und Lehenrecht bis zur Gesetzgebung, Justizverwaltung und Staatswirtschaft. Da er dem reformierten Bekenntnis angehörte, hatte er trotz seiner anerkannten Tüchtigkeit nur langsam in die Kollegien des lutherischen Baden-Durlach Eingang gefunden. Jetzt entfaltete er eine manchmal etwas schonungslose Betriebsamkeit, die ihm in den Kollegien und bei Hofe manche Feinde schuf. „Sollte ich auch noch bei der Hofökonomie das Kalb in die Augen schlagen müssen“, so schreibt er im Februar 1757 an den Geheimen Rat Lüdecken, der als Vertrauter Karl Friedrichs die Umstellung mit herbeigeführt hatte, „so werde ich allenthalben für einen Heiden und Zöllner ausgeschrien werden. Wohingegen wenn ich anderen bloß zu Gefallen redete und rampierte,⁷⁰ ich mit Lob bis in den Himmel erhoben und mit Gnaden überschüttet würde.“ Vor den bisherigen Leistungen des Geheimen Rats hielt er nicht mit scharfer Kritik zurück. Besonders Württemberg gegenüber sei Baden bisher immer im Nachteil gewesen: In Ansehung der Grafschaft Eberstein habe man diesseits noch niemals den rechten Fleck getroffen, weil diejenigen, so darin gearbeitet, einschließlich des Lehenpropstes von dem teutschen Lehenrecht nicht viel gewußt hätten. Der Herr Präsident habe mit Tonnen Goldes und ganzen Herrschaften um sich geworfen, da er ganz und gar nicht informiert sei „von dem, so uns gebühret“, sondern nur „die gegenseitigen Jura“ sich groß vorstelle.⁷¹ Dies ging auf einen Vergleichsvertrag mit Württemberg von 1753, in dem Baden gegen eine Entschädigungssumme auf die Anrechte an mehreren reichen Ämtern verzichtet hatte. Karl Friedrich machte jetzt selbst diesen Vergleich seinen alten Ratgebern zum Vorwurf.⁷² Er vertraute Reinhard allein die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten für die Erbvertragsverhandlungen mit Baden-Baden an. In seinem Auftrag eröffneten Reinhard und Rues die Verhand-

70. „rampieren“ = kriechen.

71. HSTA. I, 1, Reinhard an Lüdecken, 26. Februar 1757.

72. W. Andreas, Badische Politik unter Karl Friedrich. ZGORh. N. F. XXVI, S. 419.

lungen mit den baden-badischen Räten, ohne daß Uexküll darum wußte.⁷³ Ende Oktober 1759 konnte Reinhard dem Markgrafen den Entwurf des Erbvertrages übersenden, nachdem er ihn mit Gemmingen genau durchgearbeitet hatte. Man müsse sich zu reiflicher Überlegung Zeit lassen, schrieb er, es sei deshalb dermalen noch unmöglich, die Sache vors Geheime Ratskollegium zu bringen, wofern man sie nicht in die betrübteste Verwirrung geraten lassen wolle. Die Angelegenheiten wurden zunächst in privaten Audienzen und Besprechungen zwischen Gemmingen und Reinhard weiter gefördert.⁷⁴

Im Frühjahr 1760 erhielt Karl Friedrich durch seinen jugendlichen Kammerjunker Wilhelm von Edelsheim Kenntniss von geheimen Unternehmungen in der großen Politik, von denen beide einen bedeutenden Gewinn für die badischen Interessen erhofften.⁷⁵ Auf eine Anregung des englischen Ministeriums hatte König Friedrich II. von Preußen den jüngeren Bruder des badischen Kammerjunkers, Georg Ludwig von Edelsheim, mit geheimen Aufträgen nach Paris entsandt, um die Bereitschaft Frankreichs zu einem Sonderfrieden zu erkunden. Diese Aussicht auf eine Befreiung der isolierten Markgrafschaft von dem Druck des französisch-österreichischen Bündnisses regte den lebhaften Geist Wilhelm von Edelsheims zu weit gespannten politischen Kombinationen an. Sollte der Sonderfriede zustandekommen, so glaubte er, das Interesse der Großmächte Preußen, England-Hannover und vielleicht auch Frankreich auf eine Machterweiterung des protestantischen Baden als Nachbarn der österreichischen Vorlande lenken zu können. Die Garantie der Mächte für die Erbfolge in Baden-Baden, die Übertragung des Direktoriums im Schwäbischen Kreis und vielleicht noch weiterer Gebietszuwachs erschienen im Bereich der Möglichkeiten. Die geheimen Berichte des jüngeren Edelsheim an König

73. Windelband a. a. O. S. 210, 214 f.

74. Nach HSTA. I, 1, Karl Friedrichs Korrespondenz mit Reinhard.

75. HSTA. I, 1, Karl Friedrichs Korrespondenz mit Wilhelm v. Edelsheim. Dazu W. Andreas a. a. O. S. 415 ff. K. Obser, Wilhelm v. Edelsheim, *Karlsruher Zeitung* vom 6. Dezember 1893. Derselbe, Die Mission des Freiherrn Georg Ludwig von Edelsheim im Jahre 1760, ZGORh. N. F. II, III. H. Gerspacher, Die badische Politik im Siebenjährigen Kriege, *Heidelberger Abhdlg.* Heft 67, 1934.

Friedrich gingen über den Gothaischen Minister von Keller, und so entschloß sich der badische Markgraf, seinen Vertrauten unauffällig an den Gothaer Hof zu senden, wo er bereits eingeführt war, um ihm von dort über den Verlauf der Unterhandlungen seines Bruders Nachrichten zu verschaffen. Niemand in Karlsruhe erfuhr von den politischen Absichten, die Karl Friedrich mit der Entsendung des Kammerjunkers nach Gotha verband. Die mit Geheimtinte geschriebenen Berichte bekam außer dem Markgrafen niemand zu sehen, er beantwortete sie mit eigener Hand. Freilich wurden die großen Erwartungen Karl Friedrichs durch die Haltung des französischen Hofes bald genug enttäuscht. Der Krieg ging weiter, und das Zurückfallen in die beschränkten Verhältnisse der Markgrafschaft war doppelt schmerzlich.

Karl Friedrich sah sich auf die schwachen Kräfte seines eigenen kleinen Landes angewiesen, die nach Gemmingsens klarem Urteil „nicht so beschaffen noch hinlänglich waren, daß ein zeitlicher Regent zu einem solchen Vermögen sollte gelangen können, eine große Rolle spielen zu können“. Allein Gemmingen zeigte seinem Fürsten ein immerhin lohnendes Ziel badischer Politik: „durch kluge consilia, nicht übertriebene Maßregeln, wohl überlegte und beständig zu befolgende principia, geschickte, fleißige und getreue Diener, ein gutes, reguläres und die Vordersparung erreichendes Finanzwesen und nützliche Anwendung des gewonnenen Vermögens könnten solche arrangements gemacht werden, daß das Hochfürstliche Haus jederzeit eine große Konsideration in Teutschland und Influenz in die publikken Affairen wird erlangen können“.⁷⁶ Leider wurde Gemmingen bald durch eine schwere Augenkrankheit, die ihn fast der ganzen Sehkraft beraubte, verhindert, an dieser Aufgabe mit voller Kraft weiterzuarbeiten. Seine männliche Gestalt blieb den jungen zukünftigen Ministern am Hofe Karl Friedrichs als ermutigendes Vorbild stets lebendig vor Augen, und sie dachten noch manchmal an seine männlich bescheidenen Worte: „Wer die Eichel gepflanzt hat, wird den fertigen Balken nicht zu sehen bekommen“.⁷⁷

76. Schlußsatz seiner Denkschrift von 1759, gedruckt bei Windelband a. a. O. S. 156.

77. W. v. Edelheim an Herzog Karl August von Weimar, 18. Septem-

Dieses von Gemmingen umrissene Ziel vor Augen, fand Karl Friedrich jetzt „wahre Beruhigung im Studium der Grundsätze der Staatswirtschaft nach der natürlichen Ordnung und wünschte sie ausführen zu können.“ In diesem Wunsch verband sich ihm Pflicht mit Vergnügen, und er war bei ihm zur wahren Leidenschaft geworden.⁷⁸

Von der Berufung des Professors Schlettwein im Jahre 1763 von Jena nach Karlsruhe als Kammer- und Polizeirat versprach er sich eine fruchtbare Anregung der gesamten Verwaltung.⁷⁹ In der Tat gewann Karl Friedrich in ihm einen begabten Beamten von ausgebreiteter Gelehrsamkeit, „voller Begierde, den Nutzen des Landes nach Möglichkeit zu steigern“. Aber der halsstarrige Fanatismus, mit dem Schlettwein das physiokratische System bis in die schroffste Einseitigkeit verfocht, verdarb ihm alles. „Er verwandelte das Sitzungszimmer in ein Auditorium und lehrte sein eigenes System über das Kammeralwesen. Nichts war ihm recht, alles wurde umgeorgelt, alle membra sollten Ja-Herren oder entfernt sein, und wer seine Meinung zu sagen wagte, erhielt die gewöhnliche Antwort: Sie verstehen nichts, selbst den alten Präsidenten von Gemmingen nicht ausgenommen.“⁸⁰ Die unter seinem Einfluß im November 1764 nach dem Vorbild der Stadt Bern begründete Ökonomische Gesellschaft, in deren Zusammenkünften der Markgraf selbst den Vorsitz führte, sollte sich „mit der Verbesserung des ökonomicum“ in den badischen Landen befassen und „dazu legitimiert sein, ihre Erfahrungen, Versuche, Vorschläge und Urteile über eingelaufene Schriften dem Regenten selbst vor Augen zu legen und auf die Ausführung des Nützlichen einen Antrag zu machen“.⁸¹ Sie erschöpfte sich jedoch bald in theoretischen

ber 1779. „Unser großer Gemmingen, der diese Ordnung ersann, dachte an unsere vorhabende Arbeit, wie er seinen Plan machte. Er hat nur gepflanzt: wir ernden. Das konnte er nicht; denn wie er oft sagte, *Qui-conque a planté le gland n'est pas fait pour en voir la poutre*.“ Hausarchiv Weimar A. XIX. 32. freundl. Mitteilg. von Herrn Privatdozent Dr. Ulrich Crämer.

78. K. Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 20 a. a. O. S. 464 f.

79. Ludwig a. a. O. S. 134. Windelband a. a. O. S. 76 f.

80. aus den Akten mitgeteilt von Windelband a. a. O.

81. Knies a. a. O. S. CLII.

Erörterungen. Nach einem Jahr bereits wurden ihre Beratungsgegenstände den alten Zentralkollegien überwiesen, deren Schwergewicht sich auch hier wie gegenüber der Geheimen Deputation des Jahres 1753 durchsetzte. Nach mehreren Jahren voll unruhiger Versuche schied Schlettwein 1773 aus dem badi-schen Dienst infolge seiner Entzweigung mit dem französischen Physiokraten Dupont de Nemours, der bei seinem damaligen Aufenthalt in Karlsruhe dem Markgrafen besonders nahe stand.

Karl Friedrich litt unter den Widerständen, auf die die praktische Durchführung des physiokratischen Programms stieß.⁸² Dazu kamen die endlosen Schwierigkeiten, die sich dem Abschluß des Erbvertrages mit der Rastatter Regierung entgegenstellten und die Verhandlungen in die Länge zogen. Der Markgraf schrieb einen guten Teil der Schuld seinen eigenen Juristen zu, denen man bisher in Baden zuviel überlassen habe.⁸³ Bei aller Anerkennung, die er notwendig dem großen Verdienst Reinhards zollte, war er der Ansicht, daß, selbst wenn es Juristen gäbe, die neben der Rechtsgelehrsamkeit noch andere nützliche Wissenschaften besäßen, es doch nicht ratsam sei, sie zur Verwaltung anderer Geschäfte zu gebrauchen als zur Verwaltung der Justiz, und was damit verknüpft ist: „Denn ihre Gedenkungsart wird durch Lesung juristischer Bücher und vieler Prozeßschriften so sehr von der Chikane gebogen, daß sie selten den geraden Weg nach einem Endzweck finden können, noch mit derjenigen Erhabenheit des Geistes denken können, welche zur Ausführung großer und nützlicher Absichten ohnentbehrlich sind.“⁸⁴ Gerade deshalb berührte ihn das bürgerlich selbstbewußte Auftreten Reinhards peinlich: „Sie wollen sich aller Geschäfte im Geheimen Rat bemeistern, alle arcana wissen, über alle Fonds disponieren, ihre Grundsätze als unfehlbar gelten und

82. K. Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 20 a. a. O.

83. Ein Tagebuch des Markgrafen Karl Friedrich vom Jahre 1764, mitgeteilt von K. Obser, Neues Archiv f. d. Geschichte der Stadt Heidelberg, Bd. 9, 1911, S. 229. vgl. auch Windelband a. a. O. S. 158 f.

84. K. Obser, Tagebuch Karl Friedrichs a. a. O. S. 230. Die Beziehung auf Reinhard ergibt sich aus der ablehnenden Bemerkung Karl Friedrichs über Reinhards Relation zu den sponheimischen Teilungsverhandlungen: hierzu sei mehr ein Staatsmann als ein Rechtsgelehrter nötig. Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 19 a. a. O. S. 460.

sich selbst unumgänglich notwendig machen. Wenn ihren Meinungen und Absichten nicht nachgegeben wird, so setzen sie endlich, wie man zu sagen pflegt, den Stuhl vor die Tür.“⁸⁵ Obwohl er keinen Namen nennt, kann dies Urteil Karl Friedrichs nur auf Reinhard gehen. Es kamen persönliche Verstimmungen hinzu, so als Reinhard den Versuch machte, den Hofhistoriker Professor Schöpflin von der Einwirkung auf die politischen Entschlüsse des Markgrafen fernzuhalten; „der Präsident von Uexküll sei von dem Manne ganz eingenommen, und er könne ihm alles abschwätzen“.⁸⁶ Dieser Ton mußte auch den Markgrafen selber verletzen. Stärker noch als diese persönlichen Erlebnisse war das ausgeprägte ständische Vorurteil Karl Friedrichs beteiligt, auf das hinzuweisen Schlosser sich nicht scheute.⁸⁷

Doch blieb die Auseinandersetzung mit dem juristischen Geschäftsgeist nicht rein negativ. Die gereizte Sprache der zahlreichen kritischen Äußerungen ist ein Anzeichen dafür, daß sich hier eine neue Auffassung von aufgeklärter Landesregierung in bewußtem Gegensatz zum seitherigen Zustand Ausdruck verschaffte.

Karl Friedrich betrachtete das in den kleinen und mittleren deutschen Fürstentümern zäh beharrende Juristenregiment als einen überholten, in seinem Ursprung auf die „dunkeln Zeiten des Mittelalters“ zurückgehenden Zustand.⁸⁸ Ungeachtet der bedeutenden Erweiterung, die das Gesichtsfeld einer Landesregierung seitdem erfahren hatte, hielten sie immer noch unverändert ihren Anspruch aufrecht, die einzig berufenen Berater der Fürsten zu sein. Sie glaubten, sich in alle Teile der Staatsführung mischen zu müssen; „ganz gleich, ob Politik, Militär, Polizei, Camerale, überall wollten sie eine Direktive haben“, obwohl sie doch auf diesen Gebieten nirgends wahre Fachkenntnis

85. Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 21, a. a. O. S. 465.

86. HSTA. I, 1, Karl Friedrichs Korrespondenz mit Reinhard. Reinhard an Lüdecke, 23. Juli 1762. vgl. Windelband a. a. O. S. 160.

87. Schlosser an Lavater, Emmendingen 8. Oktober 1774, mitgeteilt von H. Funk, ZGORh., N. F. 10, S. 143.

88. Obser, Karl Friedrichs Papiere, a. a. O. S. 469, 472.

besaßen.⁸⁹ Bei ihrer „advokatenmäßigen Denkart“ brauchten sie die Schikane als Lebenselement, um sich mit ihrer Gelehrsamkeit und Geschicklichkeit hervortun zu können und sich unentbehrlich zu machen.⁹⁰ Durch diese nur zum Teil selbstlose Betriebsamkeit stifteten sie nur anhaltende Unruhe und Unfrieden, sie zogen den Landesherrn unter den plausibelsten Vorwänden von einem „weitsichtigen Rechtshandel“ in den anderen und verursachten ihm am Ende nur Kosten und Verdruß.

„Warum braucht man Juristen in Gesandtschaften, wo doch eine edle Freimütigkeit, ein dreistes, jedoch ungezwungenes Betragen so nötig, denen Juristen aber nicht natürlich sind? — Es bleibt ihnen allzeit etwas Gezwungenes. Wo das Interesse des Hofes, an welchen sie abgeschickt sind, ihnen die Beweggründe an die Hand geben sollte, um ihre Negociationen zu befördern, da führen sie Rechtsgründe an.“⁹¹ — Karl Friedrich bemühte sich, junge vermögende Adlige an seinen Hof zu ziehen, „die sich zu Verschickungen können gebrauchen lassen“.⁹² Vor allem den jungen Wilhelm von Edelsheim⁹³ hoffte er dauernd für seinen Dienst zu gewinnen. Der Freiherr von Hahn bewährte sich als Vertreter der Durlacher Regierung bei den Erbvertragsverhandlungen in Rastatt und wurde darauf Gesandter beim Schwäbischen Kreis in Ulm.⁹⁴ — Nachdem der Erbvertrag im Januar 1765 mit der Unterstützung der Vormächte des Corpus Evangelicorum, Preußen und Hannover-England, endlich zum Abschluß gekommen war, hatte die junge badische Diplomatie ihr ganzes Geschick aufzuwenden, um neue Schwierigkeiten zu

89. Obser, Tagebuch Karl Friedrichs a. a. O. S. 229. Derselbe, Karl Friedrichs Papiere, a. a. O. S. 448 ff.

90. Obser, Karl Friedrichs Papiere, a. a. O. S. 460, 465.

91. Obser, Tagebuch Karl Friedrichs, a. a. O. S. 230.

92. Obser a. a. O. S. 231, 235.

93. Wilhelm von Edelsheim, geboren am 13. November 1737 zu Hanau, seit August 1758 baden-durlachischer Hofrat und Kammerjunker, zu Anfang des Jahres 1773 zum Geheimen Rat ernannt. Über ihn K. Obser, Allg. D. Biogr. Bd. 48, S. 263. Derselbe, Zur Erinnerung an W. v. E., Karlsruher Zeitung vom 6. Dez. 1893. Erdmannsdörffer-Obser, P.C. Bd. I, Einl. Windelband a. a. O. S. 219 f. W. Andreas, Badische Politik, ZGORh. N. F. XXVI, S. 430 f.

94. Windelband a. a. O. S. 218.

beseitigen und Gefahren vorzubeugen. So war Edelsheim von 1767 bis 1769 in außerordentlicher Gesandtschaft am Wiener Hof, der junge Freiherr Christian von Gayling⁹⁵ reiste im Jahre 1770 in besonderer Mission nach Petersburg. Während von Hahn sich als Unterhändler in Rastatt noch im wesentlichen nach den Anweisungen Reinhards zu richten gehabt hatte, stellte Edelsheim vor der Übernahme seiner Wiener Gesandtschaft zur Bedingung, daß man ihm freie Hand lasse, und daß er seine Instruktionen nur vom Markgrafen selbst und dem Präsidenten von Hahn, nicht aber vom Geheimen Ratskollegium erhalte.⁹⁶

Am 21. Oktober 1771 nach dem Tode des Markgrafen August Georg konnte die Besitzergreifung der baden-badischen Lande dank der jahrelangen sorgfältigen Vorbereitung ohne Hindernisse vonstatten gehen. Die Vergrößerung des Landes und der Bevölkerungszahl um mehr als das Doppelte und der Gewinn der baden-badischen Stimmen im Reichstag und beim Schwäbischen und Oberrheinischen Kreis bedeutete eine beachtliche Steigerung des badischen Einflusses. Karl Friedrich nahm dies Ergebnis hin als eine Folge des Gegengewichts der „nordischen Mächte“ Preußen, Rußland, England, Dänemark und Schweden gegen die Politik des kaiserlichen Hofes zu Wien. Ihr Interesse an der Unterstützung des evangelischen Reichsteils, an der Aufrechterhaltung der „teutschen Freiheit“ und der Rechte und Gerechtigkeiten der Fürsten und Stände des Reichs schien ihm auch für die Zukunft eine Gewähr für den unversehrten Bestand seiner Herrschaft zu bieten. In der Erhaltung einer ununterbrochenen „Konnexion“ mit diesen Mächten erkannte Karl Friedrich deshalb eine wesentliche Aufgabe badischer Politik.⁹⁷

Das Ausscheiden der beiden letzten bürgerlichen Mitglieder aus dem Geheimen Rat ermöglichte bald eine Einrichtung der

95. Christian Heinrich Freiherr von Gayling zu Altheim, geboren 1743, gehörte zum elsässischen Adel. Seit dem Dezember 1767 baden-durlachischer Hofrat und Kammerjunker, 1772 Vizepräsident beim Hofrat mit Zutritt zu den Sitzungen des Geheimen Rats. Über ihn Windelband a. a. O. S. 220 ff.

96. Obser, Karlsruher Zeitung, 6. Dezember 1893.

97. Dies und das Folgende nach der im Herbst 1772 verfaßten Denkschrift Karl Friedrichs „Gedanken über die Wiederbesetzung des Geh. Rats-Collegii“. Obser, Karl Friedrichs Papiere, a. a. O., S. 458 ff.

Regierung nach den neuen staatsmännischen Grundsätzen Karl Friedrichs. Der Geheime Rat Reinhard starb im September 1772, und drei Monate vorher war der Geheime Rat Preuschen als Assessor ans Reichskammergericht nach Wetzlar berufen worden. Für die anhängigen juristischen Hauptgeschäfte lieferte er noch von dort aus schriftliche Gutachten für den badischen Geheimen Rat. Karl Friedrich lehnte es ab, fremde, schon in ansehnlichen Ämtern stehende Rechtsgelehrte einfach in sein Geheimes Ratskollegium zu übernehmen. Wenn er fremde brauchbare Männer für seine Collegia gewinnen konnte, so wollte er sie erst kennenlernen, ehe er sie zu Ministerialgeschäften brauchte. Vor allem aber trachtete er danach, wenn möglich Landeskinder nachzuziehen und zu Geschäften zu bilden.

Statt der bürgerlichen Geheimen Räte, die bisher mit den beiden Präsidenten des Hofrats und der Rentkammer zusammen das Geheime Ratskollegium dargestellt hatten, wünschte Karl Friedrich einen dritten adligen Geheimen Rat zu berufen. Dieser Geheime Rat, der nicht Präsident eines Kollegiums wäre, sollte die Besorgung der auswärtigen Geschäfte übernehmen. Zu Anfang des Jahres 1774 gewann er Wilhelm von Edelsheim für diese Aufgabe, der eben von einer ausgedehnten Reise durch Frankreich, Italien und die Fürstentümer Mitteldeutschlands nach Karlsruhe zurückgekehrt war. Wilhelm von Edelsheim, den Friedrich der Große gleich dem jüngeren Bruder gern in seinen Diensten gesehen hätte, der Freund des Herzogs Karl August von Weimar und des französischen Physiokraten Dupont de Nemours, Edelsheim, der am Hofe des Kurzerzkanzlers von Mainz stets ein gern gesehener Gast war und mit Johannes von Müller⁹⁸ in brieflichem Verkehr stand, der sich eben noch bei seinem Besuch in Florenz die Freundschaft des jugendlichen Großherzogs Leopold von Toskana erworben hatte, er war der rechte Mann, um seine weitverzweigten Beziehungen zum Nutzen des Markgrafen fruchtbar zu machen, den er über alles liebte und verehrte. Mit seinem lebhaften Temperament ging er sofort daran, den ganzen diplomatischen Schriftverkehr

98. Über Johannes von Müller W. Andreas, Johannes von Müller in Weimar, in „Kämpfe um Volk und Reich, Aufsätze und Reden“, Stuttgart—Berlin 1934.

lebendiger und inhaltsreicher zu gestalten.⁹⁹ In seiner liebenswürdigen und gewinnenden Weise verband er den Vorteil seines Herrn mit dem Ton der vertraulichen Korrespondenz. Vor allem kam es darauf an, sich über die geheimen Absichten und Pläne der großen Höfe und den jeweiligen Grad ihrer politischen Aktionsfähigkeit auf dem laufenden zu halten, um im gegebenen Augenblick auch die badischen Wünsche in dieses Spiel einzufügen.

Diese politischen Informationen lagen ihrem ganzen Charakter nach außerhalb des gewohnten Geschäftsbetriebs, und so war es ganz natürlich, daß sie ausschließlich den Gegenstand vertraulicher Besprechungen zwischen dem Markgrafen und Edelsheim im Kabinett bildeten. Soweit solche Schreiben die Geschäfte des Geheimen Rats unmittelbar berührten, teilte Edelsheim dem Kollegium die betreffenden Stellen auszugsweise mit.

Anders lag es jedoch bei den diplomatischen Verhandlungen mit auswärtigen Gesandten und an fremden Höfen. Hier stellte sich das Geheime Ratskollegium zwischen ihn und den Markgrafen, und der Hofratspräsident von Hahn nahm als Nachfolger des verstorbenen Herrn von Uexküll gewisse Vorrechte des rangobersten Geheimen Rats für sich in Anspruch. Das zeigte sich zum erstenmal bei Gelegenheit des sponheimischen Teilungsgeschäfts im Sommer 1776, das nach Karl Friedrichs eigener Ansicht mehr einen Staatsmann als einen Rechtsgelehrten erforderte.¹⁰⁰ Der Markgraf hatte Edelsheim die Führung der Verhandlungen mit Pfalz-Zweibrücken, die in Trarbach selbst stattfinden sollten, aus eigener Bewegung aufgetragen, da er sie keinem andern anvertrauen könne. Edelsheim glaubte mit dem Zweibrückischen Minister von Esbeck im Laufe von zwei Monaten ins reine zu kommen. Die Geheimen Räte in Karlsruhe, die in Konferenzen mit bürgerlichen Rechtsgelehrten zusammen die

99. vgl. P. C. I, II.

100. Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 19, a. a. O. S. 460. Das Folgende nach HSTA. I, 1. Karl Friedrichs Korrespondenz mit W. v. Edelsheim. Aus Bd. I, Karl Friedrich an Edelsheim, Juni 1776, und ein undatierter Brief Edelsheims, aus Bd. III, Briefe Edelsheims vom 1. und 6. Juli, 6. August 1776.

Instruktionen für Edelsheim entwarfen, zogen jedoch die Arbeit durch ewiges Kritisieren und Schwierigkeitenmachen in die Länge, wodurch sie nach Edelsheims Äußerung nur ihre Unkenntnis in der vorliegenden Angelegenheit und die Pedanterie in ihrer Geschäftsführung überhaupt bewiesen: „Immer wieder finden sie etwas zu beanstanden“, schrieb er unwillig an den Markgrafen, „sie ändern, was sie vorhin selbst gesagt haben, verwerfen, was man unternommen hat, und ich muß wahrhaftig Geduld haben, mein Fürst und Herr, da dies alles in Ihrem geliebten und so verehrten Namen geschieht“. Wenn er das Vertrauen Karl Friedrichs wirklich besäße, das allein für ihn Glück und Belohnung bedeute, so könne er auf Grund von manchen guten Diensten erwarten, daß man seiner Ansicht ebensoviel Glauben schenke wie der Meinung der Herren in der Konferenz und zum mindesten, daß man sich nicht endgültig gegen seine Ansicht entscheide, ohne seine Auseinandersetzung mit der Opposition gehört zu haben. Edelsheim betonte, er rede nicht für sich selber, sondern es sei ihm darum zu tun, eine Einheitlichkeit in dem politischen System zu bewahren, die Kenntnisse, die er sich erworben, im Dienst seines Herrn auch wirklich nutzbar zu machen und zu verhindern, daß man ihn nur bezahle, um einen gewissen grünen Sessel einzunehmen, dessen Anblick ihm jedesmal ein Gähnen verursache. In keinem Ministerium Europas betrachte man den abwesenden Rat wie einen Ex-Minister. — Es sei doch wohl ein Unterschied, ob man den Reichstagsgesandten von Schwarzenau zu dirigieren habe, oder ihm, Edelsheim, eine Antwort schuldig sei. Preuschen¹⁰¹ habe ihm einen dozierenden Schriftsatz geschickt, wie wenn es sich um den Vertreter einer fremden Macht handelte. Man könne einfach keine Verhandlung mit Aussicht auf Erfolg beginnen, wenn man nicht einem Diener den geheimen Auftrag des Hofes restlos anvertrauen wolle. Ohne dies Vertrauen zu besitzen, könne er sich in Karlsruhe viel nützlicher erweisen als in Trarbach. —

Trotz mehrfachen Drängens konnte Edelsheim den Mark-

101. Preuschen lieferte dem badischen Geheimen Rat von Wetzlar aus noch juristische Gutachten.

grafen nicht dazu bewegen, eine klare Abteilung der Geschäfte unter den drei Geheimen Räten durchzuführen.¹⁰² Karl Friedrich wollte auf das Prinzip der kollegialen Geschäftsbehandlung im Geheimen Rat nicht verzichten, und so blieb die Einteilung rein kanzleimäßig, das heißt, sie bezog sich lediglich auf die Vorbereitung. Als Zeichen des besonderen Vertrauens wurde Edelsheim jetzt noch die Besorgung der Familienangelegenheiten zugewiesen;¹⁰³ das war zuvor eine Ehrensache des ersten Geheimen Rats gewesen.

Bei der großen Verehrung, die Edelsheim für seinen Fürsten empfand, waren solche unliebsamen Erfahrungen schnell wieder vergessen: „Im Grunde bin ich immer rosenfarb, wenn ich gegenüber Ew. Hochfürstl. Durchlaucht stehe.“¹⁰⁴ Dennoch gab es in den nächsten Jahren immer wieder Zwischenfälle, die zeigten, wieviel Unsicherheit die kollegiale Behandlungsweise für die auswärtigen Geschäfte mit sich brachte. Die Frage, wie man sich vor dem Ausbruch des bayrischen Erbfolgekriegs dem preußischen Bündnisangebot gegenüber verhalten solle,¹⁰⁵ führte zu heftigen Spannungen zwischen Edelsheim und dem Präsidenten von Hahn, die zugleich die Verschiedenheit ihrer politischen Grundsätze und die unsichere Haltung Karl Friedrichs beleuchten:¹⁰⁶ Edelsheim hatte zu oft schon die Erfahrung gemacht, daß er zwar mit dem Markgrafen einerlei Sinnes war, doch meist vergebens — zu des Landes Schaden: „Bloß darum, weil Ew. Hfstl. Dlt. dero eigene Gedanken so minder wichtig vorkommen, sobald ein anderer seine Schlaraffereien dawiderhängt“. Deshalb bat er Karl Friedrich, er möge lieber dem Geheimen Rat von Hahn die Ausarbeitung der Unterlagen und Richtlinien auftragen, die der Markgraf für seine Zusammenkunft mit dem preußischen Beauftragten Grafen von Görtz in Zweibrücken benötigte. Karl Friedrich habe ja Vertrauen zu dem Präsidenten im politischen Fach, und „bei seinem Charak-

102. B. Gen. 1441.

103. Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 20, a. a. O. S. 465, dazu P.C. I, S. 285.

104. Edelsheim an Karl Friedrich, Steinbach 25. Aug. 1778, HSTA. I, 1.

105. Über die bad. Politik während des bayrischen Erbfolgekriegs W. Andreas, Bad. Politik a. a. O. S. 425.

106. Edelsheim an Karl Friedrich, 12. August 1778, HSTA. I, 1.

ter, seiner Physiognomie und seiner Routine“ zweifelte Edelsheim keinen Augenblick daran, daß er ein „ausgebrütetes System“ in der vorliegenden Materie habe. Wenigstens habe er selber gewiß damit angefangen, in die Kreuz und in die Quer alle Fälle zu überdenken, alle Gründe, Pflichten, Gefahr und Hoffnung, vergangene, jetzige und zukünftige Zeit gegeneinander abzuwiegen, daraus sich einen Plan zu tracieren und auf solchen zu schwören, bei demselben aber zur göttlichen Vorsicht zu sagen: Herr, Dein Wille geschehe. „Wie ich aber diesen Plan colorieren, menagieren, tarnieren, poussieren, courrieren und ausstaffieren wolle, das kann ich niemand zum Voraus sagen. Nach einem Rezept ist die Execution in jedem Spezialfall unmöglich, und diese ist eine von den Sachen, die der, der sie nicht versteht, nicht voraussagen kann, und der, der die Sache machen kann, nicht voraussagt.“ Darum habe er dem Präsidenten von Hahn noch letzthin gesagt: „Bei jedem Spezialfall ist es möglich, Anmerkungen über Ihr Betragen, Reden und Schreiben zu machen, sobald man weiß, was sie in allen Spezialfällen zu tun gedenken. Alsdann erst kann man sagen, Ihre Mittel scheinen mir zweckmäßig oder nicht.“

Allem Anschein nach hatte sich Karl Friedrich trotzdem nicht klar entschieden, als die wichtige Geheime Ratssitzung vor seiner Abreise herankam, und so nahm sie einen recht stürmischen Verlauf, was den Markgrafen stets peinlich berührte. — Als Georg Ludwig von Edelsheim im September im Auftrag König Friedrichs II. mit einem Bündnisangebot am badischen Hof erschien, wünschte Karl Friedrich erneut die Beteiligung seines Bruders an den Verhandlungen.¹⁰⁷ Wilhelm von Edelsheim tat es innig leid, seinem Herrn mißfallen zu müssen, aber er glaubte von seinem Vorsatz nicht abgehen zu können. Der Markgraf müsse sich entscheiden, an wen er den preußischen Beauftragten anweisen wolle: „Ist es an uns beide,¹⁰⁸ so sehe ich an dieser Gemeinschaft so viele Ungemächlichkeit, so viele Verhinderung des Guten, so vielen Schaden voraus, daß ich mir meinen Anteil an dem Geschäft ganz untertänig verbitten muß.“

107. Nach zwei undatierten Briefen Edelsheims an Karl Friedrich vom September 1778, HSTA. I, 1.

108. v. Hahn und W. v. Edelsheim.

Werde ihm aber die Führung der Unterhandlungen aufgetragen, so sei es hart für ihn, sich einem Geschäft zu unterziehen, das *circa modum*, nach dem Gedanken und dem *Stylo* eines andern, gegen seine Handlungsart eingeleitet worden sei. Er könne sich aber um so mehr nicht entschließen, das Geschäft anzutreten, bis er wisse, ob der Markgraf das Vertrauen in ihn hege, daß er dem Geschäft gewachsen sei, und aus dieser gnädigen Gesinnung ihm die Direktion, Proposition und Leitung des Geschäfts den ganzen Krieg durch so überlassen wolle, wie er bereits andere *Negotiationen* selbständig geführt habe. Obwohl Karl Friedrich versuchte, ihn in einer mündlichen Unterredung zu beschwichtigen, drängte Edelsheim nochmals darauf, er möge genau überlegen, ob nicht von Hahn überhaupt die auswärtigen Geschäfte haben könnte. Dadurch erhalte er Muße zu den weit wichtigeren und nützlicheren Aufgaben im Innern und werde von einer Menge Sorgen, Arbeit, Verantwortung und Verdruß entladen sein, die das gewisse Los desjenigen seien, der die auswärtigen, auch Reichs- und Kreissachen zu verwalten habe. Karl Friedrich ließ ihn auch hierauf ohne Antwort. — Die badische Politik wurde dann wirklich nach dem Grundsatz des Präsidenten von Hahn, „sich gegen das immer benachbarte, mächtig allezeit bleibende Österreich niemahlen in Zudringlichkeit auszuzeichnen“, geführt,¹⁰⁹ und da bei dem ganzen Krieg schließlich nichts anderes herauskam, „als daß sich die Mächte ein wenig zausten“, so konnte auch Edelsheim mit Beruhigung feststellen, daß sie dadurch wenigstens für die Kleinen immer tractabler würden und die Freiheit Deutschlands wieder einmal gerettet sei.¹¹⁰

Welche Rolle die übrigen Geheimen Räte Edelsheim zumuteten, zeigt vollends eine Episode aus dem folgenden Jahr (1779). Edelsheim bekam den Auftrag, wegen der französischerseits vorgefallenen Belästigung der badischen Rheinbauarbeiten in Straßburg beim Platzkommandanten vorzusprechen.¹¹¹ Es schien ihm jedoch viel Selbstverleugnung und eine große Anhänglichkeit an den Markgrafen dazu zu gehören, um sich nicht

109. Andreas a. a. O. S. 425.

110. Edelsheim an Karl Friedrich, Hanau 3. Nov. 1778, HSTA. I, 1.

111. Geh. Rats. Prot. vom 23. und 24. Nov. 1779. dazu Edelsheim an Karl Friedrich, 20. Nov. 1779, HSTA. I, 1.

zu weigern. Wenn der Kammerpräsident von Gayling die mit dem Rheinbau verknüpften Geschäfte *ex qualitate personae* und aus Rücksicht auf seine Familienbesitzungen im Elsaß nicht ausführen zu können glaubte, warum habe er sie nicht in seinen, Edelheims Händen, belassen, in denen sie bis zum Jahre 1775 waren? Wenn der Herr Präsident von Hahn die Überzeugung habe, er könne die Geschäfte mit Auswärtigen behandeln, „so gehe hin und tue das“. Er habe sich des öfteren die Freiheit genommen, vor dem Markgrafen zu beteuern, wie sehr es gegen sein Gefühl sei, alles haben zu wollen, alles tun zu wollen: „Aber daß die zwei Herren mir nichts überlassen wollen, kommt mir besonders vor, wenn ich zugleich sehe, daß, sobald das Wasser ihnen an den Mund kömmt, ich schwimmen soll, um die Schleusen aufzuziehen“. Er habe dieses seinen Kollegen öfters mündlich und schriftlich gesagt und dabei versichert, wenn er ein Geheimer Rat wie Lüdecke sein solle, herzlich gern, aber alsdann auch in Ansehung der Geschäfte *per omnia*. Einen Vorwurf dieser Art in Gegenwart des Markgrafen an seine Kollegen zu richten, leide der schuldige Respekt nicht. Wenn er jedoch in Verehrung und Ergebenheit den Willen Karl Friedrichs zu befolgen sich bemühe, so müsse er ihm verzeihen, wenn er ihm als Freund sein Herz ausleere.

Daß Edelsheim damals so wenig an der Besorgung der auswärtigen Geschäfte lag, erklärt sich aus der geringen Bedeutung, die sie in jenen Jahren der Entspannung nach dem großen europäischen Krieg für einen Kleinstaat wie Baden besaßen. Das einzige Ziel war die Erhaltung der „*teutschen Freiheit*“.

Als Karl Friedrich sich dazu entschloß, seine auswärtigen Beziehungen besser zu pflegen, war er sich darüber klar, daß es nicht allein auf geschickte Diplomaten ankam, um sein Ansehen bei den Großen zu heben, sondern vor allem auf die innere Verfassung seines Landes. Das wahre Interesse des Staates bestand für Karl Friedrich in der Erhaltung einer „*nervösen, einfachen, immer gleichen und einer aufsteigenden Progression fähigen Verfassung im Innern*“.¹¹²

112. Dies und das Folgende nach Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 19, a. a. O. S. 458 ff.

Nach seiner Überzeugung ruhte der badische Staat auf festen historischen und natürlichen Grundlagen. Das Erbrecht der regierenden Familie war durch jahrhundertealte Tradition befestigt, das Recht der Erstgeburt war im Hausgesetz verankert, und dazu kam „eine nicht zu sehr beschränkte Regierungsform“. Wenn die oberste Gewalt im Staate auf Grund einer langen Überlieferung unumschränkt in der Hand eines Mannes liegt, „so ist sie über alle einzelnen Glieder und ihr ungerechtes Unternehmen erhaben“ und vermag so die Regierung nach „dem gerechten Interesse aller“ (*utilité publique*) zu lenken.¹¹³ Die unlösbare Einheit der Interessen zwischen Herrn und Land ist also die natürliche Folge der unumschränkten Alleinherrschaft. In der Vorsorge um die Zukunft verbinden sich die persönlichen Wünsche des Hausvaters mit dem Nutzen des Landes: „So wird er zugleich zum Vorteil des Landes auf den Fortbestand eines starken männlichen Fürstenstammes achten. Er wird die Prinzen zu physisch und moralisch guten Menschen erziehen, worunter auch vor allem das Theoretische und Praktische der Religion verstanden sein soll. Dann bleibt noch die Erziehung zum Staatsmann mit all seinen Eigenschaften übrig, doch hier wird Angelerntes am wenigsten Sicherheit bieten; es kommt hauptsächlich darauf an, daß ein Regent sein Volk unterrichte, alsdann kann er versichert sein, daß sein Volk seine Nachkömmlinge unterrichten werde.“ Wenn das Volk einmal instandgesetzt ist, selbst zu beurteilen, was ihm — nach den Gesetzen des *ordre naturel* — nützlich oder schädlich ist, alsdann hat die Vernunft die Oberhand, dann ist die staatliche Ordnung zugleich mit dem gemeinen Besten (*interêt général*) nach außen und innen gesichert und befestigt; denn „nur der herrscht wirklich und eigentlich über andere Menschen, der ihren Willen nach seinem Willen durch die Macht der Meinung zu leiten weiß“. Mit der zunehmenden Aufklärung und Erkenntnis des wahren Vorteils unter dem Volk mußte der innere Wohlstand und damit das äußere Ansehen des Staates stetig wachsen: Absolutismus als Regierungsform und Aufklärung als Regierungsaufgabe stell-

113. Obser, Karl Friedrichs Papiere, a. a. O. S. 452. vgl. dazu C. Schmitt, Die Diktatur S. 110 f.

ten für Karl Friedrich die Voraussetzung dar für die natürliche Entfaltung der moralischen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes.¹¹⁴

Als Physiokrat hatte sich Karl Friedrich dem Grundsatz der Einnahmewirtschaft verschrieben, die sich nach Duponts Wort „nicht durch die vorgeschützten Staatsnotwendigkeiten“ zu künstlicher Kräfteanspannung verleiten ließ, sondern sich dem natürlichen Reichtum des Landes anpaßte.¹¹⁵ Immerhin erkannte Karl Friedrich die politische Bedeutung des Militärs als beachtliches Gewicht für das Ansehen eines Staates. Er hielt es deshalb „noch nicht für gänzlich ausgemacht, ob ein jeweiliger Markgraf von Baden immer princeps inermis bleiben wird, mit dem ein jeder nach Gefallen umgehen kann, oder ob das Haus Baden jemalen ein solches Ansehen zu erwerben instand sein wird, durch welches es mit andern der Geburt nach seinesgleichen in die Reihe mittlerer Reichsstände versetzt werden könnte, welche bei publiquen Angelegenheiten auch von den Großen nicht ganz außer acht gelassen werden, sondern in einigen Betracht kommen. Dieses ist nun ohne eine mit den Kräften des Landes verhältnismäßige Militärverfassung nicht möglich.“ Nun galt es aber, zuerst diese Kräfte zu untersuchen und wirksam zu machen.¹¹⁶

Zur Durchführung dieser Aufgabe, der Karl Friedrich somit eine grundlegende politische Bedeutung beimaß, gewann er sich in Wilhelm von Edelsheim einen gleichgesinnten Helfer. Edelsheim besaß eine gründliche Kenntnis in den Polizei- und Finanzwissenschaften, für die er aus der Berührung mit dem reformeifrigen Großherzog Leopold von Toskana, dem Bruder des Kaisers, eine besondere Vorliebe gewonnen hatte.¹¹⁷ In Karls-

114. vgl. C. Schmitt a. a. O.: „Haben die Menschen den ordre naturel einmal erkannt, so gibt sich alles weitere von selbst.“

115. H. Holidack, Der Physiokratismus und die absolute Monarchie. HZ. Bd. 145, S. 517 ff., bes. S. 531 ff.: „Die auf das Wohl des einzelnen bedachte humanitäre Denkweise der Physiokraten war der Machtpolitik des 18. Jahrhunderts entgegengesetzt.“

116. Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 28, S. 473 f.

117. Edelsheims Besuch am Florentiner Hof fällt vermutlich in das Jahr 1770, das fünfte Regierungsjahr des jungen Großherzogs. Über die toskanische Musterverwaltung F. Hirsch, Leopold II. als Großherzog von Toskana. HZ. Bd. 40, S. 433 ff. vgl. auch H. Holidack a. a. O.

ruhe griff er die physiokratischen Gedankengänge mit großer Begeisterung auf, aber nicht wie Schlettwein als fanatischer Doktrinär, sondern immer im Hinblick auf die gegebenen Verhältnisse des badischen Landes. Seine feine, allseitige Bildung und Weltkenntnis bewahrte ihn vor allen Einseitigkeiten und Übertreibungen, und gerade deshalb vertraute ihm der Markgraf. Während Karl Friedrich selber manchmal an der Durchföhrung seiner Pläne verzweifelte, hielt Edelsheim unbeirrt daran fest und bestärkte seinen fürstlichen Freund immer wieder in seinen Absichten.¹¹⁸

Der Markgraf schenkte jetzt der Rentkammer seine besondere liebevolle Aufmerksamkeit. Ihre Mitglieder wurden angehalten, sich durch Lesen ökonomischer Schriften mit den wahren Grundsätzen der Staatsverwaltung vertraut zu machen.¹¹⁹ Der nach Gemmingsens Tod neu ernannte Kammerpräsident Christian Heinrich Freiherr von Gayling wußte seine innerlich kühle Einstellung zur Physiokratie aus persönlicher Gefälligkeit gegen seinen Herrn zu verbergen. Als tüchtiger Verwaltungsbeamter vertrat er keine eigenen Ziele, sondern richtete seine Stellungnahme nach den „höchsten Gesinnungen“ ein.¹²⁰

Für die Fragen der Ökonomie fühlte sich Karl Friedrich jetzt selbst als Fachmann, da bedurfte er des Geheimen Rates nicht mehr. Er führte das gesamte Finanzwesen selbst vom Kabinett aus. Edelsheim, der mit dem Kammerkollegium in keiner Verbindung stand, schien ihm der richtige Mann, um eine genaue Ordnung und Kontrolle über die Finanzen zu führen.¹²¹ Er hatte dem Markgrafen allmonatlich im Kabinett Bericht zu erstatten. Hinzu kamen jeden Sommer die Landbereisungen, die Edelsheim einen unmittelbaren Einblick in den Fortschritt der Landwirtschaft und die Entwicklung der industriellen Anlagen gewährten. Wenn er so den ganzen Tag im Sattel gesessen und mit den trefflichen Burgvöglen die Ernte auf den herr-

118. Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 21, a. a. O. S. 465. vgl. Ludwig a. a. O. S. 139, Windelband a. a. O. S. 104.

119. B. Gen. 1441. Windelband a. a. O. S. 105.

120. Windelband a. a. O. S. 105 f. dazu Gutachten Gaylings vom 1. April 1807, Repositor der Staatsbehörden II, 2, Kanzleisache 1, Conv. 1.

121. B.Gen. 1808.

schaftlichen Gütern besichtigt hatte, schrieb er des Abends im Gasthaus mit müden Gliedern, aber voll launiger Gedanken köstliche Briefe an seinen Herrn, in denen sich Persönliches mit dem Bericht über den Fortgang des Geschäfts in geistvoller Buntheit mischte.

Im Jahre 1777 erhielt Edelsheim das Referat über Einführung neuer und Abänderung alter Gesetze.¹²² Damit war ihm die ganze Arbeit an der Landesreform anvertraut. Gar manche Stunde saßen Fürst und Minister in glücklichem Eifer tête à tête im Kabinett über Plänen und Projekten.¹²³ Edelsheim liebte und verehrte seinen Herrn. Mit Ehrfurcht und vergnügtem Herzen blickte er auf zu der hochgewachsenen, stämmigen Gestalt des „besten Landesvatters“, wie er in seinem einfachen blauen Rock und kurzen Reittiefeln unbekümmert durch die nassen Wiesen und den dicksten Morast watete, um den Fortschritt der Entwässerungsarbeiten selbst in Augenschein zu nehmen. In solchen Augenblicken schien ihm sein Herr so groß — im tätigen Genuß seines Schaffenswillens; als Bannerträger schwenkte dann er „die Fahne seines Carl Friederichs“, zu der er geschworen, über dem aufblühenden paradiesischen Land, „ein ehrwürdiges, heiliges Zeichen für ihn selbst, für die Untertanen, für Deutschland, ja für ein Stück von Europa!“¹²⁴ Mit der wachsenden Einsicht der Bevölkerung schritten auch die großangelegten Landesmeliorationen munter vorwärts. Alles vereinigte sich in einem fröhlichen Schaffenseifer, der über die Enge der Verhältnisse und die immerhin noch bedeutende Belastung des Landmanns hinaus das beglückende Gefühl allgemeiner Zufriedenheit und selbstsicherer Behaglichkeit verbreitete.¹²⁵

Ein bedeutender Schritt zur Ausführung des „großen Werkes“, das sich Edelsheim zum Ruhme seines Herrn vor-

122. Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 20, a. a. O. S. 465, bestätigt durch P.C. I, S. 285. Dazu B.Gen. 1441, 1808.

123. Edelsheim an Karl Friedrich, 23. Januar 1791, HSTA. I, 1.

124. Undatierter Brief Edelsheims an Karl Friedrich aus Bd. I der Korrespondenz, HSTA. I, 1.

125. L. Häußler a. a. O. S. 19, dazu das Zeugnis des Magisters Laukhard bei Windelband a. a. O. S. 155.

genommen hatte, war die Aufhebung der Leibeigenschaft und des Abzugs im August 1783.¹²⁶ Die Sache wollte nicht recht vom Fleck kommen, solange sie zur Hauptsache in der Rentkammer behandelt wurde. Erst den nachdrücklichen Vorstellungen Wilhelm von Edelsheims gelang es, den staatswirtschaftlichen Standpunkt gegen den rein fiskalischen durchzusetzen. Er mußte den Fürsten immer wieder in seinen Absichten bestärken und um sein Vertrauen kämpfen; denn er fürchtete, „wenn es denen Schmieden und Schmiedgens unter die Hände kömmt, so bekommen wir nur Blemperwerk“.¹²⁷ Im Sommer 1781 ließ sich Edelsheim von der Rentkammer das ganze Material über Leibeigenschaft und Abzug zustellen, um eine private Denkschrift für den Markgrafen auszuarbeiten. Am 3. Juli 1783 konnte Edelsheim dem Geheimen Rat den in allen Einzelheiten bereits völlig bestimmten Entschluß des Markgrafen eröffnen. Den Kollegien blieb nur noch die Aufgabe, die nötigen Spezialverfügungen zu erlassen. Doch hielt es der Markgraf für besser, wenn das von Edelsheim unter deutlicher Betonung des natürlichen Rechts der Untertanen auf Freiheit der Person und des Vermögens entworfene landesherrliche Reskript dem Hofrat und der Rentkammer zur endgültigen, in der Erörterungen prinzipieller Dinge zurückhaltenderen Fassung überlassen bliebe.

Auch die Durchführung der Grundentlastung im Badischen erhielt durch Edelsheim den entscheidenden Antrieb.¹²⁸ Die Verhältnisse gestatteten es jedoch nicht, daß diese Reform mit einem Schlag im ganzen Lande durchgeführt wurde wie die Aufhebung der Leibeigenschaft. Man konnte immer nur einzelne Landschaften in Angriff nehmen, und daraus ergab sich eine Verwicklung in Detailfragen, die unwillkürlich zu einer stärkeren Bindung an die Kollegien führte. Die Arbeit an der Grundentlastung zog sich denn auch bis gegen das Ende der neunziger Jahre hin und kam nur auf einem verhältnismäßig beschränkten Gebiet zur Wirkung.

126. Im Folgenden benutze ich: Th. Ludwig a. a. O. S. 145 ff. das Kapitel über die Reformzeit; über Edelsheim besonders S. 152 f., 170 f., dazu die Beilagen Nr. 2 und 3. Windelband a. a. O. S. 103 f.

127. Edelsheim an Karl Friedrich, undatiert, aus Bd. I der Korrespondenz, HSTA. I, 1.

128. Ludwig a. a. O. S. 167 ff.

Da Edelsheim als einziges Mitglied des Geheimen Ratskollegiums nicht durch Präsidialgeschäfte an die Residenz gebunden war und das volle Vertrauen des Markgrafen besaß, fiel ihm auch im Falle der Abwesenheit Karl Friedrichs von Karlsruhe und bei Reisen außer Landes die Aufgabe zu, den Fürsten zu begleiten und ihn in Verbindung mit den Kollegien zu halten.¹²⁹ So spielte er gewissermaßen die Rolle eines Kabinettsministers, allerdings in einem mehr patriarchalen Verhältnis.

Durch die Persönlichkeit Edelsheims war es Karl Friedrich gelungen, seiner Regierung eine Beweglichkeit und Gelenkigkeit zu geben, ohne daß dadurch eine Änderung der alten Kollegien und ihrer Arbeitsweise erforderlich schien. Die zunehmende politische Geltung an den deutschen und europäischen Höfen und der innere Aufschwung der Markgrafschaft gingen in ganz entscheidendem Maße auf die Tätigkeit dieses Ministers^{129a} zurück.

Mit seiner Fürstenbundspolitik suchte Edelsheim den Schlußstein in sein „großes Werk“ zu setzen, das bestimmt war, dem Ruhme Karl Friedrichs, „der Produktion seines Charakters“ zu dienen: „Glückseligkeit des Ganzen, Glückseligkeit im Großen!“¹³⁰ — Der Gedanke des Fürstenbundes entsprang dem Bedürfnis der kleinen mitteldeutschen und süddeutschen Reichsfürsten nach „Aufrechterhaltung der teutschen Freiheit“.¹³¹

129. B.Gen. 1808. vgl. Windelband a. a. O. S. 220.

129a. Den Ministertitel führten die beiden ältesten adligen Geh. Räte v. Hahn und v. Edelsheim seit Juli 1776, HSTA. I, 1. W. v. Edelsheim an Karl Friedrich, Trarbach 9. Juli und 11. Juli 1776.

130. Edelsheim an Karl Friedrich, 8. August 1784, HSTA. I, 1.

131. Zur Beurteilung des Fürstenbundes W. Andreas, Preußen und Reich in Karl Augusts Geschichte, in „Kämpfe um Volk und Reich“ vgl. dazu Karl Friedrichs „Glaubensbekenntnis eines deutschen Fürsten“ bei seinen Papieren, Obser a. a. O. Über Badens Rolle in der Fürstenbundspolitik B. Erdmannsdörffer, Baden u. d. Fürstenbund, P.C. I, Einl., W. Andreas, Bad. Pol. a. a. O. S. 426 ff., K. Obser, Bad. Pol. i. d. Jahren 1782—1792, Z. f. Gesch. und Pol. 1888, S. 818 ff., Max Lenz, Ein deutscher Kleinstaat in der französischen Revolution, Preuß. Jahrb. Bd. 70, 1892, S. 671 ff., E. Gothein, J. G. Schlosser als bad. Beamter, Bad. Neujaarsblätter N. F. II, 1899, S. 78 ff. und P.C. I und VI.

Gegen Kaiser Josefs II. planmäßig fortschreitende Machtbestrebungen im Reiche war von den übrigen europäischen Mächten nicht mehr viel Schutz zu erwarten, seit sich ihre Interessen gänzlich von der Mitte Europas abgewandt hatten. Auch die weltlichen Kurfürsten waren keine Stützen der alten Reichsfreiheit mehr, Hannover war zum Anhängsel des britischen Weltreichs geworden, Karl Theodor von Pfalz und Bayern hatte sich gerade eben in gefährliche Projekte mit Habsburg eingelassen, und Kursachsen schwankte hilflos zwischen Preußen und Österreich. Die Wahl des jüngsten Bruders des Kaisers zum Koadjutor von Köln und Münster deutete auf die kommende Entwicklung in den geistlichen Fürstentümern voraus.¹³² An Preußens Befreierrolle konnte man sich nicht begeistern. Durch die bevorstehende Vereinigung von Ansbach-Bayreuth mit Preußen mußten die mitteldeutschen Fürsten in eine gefährliche Zange geraten, und auch vom badischen Standpunkt konnte der damit verbundene preußische Einfluß im benachbarten Fränkischen Kreis äußerst nachteilig werden.

Die Gespräche des Fürsten Franz von Dessau mit Karl Friedrich im Sommer des Jahres 1782 waren von diesen Sorgen erfüllt.¹³³ Aus dem biedereren deutschen Sinn, den jeder im Herzen des Freundes fand, erwuchs ihnen wieder neue Zuversicht. Er gab ihnen die feste Überzeugung, daß jeder auf seinem Posten als Landesherr seinen Dienst an der guten deutschen Sache zu erfüllen habe; denn jeder echte deutsche Fürst war von einer höheren Macht an seinen Platz gestellt, und sie müßten alle nur ihre Aufgabe recht erkennen, damit wieder ein festes Band die Glieder des Vaterlands zusammenhalte. In dieser Gesinnung sollten „die Guten“ unter ihnen sich nahekomen und „entweder persönlich oder zum wenigsten ganz offenherzig und ohne Scheu schriftlich“ in Verbindung treten.

Zunächst war es Karl Friedrich von Baden, sein ihm nach-eifernder Freund Franz von Dessau und bald noch der urwüchsige Herzog Karl August von Weimar. Es war die beste

132. vgl. die beiden politischen Testamente Friedrichs des Großen, *Klassiker der Politik*, Bd. 5, 1922. dazu P.C. I, S. 35 f.

133. Nach P.C. I, S. 34 ff.

Tradition des wackeren deutschen Landesfürstentums, die hier noch einmal am Ausgang des Reichs in diesen sympathischen Fürstengestalten lebendig wurde und zugleich durch das erlebnishafte Bewußtsein der Zusammengehörigkeit nach Blut und Empfinden sich über die herkömmliche engstirnige Sondertümelei erhob. Die feste und einen sicheren Aufstieg versprechende innere Ordnung des einzelnen Landes sollte die Zuverlässigkeit und Fähigkeit seines Fürsten beweisen, sie sollte sein heiliges Recht auf die Herrschaft vor aller Welt bekunden und eine werbende Kraft ausüben zum Besten seines Hauses und zur Erhöhung der Wohlfahrt seiner Untertanen.¹³⁴

Das war die alte politische Überzeugung Karl Friedrichs, die sich jetzt einen weiteren Lebensraum suchte. Wenn sie bei all seinen pflichtbewußten Standesgenossen zu freier Wirksamkeit gelangte, so hoffte er, daß dem gesamten Vaterland und jedem einzelnen Glied reicher Nutzen daraus erwachse.¹³⁵ Ohne Falsch verband er in den folgenden Jahren seine eigenen Ziele mit dem Vorteil des Ganzen: wenn die sich bildende Union ihren Hauptzweck erreichte, den Ton anzugeben in den Angelegenheiten des Reichs, dann mußte auch sein eigener Einfluß bedeutend wachsen. Durch die Entfaltung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten innerhalb der Union und als Vertreter ihrer Interessen nach außen hoffte Karl Friedrich, ein brauchbares Heer halten zu können, um als armierter Reichsstand seinem Wort den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die Rivalität mit dem von Habsburg abhängigen württembergischen Herzogshaus im Schwäbischen Kreis stand dabei im Hintergrund. Bei der Denkweise Karl Friedrichs überrascht es nicht, wenn er mit dem Streben nach Förderung des materiellen Reichtums durch vernünftige Erkenntnis des eigenen und allgemeinen Vorteils den Versuch verband, unter Beteiligung Herders einen guten „allgemeinen Geist Deutschlands“ im Sinne einer wahren „Auf-

134. vgl. P.C. VI, S. 3, Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 19, a. a. O. S. 463, dazu die Wendung Edelsheims in seinem Aufsatz zur Begründung der Aufhebung der Leibeigenschaft: „Da Uns aber nichts mehr anliegt, als eine rechtmäßige und geheiligte Landesherrschaft festzusetzen . . .“, mitgeteilt von Th. Ludwig a. a. O. S. 196.

135. Nach der Denkschrift Karl Friedrichs über Zweck und Aufgaben der Union vom Frühjahr 1788, P.C. I, S. 185 f., dazu P.C. VI, S. 1 ff.

klärung“ zu befördern und durch „Erziehung der Jugend zu patriotischer Denkart“ zur „Bildung eines Nationalcharakters“ als einem helleren deutschen Lebensbewußtsein zu gelangen.

Zu keiner Zeit hat Karl Friedrich regeres Interesse und so persönlichen Anteil an allen Gebieten des Staatslebens genommen als in jenen sechs Jahren der aufkeimenden Hoffnungen von 1782 bis 1788. Seit dem schmerzlichen Verlust seiner Gattin, deren energische Art bisher allerdings nicht wenig zu einer gewissen Unsicherheit und Furcht Karl Friedrichs vor einseitiger Beeinflussung beigetragen hatte, waren Edelsheim und Goethes Schwager Johann Georg Schlosser,¹³⁶ damals noch Oberamtsverweser in Emmendingen, seine engsten Vertrauten.

Wie sein Herr sehnte auch Edelsheim sich hinaus über die Enge des vielbedrängten territorial-fürstlichen Daseins in ein weiteres Feld politischer Wirksamkeit. Aber da, wo sich Karl Friedrich in humanitären, eudämonistischen und vaterländischen Phantasien erging und sich von der Beförderung der Erkenntnis des Allgemeinen und Nützlichen allen Segen versprach, setzte der persönliche Schwung und die überquellende Schaffenslust seines anhänglichsten Dieners ein, der sich geschworen hatte, „die herrlichen Absichten“ seines Fürsten auch in die Wirklichkeit umzusetzen.

Wirken nach innen und außen ging wieder Hand in Hand, und das Kabinett Karl Friedrichs wurde zum Mittelpunkt dieses neuen, von glücklichen Gefühlen getragenen Schaffenseifers.

Anfänglich hielt Edelsheim den Fürsten von Dessau für den rechten Mann, um „an die Wege zu gehen und jedermann zur Mahlzeit einzuladen“.¹³⁷ Bald jedoch, nachdem dieser ins Einverständnis mit den kleinen sächsischen Höfen getreten war und vorsichtig, ohne Wissen des Königs, mit dem Grafen Hertzberg und dem Kronprinzen von Preußen Verbindung aufgenommen hatte, wurde die Mitarbeit eines den Fürsten persönlich vertrauten Staatsmanns erforderlich, und niemand mußte dafür geeigneter erscheinen als Wilhelm von Edelsheim. Erfüllt von der guten Sache und mit dem lebhaften Wunsch, zugleich den

136. vgl. Gothein, J. G. Schlosser als bad. Beamter, a. a. O.

137. P.C. I, S. 35.

Vorteil seines Herrn zu befördern, machte er die ersten Aufsätze, um die Idee der Union darzulegen, und verfaßte schließlich zu Anfang des Sommers 1783 ein Bundesprojekt zur Erhaltung der Reichsfreiheit und des Reichssystems, das den weiteren geheimen Verhandlungen im Beisein des Prinzen Friedrich Wilhelm zur Grundlage diente.¹³⁸

Edelsheim wurde recht eigentlich zum gemeinsamen Diplomaten der befreundeten Fürsten. Wenn er, stets mit gutem Humor, im Flügel von einem Fürstenhof zum andern reiste, bei kurzem Aufenthalt in seiner liebenswürdigen, gewinnenden Weise eine Fülle von Beziehungen vorteilhaft weiterspann, Sorgen und Wünsche verständnisvoll anhörte und, voll sprühender Gedanken, überall anregend und ermunternd wirkte, — nach Promenaden, Tafeln und den schwirrenden Unterhaltungen der Cercles die Nächte am „krummen Schreibtisch“¹³⁹ bei triefender Kerze zubrachte, um Briefe und Berichte nach allen Richtungen loszulassen, dann konnte man sich wohl fragen, ob der Markgraf Karl Friedrich diesen gemeinsamen Herold der neuerwachten reichsständischen Bewegung nur ehrenhalber als seinen Diener bezeichnen dürfe; oder — wenn man die Sache der Union skeptisch betrachtete, ob der unendlich bewegliche Kavalier sich seinem eigenen virtuoson Drang zu diplomatischer Geschäftigkeit wie einer großen Leidenschaft hingab.¹⁴⁰ Sicherlich war der temperamentvolle Edelsheim von seiner Aufgabe ganz erfüllt; und doch haben wir ja schon gesehen, mit welcher naiver Treuherzigkeit schon ein so empfindliches Gewissen wie das Karl Friedrichs den eigenen Vorteil mit dem patriotischen Streben verband.

Trotz seiner anfänglichen Zurückhaltung gegenüber Preußen stellte sich Edelsheim entschieden auf den Boden der im März 1785 zwischen den drei Kurhöfen Brandenburg, Hannover und Sachsen getroffenen Vereinbarungen. Welche praktischen Ziele für die badische Politik sich im einzelnen damit verbinden

138. P.C. I, S. 42 f.

139. Edelsheim am 16. Februar 1775 an Klopstock über seinen Rokoko-schreibtisch, veröff. von K. Obser, Klopstocks Beziehungen zum Karlsruher Hofe, ZGORh. N. F. VI, S. 256.

140. vgl. W. Andreas a. a. O. S. 429 f.

ließen, konnten erst die folgenden Jahre zeigen. Zunächst galt es, der Markgrafschaft überhaupt einmal eine Basis für ernsthaftes politisches Handeln zu schaffen.

In dieser Auffassung der Lage ging Edelsheim im April 1785 mit aller Energie daran, den Beitritt zur Union in Karlsruhe durchzusetzen; denn dies war ja die politische Spielregel, nach der Edelsheim sich frei bewegen durfte, alles *salva ratificatione Serenissimi*, alles ausgesetzt auf die endgültige Entscheidung im Kreise der „hochweisen“ Geheimen Räte. Karl August machte sich eine Freude, mitleidig spöttelnd seinem Freunde die klägliche Rolle vor Augen zu halten, die er jetzt vor den gestrengen Herren in Karlsruhe zu spielen habe. Edelsheim war auf alles gefaßt, aber er glaubte es diesmal durchzureißen: „So sehr man auch *more solito* von dem Blitzstreich dahier gerührt gewesen ist, weil es nun an die aktive Decision gehet, bei welcher uns immer wind und wehe wird, so ist doch gar kein Zweifel, daß wir Fuß bei den Mal halten. — Unsere Pedanten werden schreien wie die gebeizten Hasen, und alles wird über mich herfallen. Aber *sit ut sit!* Mich sollen sie wohl nicht weich machen. Und wäre es möglich, so unglaublich und unwahrscheinlich es auch *ex antecedentibus* ist, daß sie mich überschreien, so bin ich bei Gott fest entschieden, daß ich *ipso momento* quittieren will, und sollte ich mich auch mit Brod und Wasser nähren; aut — aut: da ist keine Mittelstraße.“¹⁴¹

Diese feste Haltung Edelheims war vollkommen notwendig, denn er hatte die Schwierigkeiten nicht unterschätzt. Es war nicht nur das Gebot politischer Zweckmäßigkeit, das Karl Friedrich veranlaßte, seine geheimsten Absichten und Pläne vom Kabinett aus nur mit Zuziehung weniger vertrauter Personen zu betreiben — solange eine Sache verschwiegen im Kabinett behandelt wurde, streifte sie für ihn nie den Charakter des Persönlichen, des Privaten, ab. Er machte es sich geradezu zu einem Prinzip, solche Dinge möglichst lange in diesem Bereich des immer noch Unverbindlichen zu belassen, und glaubte dann, zu jedem Zeitpunkt noch die völlig freie Entscheidung in der Hand zu haben. Ihm fehlte der Einblick in das Gesetz des politischen

141. P.C. I, S. 93 f.

Handelns, das an den rechten Augenblick gebunden ist. Auch Friedrich der Große hielt es für notwendig, seine Absichten zu verbergen, aber nicht durch unverändertes Zurückhalten seiner Person, sondern durch stete Selbstbeobachtung und Anpassen seines Verhaltens an die wechselnden Umstände: „Ein erfahrener Staatsmann muß sich stets verschieden benehmen. Ein Mensch, dessen Benehmen immer das Gleiche ist, wird bald durchschaut, und man darf sich nicht durchschauen lassen. Zu dem Zweck muß man seinen Charakter verschleiern und nur maßvolle, durch Rechtsgefühl gedämpfte Festigkeit durchblicken lassen.“¹⁴² Gewiß, Karl Friedrich besaß nicht den festen Rückhalt an staatlicher Macht, von dem aus der große Preußenkönig handeln konnte. Seine Wünsche und Erwartungen mußten immer wieder die engen Grenzen überschreiten, die ihm gesteckt waren, und wenn er sich dann wirklich zu einem ernsthaften Schritt entscheiden sollte, so kam ihm die bedrückende Enge der Verhältnisse erst wieder voll zum Bewußtsein. — Aber gerade seine besten und leuchtendsten Eigenschaften, seine Begeisterungsfähigkeit und sein ehrliches Wollen führten ihn ab von der nüchternen politischen Linie, und wenn er dann unter dem Druck der Gegenwart das bei ihm stets im Schimmer der Aufklärung etwas verschwommene Ziel entschwinden sah, so übte er sich still in Selbstverleugnung und war bereit, all seine Absichten und Pläne den Sorgen des Heute zu opfern.¹⁴³ Er war sich aber nicht bewußt, daß er mit einem solchen Verhalten sein politisches Ansehen in bedenklicher Weise gefährdete. Das feine Gefühl, das Friedrich der Große dafür besaß, wie weit man seinen politischen Kredit belasten könne, ging Karl Friedrich völlig ab. Ihm mangelte das Verständnis für die in steter Auseinandersetzung mit der nüchternen Wirklichkeit aufrecht zu erhaltende Kontinuität im Politischen, wie sie Friedrich der Große als Gebot der Staatsräson erkannte. Für Karl Friedrich war das Politische ja immer wieder eine natürliche Folge der stetigen inneren Aufwärtsentwicklung. Er konnte deshalb nicht glauben, daß die Geltung seines Ansehens den wechselnden Ein-

142. Friedrich der Große, Pol. Testament von 1752, a. a. O., S. 55, 59.

143. vgl. Karl Friedrichs Papiere Nr. 20 a. a. O. S. 464 f.

flüssen des Augenblicks ausgesetzt sei, und so gab für ihn die Rücksicht auf die ungestörte Entwicklung im Innern stets den Ausschlag.

Der endgültige Entschluß vor der Übernahme einer verbindlichen Verpflichtung sollte im Hinblick auf „das Ganze“ gefaßt werden. Der Widerstreit der Wünsche und Pflichten in seiner Brust und die eigene Unsicherheit, die ihn befürchten ließ, unter dem einseitigen Einfluß seines vertrauten Beraters zu stehen, führten nun notwendig zur Behandlung der Sache im Geheimen Rat. Der Geheime Rat wurde gewürdigt, die bisher im Auftrage des Kabinetts gemachten „Einleitungen“ vom Standpunkt der Interessen des Ganzen zu beurteilen; der Geheime Rat erschien als der Wahrer der einheitlichen Linie gegenüber den mehr oder weniger privaten Versuchen des einzelnen Ministers.

Im Falle des Fürstenbundes stand wenigstens der Entschluß des Markgrafen bereits fest, den Beitritt zur Union zu vollziehen, als er das Geheime Ratskollegium mit der Angelegenheit befaßte. Aber über das „Wie“, über den sichersten Weg der Ausführung, folgten noch lange Debatten.¹⁴⁴

Die Führung der abschließenden Verhandlungen mit dem kurhannövrischen Legationsrat von Knebel, der zu Anfang September mit dem preußischen Beauftragten von Böhmer in Karlsruhe erschien, wurde dem Präsidenten von Hahn übertragen, während Edelsheim mit den geistlichen Fürstenhöfen im Sinne der Union und im besonderen Interesse der badischen Sicherheit Unterhandlungen pflog. Die Beitrittsverhandlungen forderten beiderseits große Geduld, und Edelsheim konnte dem preußischen Beauftragten nicht verbergen, daß er mit den „gewohnten Weitläufigkeiten des Herrn von Hahn“ höchst unzufrieden sei,¹⁴⁵ der sich nicht scheute, die förmliche Garantie der unierten Höfe für die sieben noch laufenden badischen Reichshofratsprozesse zur wesentlichen Bedingung zu machen, um so das „Opfer der eigenen Sicherheit“ wenigstens einigermaßen rechtfertigen zu können. Edelsheim war nicht in der Lage, etwas zur Beförderung der Sache zu tun: „Wir haben von

144. P.C. I, S. 104 ff., besonders Nr. 96.

145. P.C. I, S. 110.

Hannover einen so schwerfälligen Negociateur durch den Zorn des Himmels erhalten“, so schrieb er an den Herzog Karl August,¹⁴⁶ „daß dieser kombiniert mit von Hahn notwendig ein tale opus pedanticissimum zur Welt bringen mußte, wie unser negotium accessionis in Wahrheit ist“. Er hoffte nur, daß die beteiligten Höfe die Personaldefectus von dem Realzustand unterschieden, damit die Früchte des Beitritts für Baden nicht verloren gingen.¹⁴⁷

Was der Herr von Hahn im Geheimen Rat als sofortige Gegenleistung für den Beitritt Badens zum Bunde verlangt hatte, die militärische Sicherung der Markgrafschaft, das nahm Edelsheim jetzt von der mit der Union geschaffenen Plattform aus als politisches Ziel in Angriff.¹⁴⁸ Erst durch die enge Verknüpfung der militärischen Interessen unter den verbündeten Fürstenhäusern konnten auch die besonderen Aufgaben einer badischen Politik der Erfüllung nähergebracht werden, und zwar nicht durch einseitige Forderungen, sondern durch einen großangelegten, den ganzen Bund umfassenden „Defensionsplan“. — Gleich mit den ersten Entwürfen für die Union hatte Edelsheim, allerdings ohne Erfolg, diesem Gedanken in Berlin Eingang zu verschaffen versucht. Es konnte sich für ihn nicht um eine Reform der gänzlich in Auflösung begriffenen Wehrverfassung des Reiches handeln, sondern seine Absicht ging dahin, mit Hilfe von Subsidien ohne eine allzu drückende wirtschaftliche Belastung des Landes die badischen Truppen auf eine politisch achtunggebietende Stärke zu bringen und ihrer militärisch gefährdeten Stellung durch ein über ganz Deutschland ausgebreitetes Sicherungssystem zu begegnen. Die Bemühungen Edelsheims, den Bischof von Konstanz und den Herzog von Württemberg für die Sache des Fürstenbundes zu gewinnen, galten dem Ausbau dieser militärisch-politischen Stellung im Süden des Reiches, — auch hier sollte endlich eine klare Scheidung zwischen den Aufgaben einer echten Reichspolitik und dem habsburgischen Sonderinteresse herbeigeführt werden.

Die eigenstaatliche Politik Preußens konnte sich jedoch auf

146. am 25. März 1786, P.C. I, S. 144.

147. P.C. I, S. 145.

148. P.C. I, S. 147 ff., bes. Nr. 162.

die aus der eigenen Schwachheit geborenen Pläne der kleinen Reichsfürsten nicht einlassen. Edelsheim mußte erfahren, daß man in Berlin nach wie vor „Deutschland in den militärischen und legislativen Teil einteilte, wovon sich der eine seiner Haut wehren und der andere mit der Feder hinter dem Ohr von seinen Nachbarn fressen lassen sollte“.¹⁴⁹ Es war auffällig, wie sich Preußen um so vorsichtiger von der gefährdeten Südwestecke des Reichs zurückhielt, je argwöhnischer Frankreich seine Verhandlungen an den süddeutschen Höfen beobachtete. Man begann sich jetzt schon auf die Einflußsphäre nördlich des Mains zurückzuziehen und ließ die von Baden erhofften Subsidien dem Landgrafen von Hessen-Kassel zukommen.

Die Enttäuschung über das Versagen des Fürstenbunds auf dem Gebiete der Reichsreform, wo sich seine politische Tragfähigkeit hätte erweisen sollen, wirkte vollends dahin, die anfängliche Begeisterung Edelsheims in ihr Gegenteil umzukehren.¹⁵⁰ Eine stille Resignation ergriff das Gemüt des sonst so unsteten Mannes, und er schickte sich an, sich mit seinem „tantalischen Los“ abzufinden. Seine Gesundheit, die schon zu Beginn der achtziger Jahre zu wünschen übrig ließ, ward nach erneuter bedenklicher Krankheit nie wieder recht hergestellt. Es fehlten ihm die nötigen Mittel, um die richtigen Bäder zu besuchen; überhaupt steckte er von den vielen diplomatischen Reisen her und durch das gastliche Haus, das er in Karlsruhe hielt, derart in Schulden, daß er schließlich auch an sein eigenes Fortkommen denken mußte. Als im Jahr 1787 die Landvogtei Rötteln frei wurde, die er sich schon lange zum Ruhesitz auserkoren hatte, reifte in ihm der Entschluß, sich in diese ländliche Gegend zurückzuziehen. Er glaubte dies um so ruhiger tun zu können, als das persönliche Glück seines Fürsten an der Hand seiner blutjungen zweiten Gattin für seinen Lebensabend gesichert schien. Seinem Freunde Du Pont de Nemours versicherte er, daß der unerwartet plötzliche Entschluß seines

149. Edelsheim an Karl August, 29. Februar 1788, P.C. I, S. 185.

150. Nach den Dienerakten Edelsheims, nach einem Brief Edelsheims an Klopstock vom 10. Okt. 1788, mitgeteilt von K. O b s e r, ZGORh. N. F. 6, S. 257 f., und P.C. I, S. 283, 285, P.C. VI, S. 8 f., dazu Windelband a. a. O., S. 276 f.

Herrn, sich mit dem schwarzlockigen Fräulein von Geyer, der jüngsten Hofdame der Erbprinzessin, zu vermählen, keinerlei Einfluß auf sein persönliches, damals bereits entschiedenes Vorhaben ausgeübt habe. Er freute sich, wie Karl Friedrich, mindestens um zehn Jahre verjüngt, all sein Glück in dieser neuen Ehe fand. Und doch, nachdem er, der alte Junggeselle, sein ganzes Streben dem Idealbild eines Fürsten gewidmet hatte, das ihm Karl Friedrich stets bedeutete, allein aus Liebe und aus dem Drang, nützlich zu sein, kehrte bei ihm langsam eine gewisse Leere ein, als er nicht mehr dem Herzen seines Fürsten am nächsten stand.

Bei den Geschäften des Karlsruher Geheimen Rats schien ihm seine Mitarbeit ziemlich entbehrlich; er hatte alles Erdenkliche versucht, die politische Lage der Markgrafschaft zu verbessern, — was jetzt noch im alten Kanzleistil vorkam, konnte er ruhig seinen Kollegen überlassen. Auf ausdrücklichen Wunsch des Markgrafen erklärte er sich bereit, mit den Ministerialgeschäften Fühlung zu behalten und insbesondere den Vortrag in Familienangelegenheiten weiter zu versehen; die noch in Gang befindlichen Negotiationen konnte er ja auch von Lörrach aus weiterführen. Außerdem verpflichtete er sich, jeden Winter zwei Monate sein Karlsruher Haus zu beziehen und während dieser Zeit den Geheimen Ratssitzungen beizuwohnen. Von seinem Landsitz aus sollte er nach der Absicht des wohlwollenden Fürsten neben der Verwaltung der Herrschaft Rötteln zugleich eine Art von Oberaufsicht über die Oberämter Badenweiler und Hochberg ausüben.

Zum erstenmal sollte Edelsheim einen weiten Wirkungskreis ganz für sich allein erhalten, und er schrieb seinem Herrn voll Erkenntlichkeit, die Aussichten, die seine Güte ihm eröffne, habe in der Tat viel Reizendes für einen Diener, der sein Vergnügen in der Beförderung des Wohls der Untertanen suche. — Lag ein leiser Vorwurf in diesen Worten, — daß nur noch der Diener den alten Idealen treu blieb, während der Herr begann, sich mit dem Ruhm vergangener Zeiten zu begnügen? — Einst hatte sich Edelsheim diese Arbeit nur im Verein mit dem „besten Landesvater“ vorstellen können. Edelsheim betrachtete sein „veraltetes Gesicht“ im Spiegel, er spöttelte fein, aber etwas

bitter, wie man sich am Hofe „verjüngt“ und seit neustem sogar „die Freundschaft nach dem verjüngten Maßstab abmesse“. Er sehnte sich nach freiem, dem Urteil des Hofes und der Räte nicht unterworfenem Wirken.

Karl Friedrich begnügte sich mit dem persönlichen Erfolg seiner Regierung. Aber Schlosser hatte recht, die Regierungsgrundsätze des Markgrafen waren zu sehr theoretische Maximen, um praktisch auf den Aufbau des Staates zu wirken, und es gehörte zu seinen kleinen menschlichen Schwächen, daß er sich gern etwas in seinen guten Absichten und in dem vielen Lobe, das ihm zuteil wurde, bespiegelte.¹⁵¹ Das verbarg ihm auch jetzt die Tatsache, daß die Markgrafschaft nach einem vorübergehenden politischen Aufschwung im Begriffe war, in ein territoriales Stilleben zurückzusinken, ohne ein Staat geworden zu sein.

151. Gothein, Schlosser a. a. O., S. 17, 24, 51, L. Häußera. a. O., S. 8, W. Andreas, Gesch. d. bad. Verwaltungsorganisation, S. 24 ff. Derselbe, „Zum 100-jährigen Todestag Karl Friedrichs“, Karlsruher Zeitung vom 11. Juni 1911.

Kapitel IV:

Karl Friedrich und das Problem der Staatsführung.

Die persönliche Initiative Karl Friedrichs hatte die Aufgabe einer systematischen Ordnung der Staatsführung nicht gelöst, da sie nicht bis zur Versachlichung des Staatsgedankens gelangt war.

Im Mittelpunkt der Regierung stand allein die Person des Fürsten. Er übte die Gewalt der obersten Entscheidung, die sich auf sorgfältige und gerechte Prüfung im Geheimen Ratskollegium gründete. Tatsächlich war es im eigenen wie im fremden Land, sogar gegenüber dem Frankreich der Revolution, immer wieder die schlichte, wohlwollende Persönlichkeit des Markgrafen selber, die politisch entscheidend in die Wagschale fiel.

Für Gemmingen war es selbstverständlich, daß die Regierung einzig und allein in der Person des Landesherrn ihren Mittelpunkt haben mußte. Jedoch nicht zur willkürlichen Handhabung in der Art Karl Wilhelms; — der Fürst mußte sich selbst an eine systematisch geordnete Regierungsweise halten und „ohne sehr erhebliche Ursache und dringende Not nicht davon abweichen“, damit die gesamte Regierungstätigkeit in eine klare Verfassung gesetzt und durch die strenge Methode in dieser systematischen Ordnung erhalten bleibe. Er mußte alle „zu künstlichen und subtilen Einrichtungen“ vermeiden, „denn sie laufen mehrenteils auf Abstraktionen und zu weit hergesuchte Ideen hinaus und taugen besser zur Formierung einer platonischen als praktischen *république*“.¹⁵² Gemmingen emp-

152. Denkschrift von 1759, GLA., Handschriften-Sammlung Nr. 66, siehe auch Windelband a. a. O. S 156 f.

fahl, die in den drei Zentralbehörden bereits vorgebildete sachliche Abteilung der Geschäfte systematisch durchzuführen, so daß dem Markgrafen drei gleichgeordnete Kollegien mit klar abgegrenzter Zuständigkeit unterstanden.¹⁵³ Die unmittelbare Verbindung dieser drei Kollegien mit der Person des Landesherrn galt ihm als nächstwichtige Aufgabe. Für den Geheimen Rat war diese Frage gelöst, da er sich ja zu seinen ordentlichen Sitzungen im Kabinett unter dem Vorsitz des Markgrafen selbst versammelte. Die Verbindung des Markgrafen mit den Arbeiten des Hofrats und der Rentkammer war jedoch sehr unvollkommen.

Gemmingen beklagte sich darüber, daß es bei dem in letzter Zeit eingerissenen Verfahren, die Protokolle der andern Zentralkollegien oder Auszüge daraus ganz zu Ende der Geheimen Ratssitzungen „cursorie und oculo fugitivo“ durchzugehen, unmöglich sei, „auf deren Inhalt zu reflektieren“; man könne kaum die objecta fassen und begreifen, über welche die Resolution des Markgrafen erfordert werde, um zu prüfen, ob noch etwas abzuändern sei.¹⁵⁴ Gemmingen hielt es deshalb für erforderlich, daß die übrigen Kollegien ihre Protokolle wieder „integraliter“ mit sämtlichen Expeditionen und Akten an einem bestimmten Tage der Woche auf der Geheimen Kanzlei vorlegten. Einer der Geheimen Räte könne die Bearbeitung übernehmen und bei der nächsten Sitzung dem Markgrafen kurz, aber deutlich referieren. Wenn der Markgraf dann noch fortfahre, wie bisher sein Geheimen Ratskollegium selber zu dirigieren, so sei er imstande, eine Aufsicht über sämtliche der Behandlung unterliegenden Regierungsangelegenheiten zu üben, und er werde dadurch „die Suite und den nötigen Zusammenhang der Geschäfte“ bekommen und aufrechterhalten.

Karl Friedrich bemühte sich auch wirklich in dieser Weise mit sämtlichen Zentralkollegien in Verbindung zu bleiben.¹⁵⁵ Allein es fehlte die von Gemmingen geforderte Voraussetzung

153. Denkschriften Gemmingens von 1749, B.Gen. 9029 und von 1759, vgl. auch Windelband a. a. O. S. 174.

154. Denkschrift von 1759.

155. vgl. Windelband a. a. O. S. 184.

dafür, es fehlte an einer zweckmäßigen sachlichen Abgrenzung unter den drei Zentralkollegien.

In den beträchtlich erweiterten Verhältnissen der vereinigten Markgrafschaften¹⁵⁶ machte sich dieser Hauptmangel bald in bedenklicher Weise geltend. Nach der Auflösung der Rastatter Zentralbehörden fiel die ganze Regierungslast der vereinigten badischen Lande auf die Karlsruher Kollegien. Im Laufe eines Jahres stiegen die Geschäftsnummern auf das Doppelte, im Hofrat sogar auf das Vierfache,¹⁵⁷ ohne daß die Zahl der Räte entsprechend verstärkt wurde. Um Weitläufigkeiten zu vermeiden, entschloß man sich jetzt zu einer kürzeren Fassung der Protokolle. Man verzichtete auf die bisher übliche Darlegung der Entscheidungsgründe.¹⁵⁸ Aber auch so wäre die Durchsicht ganzer Kollegialprotokolle bei dem jetzigen Umfang der Geschäfte viel zu zeitraubend gewesen. Hofrat und Rentkammer beschränkten sich deshalb wieder auf die Eingabe von Anträgen in Form von Protokollauszügen. Bei ihrer Behandlung wurde immer noch genau unterschieden zwischen Angelegenheiten, die den Geheimen Rat nur als Landeskollegium berührten und daher durch bloße Kommunikation mit ihm erledigt werden konnten, und solchen, die auf jeden Fall noch dem Landesherrn zur persönlichen Entscheidung unterbreitet werden mußten.¹⁵⁹

Diese Anträge stellten bald eine große Belastung für den Markgrafen selbst und sein Geheimes Ratskollegium dar, und zwar in einem Augenblick, wo er mit den Geheimen Räten Preuschen und Reinhard zwei tüchtige Arbeitskräfte und kundige Juristen verlor. Der ehemalige Rastatter Hofratsdirektor Krieg¹⁶⁰ lieferte nur für die baden-badischen Rechtsangelegenheiten Gutachten und Prozeßschriften. An den

156. Bisher hatten die Karlsruher Zentralbehörden ein Ländchen von 1600 qkm zu verwalten, jetzt ein Land von 3580 qkm mit 190 000 Einw.

157. Windelband a. a. O. S. 245.

158. Nach einer Bemerkung Karl Friedrichs, die Gemmingens Denkschrift von 1759 beigeheftet ist. Dazu B.Gen. 1375, Kanzleiordnung vom 9. Juni 1772, von Reinhard entworfen.

159. Nach den Referatsprotokollen, Geh. Ratsprotokollen, dazu B.Gen. 1375, 1441, 1445, 9029.

160. Dienerakten Kriegs, dazu Geh. Ratsprotokolle und B.Gen. 1808, 1897.

übrigen Geschäften des Geheimen Rats hatte er keinen Anteil, sondern übernahm die Leitung des Oberamts Rastatt.

Da sich Karl Friedrich entschlossen hatte, keinen Juristen mehr in sein Geheimes Ratskollegium aufzunehmen, wies er die beim Tod Reinhards liegen gebliebenen Geschäfte vorläufig zwei Hilfskräften außerhalb des Kollegiums zu.¹⁶¹ Die Hofräte Karl Friedrich Seubert¹⁶² und Karl Friedrich Gerstlacher¹⁶³ wurden von ihrer bisherigen Dienstleistung befreit und zur besonderen Verfügung des Geheimen Ratskollegiums befohlen. Sie hatten bis auf weiteres schriftliche Gutachten von Haus aus ins Geheime Ratskollegium zu liefern. Der Markgraf rechnete damit, daß die juristischen Geschäfte des Geheimen Rats mit Ausnahme besonders wichtiger Fälle bald ganz vom Hofrat übernommen werden könnten.

Der Hofrat besaß jedoch nicht die geeignete Organisation hierfür. Als die älteste Behörde zeigte er in seinem Aufgabenkreis noch den engsten Zusammenhang mit den historischen Grundlagen der Territorialherrschaft. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts hatten die Fürsten im Zuge der Entwicklung zum Absolutismus die Leitung der Politik und der Wirtschaft als Grundlagen ihrer realen Macht aus der kanzleimäßigen Behandlung im Hofratskollegium herausgenommen. Während so bei der Bildung des Rates „der Geheimen“ und der Organisation der Rentkammer von vornherein eine auf die Sache gerichtete Systematik am Werk war, blieb dem Hofrat eine Summe von Geschäften zurück, die man vergeblich unter einem einheitlichen Gesichtspunkt zu begreifen, viel weniger noch zu ordnen vermochte. Sachliche Zusammenfassung gab es nur durch Ausscheiden bestimmter Aufgabenkreise aus der Zahl der im Hofrat zur Bearbeitung gelangenden Geschäfte, und zwar immer unter einem der kanzleimäßig-juristischen Behandlungsweise fremden

161. vgl. K. O b s e r, Karl Friedrichs Papiere Nr. 19, a. a. O. S. 458 ff., B.Gen. 1375, dazu Dienerakten Seuberts und Gerstlachers.

162. Seubert war gerade vor zwei Monaten als Landschreiber in der Markgrafschaft Hochberg eingezogen — auf dem Posten, den nachher Schlosser als Oberamtsverweser einnahm.

163. Der Verfasser der bekannten dreibändigen Sammlung baden-durlachischer Gesetze und Verordnungen, Karlsruhe 1773/74

staatswirtschaftlichen Gesichtspunkt. Dies war der Fall bei der Bildung der verschiedenen Sonderkommissionen, unter denen die im Jahre 1753 zur Oberaufsicht über den gesamten politischen und ökonomischen Zustand der städtischen und ländlichen Gemeinden eingesetzte Kommandeputation die bedeutendste Stellung einnahm.¹⁶⁴

Bezeichnenderweise war für die dem Hofrat noch verbliebenen Geschäfte trotz eines dringenden Bedürfnisses bis gegen das Ende des 18. Jahrhunderts keine brauchbare schriftliche Ordnung vorhanden. Lediglich in seiner Eigenschaft als Hofgericht hatte er im Jahre 1752 nach einem Entwurf von Reinhard eine „vorläufige Instruktion“ erhalten.¹⁶⁵ Die übrigen im Hofrat als Regierungskollegium zur Behandlung kommenden Gegenstände schlugen in die verschiedensten Gebiete ein: außenpolitisch bearbeitete er die weniger lebenswichtigen Streitigkeiten mit benachbarten Territorien, die sogenannten „freundnachbarlichen Spänne“. Dazu kam die ganze innere Landesverwaltung mit dem im 18. Jahrhundert sehr umfangreichen Gebiet der „Polizei“, mit der noch die Kriminaljustiz verkoppelt war.¹⁶⁶

In seiner Auseinandersetzung über die Neubildung des Geheimen Ratskollegiums im Jahre 1772 legte sich Karl Friedrich die Frage vor, ob nicht alle Polizeisachen bei der Rentkammer zu behandeln seien; denn eigentlich müsse sich doch dieselbe Behörde, die für die Erhebung der Einkünfte zu sorgen habe, auch mit der Eröffnung der Quellen befassen, aus denen sie fließen.¹⁶⁷ Dieser Gedanke hatte bereits seine Verwirklichung im preußischen Generaldirektorium und nach seinem Vorbild in dem von Maria Theresia errichteten Directorium in publicis

164. Über die Sonderkommissionen und das sachliche Prinzip, das in ihnen zum Ausdruck kommt, W. Windelband a. a. O. S. 149 ff., 245 ff.

165. Windelband a. a. O. S. 230, 238 f.

166. Nach einem von Edelsheim im Jahre 1788 aufgestellten Verzeichnis der vom Hofrat, Hofgericht und Kirchenratskollegium zum Geh. Rat einkommenden Anträge, die noch keinen ständigen Referenten hatten, mitgeteilt von Windelband a. a. O. S. 169, der es irrtümlicherweise als Bestimmung der im Geh. Rat zu behandelnden Gegenstände bezeichnet. vgl. auch Windelband a. a. O. S. 242 ff, daselbst Über den Umfang des Begriffs „Polizei“ im 18. Jahrh., vgl. Lenel a. a. O. S. 127 f.

167. Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 19, a. a. O. S. 459.

et cameralibus gefunden.¹⁶⁸ Vor der praktischen Durchführung einer so einschneidenden Änderung scheute Karl Friedrich jedoch zurück, und so blieb es dem kollegialen Zusammenwirken unter den bearbeitenden und begutachtenden Stellen überlassen, in jedem Fall den richtigen Weg zu finden.

Während so der Hofrat selber keine klare Übersicht über die Fülle seiner verschiedenartigen Geschäfte bekommen konnte, machte das kollegiale System eine erneute Prüfung seiner Anträge im Geheimen Rat notwendig. Das Geheime Ratskollegium suchte sich damit zu helfen, daß es Einzelfragen, die abermalige Einsichtnahme und Bearbeitung weitläufiger Akten erforderten, den Räten Seubert und Gerstlacher zur schriftlichen Begutachtung auftrug. Diese Vorarbeiten wurden für den Geheimen Rat bald unentbehrlich. Auf Anregung Edelsheims faßte Karl Friedrich im November 1774 den Entschluß, die beiden bürgerlichen Hofräte endgültig „als Geheime Referendäre zu den Geschäften des Geheimen Ratskollegiums zu ziehen“. Zu den Sitzungen des Geheimen Rats erhielten sie jedoch keinen Zutritt. Nur ausnahmsweise bei der Behandlung wichtiger Rechtsfragen gegenüber Auswärtigen wurden sie zu „Geheimen Konferenzen“ mit den ordentlichen Ratsmitgliedern in das Beratungszimmer der Geheimen Kanzlei bestellt. Edelsheim hätte sehr gewünscht, auch Goethes Schwager Johann Georg Schlosser als Geheimen Referendär in Karlsruhe zu behalten; statt dessen kam er als Oberamtsverweser an Seuberts Stelle auf die Land-schreiberei Hochberg.¹⁶⁹

Durch die Angliederung von Geheimen Referendären, die den laufenden Beratungen des Kollegiums nicht beiwohnten, war jedoch der Geschäftsbetrieb des Geheimen Rats nicht übersichtlicher geworden. Dieser Hauptmangel kam Karl Friedrich selbst deutlich zum Bewußtsein, und er hielt es für notwendig, ein neues Mittel zu finden, „immer bei dem Geheimen Rat zu

168. Windelband a. a. O. S. 268. O. Hintze, Der österreichische und der preuß. Beamtenstaat im 17. und 18. Jahrh. HZ. Bd. 86, S. 428.

169. Geh. Ratsprotokolle, Dienerakten Seuberts, Gerstlachers und Schlossers, B.Gen. 1375, 1465, Briefwechsel Edelsheims mit Karl Friedrich, HSTA. I, 1. E. Gothein, Schlosser a. a. O., hat die Abkürzung „Geh. Ref.“ als „Geh. Rat“ gelesen, daraus ergibt sich eine unrichtige Auffassung von der Schlosser zugeordneten Stellung.

wissen, was bei den andern Kollegien von einiger Erheblichkeit geschieht.“¹⁷⁰ Am Ende des Jahres 1777 forderte er deshalb von den Geheimen Räten und Vorsitzenden der Kollegien Jahresberichte ein, um sich daraus den nötigen Überblick über den Stand der Geschäfte zu verschaffen.¹⁷¹ Nach seinem eigenen Eingeständnis sollte er auf Grund seiner regelmäßigen Teilnahme an den Sitzungen des Geheimen Rats eigentlich selbst imstande sein, sich die aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen zu beantworten: „Es ist aber leider die Geschichte der Geschäfte so weitläufig und deren Glieder so unzusammenhängend, daß das Gedächtnis ebenso unvermögend ist, sich dieselben mit einem Blick anschauend darzustellen, als der Verstand deren planmäßigen Fortgang oder Stillstand im Ganzen zu beleuchten und zu beurteilen imstande ist.“ — Obwohl er dem Fleiß und Eifer seiner Kollegien und Räte volle Anerkennung zollte, sah er sich dennoch gezwungen zu fragen: „Was ist nun eigentlich getan? — Ich meine, die Summe der auf den Staat nützlich wirkenden Kraft stehe mit der Masse der durchheilenden Geschäfte in umgekehrtem Verhältnis; je mehr diese sich vermehrt, je unzulänglicher wird jene. Je mehr hingegen die Geschäfte ausgelichtet werden, mit je mehr Nachdruck, mit je mehr Energie und Schnellkraft alle Federn der Maschine wirken.“ Demnach mußte die wichtigste Frage lauten: „Um wieviel haben sich die Geschäfte der Zahl nach vermindert?“

Edelsheims Antwort wurde zu einer scharfen Kritik an der bisher üblichen kollegialen Geschäftsbehandlung.¹⁷² Nach seiner Überzeugung konnte die Führung der Geschäfte nicht eher im Geheimen Ratskollegium zusammengezogen werden, als bis der Markgraf sich entschloß, selbst eine Einteilung der Geschäfte in Departements vorzunehmen. Die tägliche Erfahrung zeige, wie schädlich es sei, die Geschäfte samt und sonders zu be-

170. Bemerkung Karl Friedrichs, Gemmingens Denkschr. von 1759 beigeheftet. GLA. Handschriften-Sammlung 66.

171. B.Gen. 1441, die Aufforderung Karl Friedrichs an seine Geh. Räte, mitgeteilt von C. W. Frhr. v. Draï, Geschichte der Regierung und Bildung von Baden unter Karl Friedrich vor der Revolution, 2 Bände, Karlsruhe 1816, 1818, Bd. 2 Beilagen S. 9 ff.

172. Bericht Edelsheims vom 26. Dez. 1777, B.Gen. 1441, auszugsweise mitgeteilt von Windelband a. a. O. S. 175.

arbeiten: „Schädlich, weil alsdann sich jeder wählet, was er will, jeder liegen läßt, was er will, niemand für ein Geschäft oder für eine Art der Geschäfte zu stehen hat. Schädlich, weil alsdann jeder den Umfang aller Geschäfte kennen müßte, kein Geschäft recht ausgearbeitet, sondern nur fortgeschoben wird, die Last der Geschäfte den Trieb nicht bekommen, den sie nur haben können, wenn sie verteilt sind und jede Art ihren eigenen Vorsteher hat, niemand nachsehen kann, was liegen bleibt, was schief geht, was gefährlich wird, und endlich die Kanzlei und die Expeditionen ohne die nötige Aufsicht und Ausführung bleiben.“ — Wenn der Geheime Rat wirklich der Mittelpunkt des Staats sein solle, in dem alles geprüft, aus dem alles erneuert und belebt werden solle, durch den alle Hauptgeschäfte gehen, so sei die Anzahl seiner Beschäftigungen an sich schon sehr groß. Durch kürzere Erledigung einer Menge von zeitraubenden Nebendingen könne man viele Kräfte für nützlichere Aufgaben gewinnen.

Bei der drückenden Überlastung wurden Karl Friedrich jetzt oft selbst die Bemühungen um die Ausführung der Grundsätze der Staatswirtschaft, denen er sich früher mit Pflichteifer und innerem Vergnügen hingegeben hatte, zur bitteren Amtspflicht: „Staatswirtschaftliche Maximen ohne Staat, zwar ein Land und ein sogenannter Landesfürst, aber alle Verhältnisse unvollständig und mangelhaft, alles verschoben! Ein Meer von kleinen, unbedeutenden, zu nichts führenden, aber höchst verdrüßlichen, von allem Wahren und Guten zerstreuenden Geschäften! Ein Gemüt, das mehr fühlt und tiefer fühlt, als es sagt und sagen kann, das zwar der Verleugnung sein selbst von Jugend auf ziemlich gewohnt ist, bei diesen Umständen aber immer noch mehr haben müßte, um über alles wegzugehen!“¹⁷³

Trotzdem konnte er sich nicht zu einer durchgreifenden Neuordnung im Sinne Edelheims entschließen. Er wollte von dem im Aufbau seines Staates verwirklichten Grundsatz der gegenseitigen Kontrolle der verschiedenen behördlichen Instanzen nicht abgehen, der ihm allein menschlichen Irrtum und Willkür

173. Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 20 vom Jahre 1777, a. a. O. Seite 464 f.

auszuschalten schien. Es war die grundsätzliche Abneigung des unumschränkten Fürstentums, irgendeinem Minister auch nur in einem beschränkten Kreis volle Autorität zuzugestehen.¹⁷⁴ So wurde die Frage der Neuverteilung der Geschäfte nach sachlichen Grundsätzen hinausgeschoben.

Indessen sah sich Karl Friedrich gezwungen, seinen andern Grundsatz, die bürgerlichen Rechtsgelehrten ganz vom Geheimen Rat auszuschließen, zu „modifizieren“. Denn je mehr man sich bei den Beratungen auf die Arbeiten der Geheimen Referendäre verlassen mußte, um so schwieriger wurde die Frage der Verantwortlichkeit. Zudem hatte das dauernde Verschicken der Akten in die Wohnungen der Geheimen Referendäre zu einer bedenklichen Verwirrung auf der Geheimen Registratur geführt. Gerade bei den wichtigsten, häufig wiederkehrenden Angelegenheiten klagten Seubert und Gerstlacher anhaltend über die Unvollständigkeit der ihnen zu Gesicht kommenden Akten.¹⁷⁵ So entschloß sich Karl Friedrich, die Geheimen Referendäre voll verantwortlich zu den Arbeiten des Geheimen Rats hinzuzuziehen. Zu Beginn des Jahres 1783 gab der Markgraf den Befehl, daß künftig die Geheimen Referendäre Seubert und Gerstlacher und der Titular-Geheime Rat Volz, der seit seiner Rückkehr von Wetzlar nach der Auflösung der Reichskammergerichtsvisitation (1776) in gleicher Weise schriftliche Gutachten zum Geheimen Rat eingeliefert hatte, regelmäßig den Vorarbeiten auf der Kanzlei und den anschließenden „wirklichen Geheimen Ratsitzungen“ im Schloß mit Sitz und Stimme anwohnen und auch die Revision der Ausfertigungen sofort mitbesorgen sollten.¹⁷⁶

174. vgl. Windelband a. a. O. S. 151 ff., daselbst auch die entscheidende Stelle aus dem politischen Testament des Großen Kurfürsten.

175. B. Gen. 1375.

176. Dienerakten Gerstlachers, Geh. Ratsprotokoll 9. Jan. 1783. Am Anfang des Beschlusses ist von der Zuziehung des Geh. Rats. Krieg mit vollem Stimmrecht die Rede, „Wenn jeweils Geh. Ratssitzungen zu Rastatt gehalten werden“. Dies war aber nur eine wohlherwogene Höflichkeit gegen den ehemaligen baden-badischen Hofratsdirektor. Meines Wissens haben außer der feierlichen Sitzung anläßlich der Verpflichtung der übernommenen baden-badischen Räte im Oktober 1771 (vgl. Drais a. a. O. Bd. 1, Beil. I) zu Rastatt niemals Sitzungen des Geh. Rats stattgefunden. Aus dem Jahre 1792 liegt ein Zeugnis Edelsheims vor, daß Krieg sein Stimmrecht im Geh. Rat „nicht exerziert“. B. Gen. 1897.

Trotzdem kamen die bürgerlichen Räte auch jetzt nicht mit allen Angelegenheiten des obersten Kollegiums in Berührung. Vor den Geheimen Ratssitzungen fanden immer noch regelmäßig Beratungen der drei adeligen Geheimen Räte unter dem Vorsitz des Markgrafen statt, denen hauptsächlich Gnadensachen, Dinge, die sich auf den Hof, vornehmlich auf die Etikette bezogen, einiges von der Rentkammer — besonders Finanzangelegenheiten — und dann sämtliche Diensteinrichtungen und Dienstbestellungen vorbehalten sein sollten. Die Geheimen Sekretäre führten besondere Protokolle über diese Sitzungen, die als Beratungen des „Geheimen Kabinetts“ bezeichnet wurden. Die Ausfertigung der im Kabinettskollegium gefaßten Beschlüsse blieb unverändert der Geheimen Kanzlei anvertraut.¹⁷⁷

Um so befremdlicher mußte es den neuberufenen Mitgliedern des Geheimen Rats erscheinen, wenn vor ihnen Dinge als Geheimnisse traktiert werden sollten, die doch die Kanzlisten auf der Geheimen Schreibstube wissen durften.¹⁷⁸ Vor allem erregte es ihr Bedenken, daß sie von der Mitwirkung bei Dienstbesetzungen, selbst solchen, die die Geheime Kanzlei betrafen, ausgeschlossen waren. „Aus Überzeugung und von reiner vatterländischer Pflicht angetrieben“, wagte es der Geheime Referendär Seubert, sich dem Markgrafen in seinem Appartement zu präsentieren und diesen wichtigen Punkt zur Sprache zu bringen. Karl Friedrich ging jedoch nicht darauf ein; denn es war seine Überzeugung, daß alsdann „Protektionen, Sollicitationen und Begünstigungen“ einreißen würden, die sich vermeiden ließen, wenn man bei Dienstbesetzungen nur Männer zu Rate zog, die „keinen Anhang, Verwandtschaft oder sonder-

177. Gutachten Seuberts B.Gen. 1375, Geh. Ratsprotokolle. Das „Geh. Kabinett“ war also nicht, wie Windelband a. a. O. S. 166 schreibt, „ein Auschuß aus dem schwerfälligen Körper des Geh. Rats“, sondern eben der alte Geh. Rat selber, der seit Jahren aus drei adligen Mitgliedern bestand. Die Ernennung des Rats Griesbach zum Kabinettssekretär im Februar 1785 hängt nicht mit diesem Kabinettskollegium zusammen, wie Windelband a. a. O. S. 266 andeutet; vielmehr war er schon seit August 1782 mit der Besorgung der „kleinen oder Kabinettskorrespondenz“ beauftragt und hatte damals seine bisherige Betätigung auf der Geh. Registratur ganz aufgegeben. Dienerakten Griesbachs vgl. unter Kap. V.

178. Gutachten Gerstlachers, B.Gen. 1375, zum Folgenden das Gutachten Seuberts ebenda.

liche Connexion mit Leuten im Land“ hatten, wie im Fall der adligen Geheimen Räte.¹⁷⁹

Obwohl die Geheimen Referendäre bald sämtlich den Titel „Geheimer Rat“ erhielten,¹⁸⁰ wurden sie doch an den Geschäften des obersten Kollegiums nur soweit beteiligt, als man von Fall zu Fall ihren Rat als Juristen brauchte.¹⁸¹ Allein nach diesem Gesichtspunkt, nicht nach einer sachlichen Einteilung, wurde bei der Behandlung der Geschäfte verfahren, und so kam es, daß ein und dieselbe Angelegenheit bald im Kabinettskollegium, bald eine Zeit lang, „sonderlich bei einzelnen erheblichen Zwischenvorkommenheiten“ im Geheimen Rat — und nachher wieder im Kabinettskollegium behandelt wurde. Das wahre Übel blieb nach Seuberts Ansicht das nämliche wie bisher und bestand darin, daß den drei sozusagen nur „apanagierten Geheimen Räten“ die erforderliche zusammenhängende Kenntnis der wichtigeren Angelegenheiten des obersten Kollegiums fehlte, die sie nur durch Einblick in sämtliche wesentlichen Umstände und durch Teilnahme an den grundsätzlichen Beratungen hätten erwerben können. Dennoch sollten die bürgerlichen Geheimen Räte über einzelne für sie aus dem Ganzen herausgerissene wichtige Staats-, Regierungs- und Landesgeschäfte gründliche Gutachten erstatten oder soliden Rat erteilen.

Trotz ihres großen Dienstefers und Verantwortungsgefühls sahen sie sich letzten Endes gezwungen, sich auf die Ansicht des Präsidenten von Hahn zu verlassen. Denn als Vorsitzender des Hofrats, Hofgerichts, Kirchenrats und sämtlicher Deputationen war er stets in der Lage, über die vielen Angelegenheiten, die dorthin kamen, Aufschluß zu geben und Anstände zu beheben, „weil er die principia, den Gang und die Leitung derselben innehatte und durchaus damit bekannt war“. Ohne daß sich Karl Friedrich dessen voll bewußt war, hing die glatte Abwicklung der Geschäfte in hohem Maße von der Autorität dieses einen Ministers ab, der unter dem Einsatz einer erstaun-

179. Obser, Karl Friedrichs Papiere Nr. 21, a. a. O. S. 466. vgl. B.Gen. 9029.

180. Am 18. Okt. 1784, Dienerakten Seuberts und Gerstlachers.

181. Das Folgende nach Seuberts Gutachten, B.Gen. 1375, und den Geh. Ratsprotokollen.

lichen Arbeitskraft und von einem hervorragenden Gedächtnis unterstützt die unendlich verwickelte innere Landes- und Gerichtsverwaltung leitete. Er schaltete sehr selbstherrlich und gewährte niemand einen allgemeinen Überblick über die gesamte Regierungstätigkeit und die dabei befolgten Grundsätze. In die Zuweisung der Geschäfte ließ er sich von niemanden hineinreden.¹⁸² Trotzdem verschwand er in seiner strengen Sachlichkeit ganz hinter dem Wust der ungeheuren Arbeit, die auf ihm lastete, und hinter den immer komplizierter gewordenen behördlichen Einrichtungen, die alle in gewissem Sinn auf seine Person zugeschnitten waren.

Erst mit dem plötzlichen Tode des Präsidenten von Hahn im April 1788 kam es allen zum Bewußtsein, in welch hohem Grade das Funktionieren des badischen Staats allen Grundsätzen der kollegialen Regierungsverfassung zum Trotz von der persönlichen Leistung dieses einen Mannes abhängig gewesen war. Wenn nicht der Hofrat Friedrich Brauer¹⁸³ bereits in den letzten Jahren unter dem Präsidenten de facto einen Teil der Direktorialgeschäfte im Regierungskollegium geführt hätte und so schon mit allen Erfordernissen und Details dieses Amts bekannt gewesen wäre, so wäre die ganze innere Verwaltung Badens jetzt in eine heillose Verwirrung geraten.¹⁸⁴ Trotz seiner nahezu übermenschlichen Arbeitskraft konnte Brauer die Aufgabe allein nicht bewältigen.¹⁸⁵ Die Anträge aus dem Hofrat, dem Hofgericht und dem Kirchenrat kamen jetzt oft sehr mangelhaft, unsicher und unvollständig in den Geheimen Rat herüber; denn Brauer, der im Hofrat selbst ein eigenes großes Sachgebiet mit weitläufigen Ausarbeitungen zu versehen hatte, war nicht imstande, auch noch die Arbeiten seiner Kollegen genau nachzusehen und bei der Last von Revisionen einigermaßen ins Gleiche zu bringen. Im Geheimen Rat war jetzt niemand mehr, der bei

182. vgl. Windelband a. a. O. S. 216 ff.

183. Eine eingehende Schilderung von Johann Nikolaus Friedrich Brauers Persönlichkeit gibt W. Andreas, *Gesch. d. Bad. Verw.-Org.* S. 38 ff., für die Lebensdaten. vgl. Derselbe, *Friedrich Brauer und die Entstehung des 1. Bad. Organisationsedikts vom 4. Februar 1803*, ZGORh. N. F. 24, S. 629 f.

184. Zeugnis Edelsheims, Votum vom 25. März 1792, B.Gen. 1897.

185. Das Folgende wieder nach Seuberts Gutachten, B.Gen. 1375.

vorkommenden Anständen, selbst wenn sie beim ersten Anblick ins Auge fielen, sofort die nötige Erläuterung darüber zu geben vermochte. Die Verbindung mit der Geschäftsführung der genannten Kollegien war völlig abgerissen, keiner der Geheimen Räte wußte im Zusammenhang über die dortseitigen Grundsätze Bescheid, Fehler und Versehen konnten sich unvermerkt einschleichen.

Die bürgerlichen Geheimen Räte wehrten sich dagegen, daß ihnen allein die Verantwortung dafür aufgeladen werden sollte. Denn gerade die Anträge wurden fast ohne Ausnahme im Plenum des Geheimen Ratskollegiums verhandelt, „bei denen hie und da ein sogenanntes punctum iuris mit unterläuft, mit dessen Zurechtlegung in die gehörige Falte, so nötig es auch bei den oberen Dicasterialstellen ist, sich doch nicht jedermann gerne abgibt“. Und den drei bürgerlichen Geheimen Räten wollte es scheinen, „als ob bei der in Serenissimi höchster Gegenwart von unten auf geschehenden und öfters schon nach der dritten Stimme aufhörenden Umfrage gerade die Verantwortung dafür so eigentlich bloß auf ihre drei Gewissen gelegt würde“.

Edelsheim, dessen persönlicher Lebensplan durch die Nachricht vom plötzlichen Tode des Präsidenten „wie von einem Donnerschlag vernichtet“ wurde, war aufs neue bereit, sich selbstlos für seinen Herrn einzusetzen.¹⁸⁶ Es war ihm klar, daß die Beseitigung „der bestehenden üblen Methode“, die durch Weitläufigkeit und durch Unklarheit der Grenzlinien zwischen den Balleien und zwischen ihnen und den Oberämtern jede kräftige Wirkung hemmte und die Verantwortlichkeit völlig im Dunkeln ließ, nur durch eine gründliche Neuordnung der gesamten Landesverfassung zu erreichen war.¹⁸⁷

Als wichtigstes Ziel dieser Arbeit, die er im besonderen Auftrag Karl Friedrichs in Angriff nahm, galt ihm die Zusammenfassung der gesamten inneren und äußeren Landesregierung im Geheimen Rat, der nun wirklich als oberstes Kollegium über die

186. Edelsheim an Karl Friedrich, 30. August 1788, HSTA. I, 1.

187. Das Folgende beruht auf einer undatierten Denkschrift W.v. Edelsheims über die Einrichtung der Geschäfte, die bald nach dem Tode v. Hahns (18. April 1788), vermutlich im September 1788, niedergeschrieben sein muß. Repositur d. Staatsb. III, 1, Canzleisache 1, Conv. 3.

anderen hinausgehoben und zum Mittelpunkt gemacht werden sollte.

Voraussetzung dafür war die Entlastung des Geheimen Rats von aller Detailarbeit aus dem Bereich der inneren Verwaltung, die bisher den Hauptgrund für alle Schwierigkeiten gebildet hatte. Dies war zu erreichen durch eine von praktischen Gesichtspunkten ausgehende Teilung der Geschäfte zwischen den Zentralkollegien, vorzüglich aber durch Abteilung der verschiedenen Balleien des Hofratskollegiums — Hofgericht, Regierungskollegium und Kirchenrat — in ganz gesonderte Dicasterien. Wie Paul Lenel feststellt,¹⁸⁸ handelt es sich hier nicht in erster Linie um eine von der Lehre Montesquieus ausgehende Reform, bei der der Nachdruck auf der Befreiung der Rechtspflege von absolutistischen Fesseln gelegen hätte. Zwar vertrat Schlosser als Mitarbeiter und Berater Edelsheims persönlich diese Auffassung mit Leidenschaft.¹⁸⁹ Es geht aus den Akten hervor, daß er sich damals auf Anregung Edelsheims mit der neuen toskanischen Kriminalgesetzgebung vom Jahre 1786 beschäftigte.¹⁹⁰ Im Vordergrund stand jedoch die Absicht Edelsheims, durch Abtrennung eines besonderen Hofgerichts ein leistungsfähiges und unbedingt zuverlässiges Regierungskollegium zu schaffen, über dem sich der Geheime Rat als oberste Landesbehörde aufbauen konnte.

Auch wenn der Geheime Rat dadurch eine beträchtliche Entlastung erfuhr, so hatte er neben den äußeren Landesregierungssachen, die seine eigentliche Zuständigkeit ausmachten, „als nächster Rat des Regenten, als Oberaufseher und vorderstes Mittel der executivischen Gewalt“ doch noch eine

188. Lenel a. a. O. S. 110 ff.

189. vgl. Obser, Karl Friedrichs Papiere, a. a. O. S. 470 ff., Bericht Schlossers vom 15. Mai 1784 nach einem Auszug von der Hand des Markgrafen. Aus dieser Verschiedenheit der Auffassungen ergab sich dann auch der bekannte Konflikt zwischen Schlosser und Edelsheim im Fall Mirabeau—Tonneau, in dessen Folge Schlosser als Hofgerichtsdirektor zurücktrat, siehe Lenel a. a. O. S. 167 ff.

190. Nach einer Bemerkung in den Dienerakten W. v. Edelsheims. vgl. auch Drais a. a. O. Bd. 1, S. 346. Über die toskanische Verwaltung Hirsch, Leopold II. als Großherzog von Toskana, HZ. Bd. 40, S. 433 ff., über die Justizreform bes. S. 446 f., vgl. auch H. Holldack a. a. O.

Fülle von wichtigen Aufgaben im Innern, die seine Kraft voll in Anspruch nahmen. Hier trat der Geheime Rat besonders auf zwei Gebieten als oberste Staatsbehörde in Erscheinung, bei Dienstbesetzungen und bei der Landesgesetzgebung. Unter dem 8. Juli 1790, dem Datum der neuen Organisation, erging die Verordnung, daß in Zukunft alle Land- und Dikasterialstellen einschließlich der Advokatenannahme dem Markgrafen im Geheimen Rat vorgetragen werden sollten, während Karl Friedrich diese Fragen bisher mit Vorliebe im Kabinettskollegium erledigt hatte.¹⁹¹ In der Art, wie der Geheime Rat nach Edelsheims Absicht bei der Landesgesetzgebung in Zivil-, Polizei- und Kriminalsachen mitwirken sollte, lag eine bedeutende Steigerung seiner Autorität. Anregung und Ausarbeitung neuer Gesetze war Aufgabe des Regierungskollegiums. „Der Gesetzgeber ist aber allein der Regent, und da er an den Sitzungen des Hofrats nicht teilnimmt, so müssen ihm die Gesetze zur Entscheidung vorgelegt werden, und das zwar in seinem Geheimen Rat, dessen Mitglieder das Gesetz unter den Augen des Regenten erwägen und so die bürgerliche Gesellschaft seines Staats vertreten müssen“.¹⁹² Dieser Gedanke Edelsheims war im Staatsrat Maria Theresias bereits verwirklicht, der eine Art Beamtenparlament darstellte.¹⁹³

Edelsheim, der die Aufhebung der Leibeigenschaft mit dem natürlichen Recht der Untertanen auf Freiheit der Person und des Vermögens begründen wollte, ging hier noch einen Schritt weiter, wenn auch nur in der Idee. Die rein praktische Forderung Gemmingens nach einer mit dem Land persönlich verbundenen Beamtschaft erfuhr somit durch Edelsheim eine für die Spätzeit des aufgeklärten Fürstentums kennzeichnende Weiterbildung. Ohne daß eine verfassungsmäßige Bindung des badischen Beamtentums an die Landschaft bestanden hätte, führte hier das aufgeklärte Regiment in seinem

191. Geh. Ratsprotkoll vom 8. Juli 1790, Repositur d. Staatsb. III, 1, Canzleis. 1, dazu O b s e r, Karl Friedrichs Papiere Nr. 21, a. a. O. S. 466.

192. Denkschr. Edelsheims, Rep. d. Staatsb. III, 1, Canzleis. 1.

193. vgl. O. Hintze, Der österreichische und der preußische Beamtenstaat, HZ. Bd. 86, S. 429.

Streben nach sittlicher Verankerung von selbst zu dem Wunsch, seine Gesetze im Namen des Landes bestätigt zu sehen.

Die jüngere badische Beamtenschaft nahm diese Gedanken als Regierungsgrundsätze Karl Friedrichs in sich auf und trug den Geist der Spätzeit der Markgrafschaft mit hinüber ins neue Jahrhundert. Die Namen der bürgerlichen Geheimen Räte, die Edelsheim jetzt neu ins Kollegium hereinnahm, sind in der badischen Geschichte gut bekannt: Johann Georg Schlosser, der zugleich Direktor des neuen Hofgerichts wurde, Emanuel Meier, Friedrich Brauer, der Direktor des Hofratskollegiums, und später noch Max Wilhelm Reinhard, der Sohn des früheren badischen Geheimen Rats.

Mit diesen Männern und Aufgaben gewann der gesamte Geheime Rat das Übergewicht über das engere, nur die Adligen umfassende Kabinettskollegium. Im Jahre 1791 gab die merkwürdige Teilung des Geheimen Rats noch einmal Anlaß zu einem peinlichen Auftritt, als Schlosser vor dem Markgrafen in der Sitzung seinem Unmut darüber Ausdruck verlieh, daß er mit seinen bürgerlichen Kollegen im Kavalierzimmer der fürstlichen Appartements warten müsse, bis die Kabinettsitzung mit den adligen Ministern zu Ende sei. Karl Friedrich ließ ihm nachher durch Edelsheim sagen, daß er, um die Herren Geheimen Räte zu obligieren, eine andere Anordnung mit seinen Zimmern machen lassen werde. Was das Zimmer, welches er täglich bewohne, anlange, so setze er wohl voraus, daß ihm niemand das Recht streitig machen wolle, in solches kommen zu lassen, wenn er dahin berufe.¹⁹⁴ In den folgenden Jahren wurden die Sitzungen des „Geheimen Kabinetts“ immer seltener und hörten mit 1795 ganz auf; denn da begann sich teils durch Einwirkung der äußeren Verhältnisse, teils unter dem Einfluß neuer Männer eine Fachabteilung unter den Ministern anzubahnen.

Vorerst stand aber der Geheime Rat im Mittelpunkt. Mit der auf ihn ausgerichteten Neuordnung der badischen

194. Edelsheim an Karl Friedrich, 29. Januar 1791, HSTA. I, 1. vgl. Gothein, Schlosser, a. a. O. S. 85. vgl. auch Herzog, Briefe, a. a. O. S. 38, über das Antichambrieren der bürgerlichen Geheimen Räte.

Regierungsverfassung im Jahre 1790 legte Edelsheim den Grund für den späteren Aufbau des Kurstaats durch Brauer im Jahre 1803. Das Werk Edelsheims wurde jedoch sehr beeinträchtigt durch die Schwierigkeit, die die Personalorganisation bereitete. Einmal standen nicht sofort genügend neue Besoldungen zur Verfügung, und Karl Friedrich ließ sich allzusehr durch sein physiokratisches Gewissen bestimmen; seine angeborene Sparsamkeit wurde in manchen Fällen zu verletzender Kleinlichkeit. Edelsheim selber, der sich wirklich damals nach den launigen Worten des Kaisers Leopold für seinen Herrn mit dem Tintenfaß umbrachte, erlitt eine solch kränkende Behandlung, daß er gegen die Neigung seines Herzens den Abschied forderte.¹⁹⁵ Dieser wurde zwar nicht angenommen, doch waren die Trübungen in dem persönlichen Verhältnis zum Markgrafen für Edelsheim um so bedrückender, als die wichtigsten Männer, die die neue Organisation mittragen sollten, sich in den von ihm gezogenen Rahmen nicht fügen wollten und schließlich ausbrachen. Der eigenwillige, unverträgliche Schlosser steigerte als Hofgerichtsdirektor den Fall Mirabeau—Tonneau zu einem Konflikt zwischen Richter und Kabinett und verließ den badischen Dienst.¹⁹⁶ Auch mit dem neuen Hofratspräsidenten von Wöllwarth hatte Edelsheim kein Glück. Dies war bedauerlich, denn er hatte den adligen Ministern eine besonders wichtige Aufgabe zgedacht.¹⁹⁷

Durch Geburt und Stand waren sie dazu bestimmt, sich näher an den Markgrafen und die fürstliche Familie anzuschließen; ihre Lebensart und Charakter mußte daher „aimable und unterhaltend“ sein. Mehr als Glieder des Hofes denn als Beamte hatten sie die Staatsgeschäfte zu besorgen, den Fürsten zu repräsentieren und dazu einen gewissen äußerlichen Etat zu halten, sie mußten zu Hauptaufträgen und

195. Karl Friedrich Briefwechsel mit Edelsheim, HSTA. I, 1. auszugsweise in P.C. VI.

196. siehe Lenel a. a. O. S. 167. vgl. oben Anm. 189.

197. Für das Folgende Edelsheim an den bad. Ministerresidenten v. Mühl in Wien vom 15. Okt. 1792 wegen Bewerbung des Herrn v. Woldernsdorff um die Stelle des badischen Hofratspräsidenten, Konzept nach Diktat niedergeschrieben von Edelsheims Privatsekretär Groos, HSTA. III. Dipl. Korresp. mit Österreich, Fasc. 93. dazu B.Gen. 1808.

Verhandlungen mit Gesandten und auswärtigen Höfen geschickt sein, den Ton der größeren Welt und Höfe haben. — „Im Innern sind sie das wahre Organ zwischen Herrn und Diener: sie müssen daher die Kunst kennen, sich dieser und jener Vertrauen zu erwerben. — Im Geheimen Rat müssen sie den Blick haben, der nötig ist, um gleich beim Vortrag ihre Entscheidung zu geben, und die Kunst, ihren Vortrag auf eine persuasive, anständige Art abzulegen. Sie müssen freundlich und vertragsam sein; denn dies ist gottlob der Hauptton in hiesigen Diensten. — In ihren Kollegien brauchen hier die Präsidenten nicht so sehr gelehrte als kluge, eifrige, attente, durch ihr Ansehen imponierende und durch Liebe sich der Räte und der Untertanen Zutrauen erwerbende Männer zu sein. Sie sind der wahre Perpendikel ihres Dicasterii, müssen Land, Verordnungen und das Genie der Untertanen, die Kapazität eines jeden membri Collegii kennen. Haben sie Geschicklichkeit und Muße, Hauptarbeiten zu machen, so ist es freilich ein Glück für den Dienst. Erforderlich ist es keineswegs. Denn ihre Hauptvocation ist Minister und Präsident, nicht Rat.“

Aus Mangel an geeigneten Persönlichkeiten war es schließlich Edelsheim allein, der neben dem weniger bedeutenden Gayling diese Lücke ausfüllte. Er wurde „der Choiseul von Karlsruhe“, und allein durch den Einsatz seiner genialen Persönlichkeit gelang es, dem patriarchalischen Staatswesen Karl Friedrichs die nötige Beweglichkeit zu geben, die es befähigte, der heraufziehenden Kriegsgefahr zunächst durch eine kluge Politik zu begegnen.

Kapitel V.

Geheimer Rat, Minister und Kabinett zur Zeit der Koalitionskriege und der Herrschaft Napoleons.

Bei der Organisation der vereinigten badischen Markgrafschaften von 1790 hatte Edelsheim mit großen Schwierigkeiten von seiten des Markgrafen selbst zu kämpfen. Einmal sträubte sich Karl Friedrich gegen jede neue Ausgabe, und so war es schließlich nicht die Schuld des Ministers, wenn sich die Organisation bald als „in den meisten Stücken zu genau zugeschnitten“ erwies.¹⁹⁷ Viel tiefer saß jedoch der innere Widerstand Karl Friedrichs gegen die Versachlichung der Staatsgewalt, wie sie sich in der neuen Erhebung des Geheimen Ratskollegiums zum Mittelpunkt der Regierung auszudrücken begann. Es waren nicht die bescheidenen und demütigen Geheimen Räte Seubert und Gerstlacher, die dem Markgrafen jene vielbesprochene „Zurückweisung an den Geheimen Rat“ „abdrangen“.¹⁹⁸ Edelsheim selbst stand dahinter, und nur auf seine Ermahnungen hin wagten jene, ihre Gutachten über die bisherige Geschäftsführung im Geheimen Rat einzureichen. Karl Friedrich blieb jedoch in seinem alten juristenfeindlichen Gedankengang und wehrte sich als absoluter Herr dagegen, „daß alle Geschäfte im versammelten Geheimen Rat kollegialisch-aristokratisch verhandelt werden sollten“. In der Frage der Beamtenernennungen hatte er nachgegeben.¹⁹⁹ Allein für die Familienangelegenheiten und die auswärtigen Geschäfte wollte er sich an kein Kollegium

197. Urteil Brauers, Denkschrift über die Dicasterialorganisationen, W. A n d r e a s, Friedrich Brauer und die Entstehung des ersten badischen Organisationsediktes, Beilage II, ZGORh. NF. XXIV, S. 660.

198. Zum Folgenden K. O b s e r, Karl Friedrichs Papiere Nr. 26 a. a. O. und B. Gen. 1375.

199. Geh. Ratsprotokoll vom 8. Juli 1790 mit der neuen Organisation des Geheimen Ratskollegiums.

binden: „Eine meiner Maximen ist, eine Sache, die geheim bleiben soll, niemalsen mehr wie zween oder drei Personen anzuvertrauen, ausgenommen denen, welche zur Ausführung nötig sind, welche sich aber zuweilen nach den Umständen in anderen Departements befinden dürften.“ — „Ich kann und werde mir nämlich nicht vorschreiben lassen, geheime Negotiationen, Plane, die ich auszuführen gedenke, ehe sie zur Reife gediehen sind, nicht für mich selbst und nur mit Zuziehung der Personen, die ich mir dazu wählen werde, zu traktieren, ohne sie, bis ich es gut finde, irgendeinem Collegio, sei es Cabinet oder Geheimen Rat, bekanntzumachen.“²⁰⁰

Daß die auswärtigen Geschäfte einen besonderen Fall darstellten, hatte niemand bestritten. Der Markgraf spricht jedoch in seiner gereizten Verteidigung ausschließlich von ihnen, da er hier allein sachliche Gründe anzuführen hat. Karl Friedrich hatte die auswärtigen Geschäfte immer nach diesen Grundsätzen geführt. Nach dem Tod des Präsidenten von Hahn war Wilhelm von Edelsheim allein die Leitung der auswärtigen Politik der Markgrafschaft anvertraut. Auf Kosten des Staates hatte er einen eigenen Sekretär, Georg Emanuel Groos, einen Sohn des badischen Amtmanns in Müllheim, der dem Minister bei der Organisationsarbeit und auch bei der auswärtigen Korrespondenz behilflich war.²⁰¹ Mit geheimen diplomatischen Aufträgen waren zur Zeit des Fürstenbundes Schlosser und gelegentlich Seubert betraut worden, alles unter der Leitung von Edelsheims.²⁰² Nur Schreiben, die von auswärtigen Behörden einlangten, wurden auf der Geheimen Kanzlei erbrochen, Briefe von fürstlichen Persönlichkeiten wurden uneröffnet an den Minister gegeben, Briefe von fremden Ministern waren meist an Edelsheim gerichtet. Wenn er diese Schreiben an den Markgrafen weitergab, äußerte er gleichzeitig seine Ansicht darüber, ob der Inhalt der Schreiben vor dem Geheimen Rat zunächst noch geheimzuhalten sei oder nicht.

200. K. O b s e r, Karl Friedrichs Papiere Nr. 26 a. a. O. Der Unterschied zwischen dem eigentlichen Kabinett und dem „Kabinettskollegium“ wird hier besonders deutlich.

201. Dienerakten W. v. Edelsheims und Groos'.

202. Nach P. C. Bd. I, II, VI.

Die Überzeugung Edelsheims, daß der Reichskrieg mit Frankreich unvermeidlich sei, bestimmte die badische Politik in dem kritischen Jahr 1792. In diesem Falle war Baden als Grenzland im Südwesten zu allererst dem Übergewicht der österreichischen Macht ausgesetzt. Dagegen suchte sich Edelsheim durch Belegung der in der Kreisverfassung vorgesehenen Schutzmaßnahmen und durch eine Militärkonvention mit dem Verbündeten Österreich, dem Königreich England, zu sichern.²⁰³ Da der Geheime Rat die Überlassung badischer Truppen an eine fremde Macht als „den Grundsätzen der hiesigen Regierung zuwider“ erachtete, erhielt die Militärkonvention mit England mehr den Charakter einer persönlichen Abmachung des Markgrafen der über seine Haustruppen verfügte, als eines Staatsvertrags. Der Einfluß des Geheimen Rats zeigte sich in einer starken Herabminderung dieses Kontingents, sodaß Edelsheim die Sache nunmehr für sinnlos hielt und es seinem Kollegen Gayling überließ, seine Unterschrift unter diesen „Pygmäenvertrag“ zu setzen.

Auch nach der Kanonade von Valmy hielt es Edelsheim für richtig, bei aller Wachsamkeit an der einmal eingeschlagenen Politik festzuhalten.

Daß die einheitliche Linie in der badischen Politik nach dem plötzlichen Tod Wilhelm von Edelsheims am 6. Dezember 1793 verloren ging, war das traurige Schicksal der letzten Regierungsperiode Karl Friedrichs. Eine Wertung des badischen Verhaltens während der Koalitionskriege im Zusammenhang mit der allgemeinen Politik liegt nicht im Bereich der vorliegenden Untersuchung, sie möchte allein die Fehlerquellen im Innern des badischen Regierungssystems aufzeigen.

Auf die eindringlichen Bitten des Markgrafen übernahm der jüngere Bruder, Georg Ludwig von Edelsheim,²⁰⁴ der bereits seit einigen Jahren badischer Obersthofmeister und dann Kreisgesandter in Ulm gewesen war, die Leitung der auswärtigen Geschäfte. Auch er gebot über die feinste höfische Lebensart, er war wendig und nie um ein begütigendes Wort verlegen.

203. P. C. I. S. 454 ff.

204. Die Schilderung der Persönlichkeit Georg Ludwig von Edelsheims beruht auf einer genauen Untersuchung seiner Politik und zahlreichen Zeugnissen fremder Diplomaten nach P. C. I—VI.

Allein diese Vorzüge entsprangen bei ihm nicht einer natürlichen Liebenswürdigkeit und Herzlichkeit wie bei seinem älteren Bruder. Man empfand seine Art als kalt und etwas süßlich. So war ihm auch der Dienst, den er jetzt übernahm, nicht so sehr ein Freundschaftsdienst für den bejahrten Markgrafen, der eines mitsorgenden Beraters bedurfte, sondern es war für ihn eine Pflicht, der er sich nicht entziehen zu können glaubte, — und zwar mehr dem bedrängten Reichsfürsten gegenüber als dem badischen Landesvater. In dem stolzen Bewußtsein, der Schule Friedrichs des Großen zu entstammen, trat er mit einem Gefühl der Überlegenheit die Geschäfte der kleinen Markgrafschaft an. Er glaubte sich sicher in der Beherrschung der diplomatischen Kunst. Doch war dieser Begriff bei ihm gänzlich abgelöst von der politischen Wirklichkeit.

Als Gesandter am Kreistag in Ulm hatte er zwar sein Geschick im Beobachten und Erfassen der Situation bewiesen, aber als Minister machte er sich gerade einem Fürsten wie Karl Friedrich gegenüber großer Versäumnisse schuldig. Er erwartete stets die obersten Richtlinien von ihm, und da Karl Friedrich eine ganz unpolitische Natur war, wurde das Verhalten Badens von seinen persönlichen Neigungen und Empfindungen bestimmt. Der greise Markgraf wurde hin und her gerissen zwischen den Pflichten gegen Kaiser und Reich und der Sorge um das mit Vernichtung bedrohte badische Land. Edelsheim tat nichts, um diese Begriffe und Verantwortlichkeiten zu klären; er versäumte es vor allen Dingen, sich über die Politik der großen Höfe, besonders Wiens, genügend zu unterrichten. Die mangelnde Kenntnis der politischen Lage führte ihn dazu, das gefährliche „Schwimmen zwischen zwei Strömungen“ länger fortzuführen, als man es vor dem Land je verantworten konnte. Gegenüber der tatsächlichen Macht des revolutionären Frankreich, dessen Stärke er nicht erkannte, glaubte er mit einem schwächlichen Intrigenspiel durchzukommen.

Die lange Trennung Karl Friedrichs von seinem Land und seinen verantwortlichen Räten förderte diese Entfremdung von der politischen Wirklichkeit.²⁰⁵ Der Rheinübergang des Gene-

205. Reitzenstein an Drais, HSTA. III, Korrespondenz des Freiherrn von Drais.

rals Moreau bei Kehl am 25. Juni 1796 zwang den Markgrafen, sein Land zu verlassen. Er begab sich mit seiner Familie und dem ganzen Hof unter den Schutz des Königs von Preußen, der ihm seine ansbachischen Schlösser zur Verfügung stellte. Von den Ministern begleitete ihn nur Gayling. Edelsheim und die Geheimen Räte blieben mit einer Vollmacht zur Verhandlung mit den Franzosen in Ettlingen zurück.

Das rasche Vorrücken des Generals Moreau ließ kein langes Abwarten mehr zu. Der Geheime Rat erteilte dem Landvogt von Rötteln, Freiherrn Sigismund von Reitzenstein, der schon im Vorjahr zur Zeit der preußischen Sonderverhandlungen in Basel auf geheimen Befehl des Markgrafen mit dem französischen Unterhändler Barthélémy in Verbindung getreten war, den Auftrag, so schnell wie möglich einen Waffenstillstand abzuschließen.²⁰⁶ Reitzenstein gelang es, das Land zu retten, wenn auch unter schweren Bedingungen. Im Waffenstillstand mußte sich die badische Regierung verpflichten, umgehend einen Bevollmächtigten zu Sonderfriedensverhandlungen nach Paris zu senden. Reitzenstein wurde vom Geheimen Rat hierzu ausersehen. In Paris ließ man sich auf keine langen Verhandlungen mit den Vertretern der süddeutschen Fürsten ein, man forderte sofortige Unterschrift. Da er keine endgültige Weisung erhielt, sah sich Reitzenstein gezwungen, nach dem Vorgang Württembergs auf eigene Verantwortung zu unterzeichnen.

Die Erfahrungen dieser Wochen und die Berichte Reitzensteins aus Paris zeigten den Geheimen Räten, daß man in den neuen Verhältnissen ganz allein auf sich und seine eigene Klugheit gestellt war. Der Geheime Rat fand die Rechtfertigung zu seiner Haltung in dem lutherischen Pflichtbewußtsein, das am Ende der alten Markgrafschaft in der schwerblütigen geraden Persönlichkeit Brauers noch einmal Gestalt gewinnt. Wenn das morsche Reichsgefüge unter dem krassen Eigennutz der Großen zerbrach, wenn sie der überlieferten geheiligten Ordnung spoteteten und den Kleinen nur als ein Objekt ihres verwegenen

206. Das Folgende nach Reitzensteins eigenem Zeugnis in der eben angeführten Korrespondenz mit Drais und nach P. C. II. Über Reitzenstein vgl. Franz Schnabel, Sigismund von Reitzenstein, der Begründer des badischen Staates, Heidelberg 1927.

Hasardspiels betrachteten, dann konnte es für ihn nichts mehr geben, als „festzustehen ohne Menschenfurcht und Menschengefälligkeit“ bei der Pflicht, die er vor Gott und seinem Fürsten für dies Land auf sich genommen hatte.²⁰⁷ Das entscheidende Votum des Geheimen Rats, das dem Markgrafen die Unterzeichnung des Sonderfriedens anriet, stammte aus Brauers Feder: „Hätte man nicht die gar zu unleugbare Erfahrung vor sich, daß es von der heutigen Politik wie von dem Zustand der Menschen vor der Sündflut heiße, ‚alles Fleisch hatte seinen Weg verderbet, und jedes ging seinen eigenen Weg‘ — so würden wir auch jetzt in allem so eng uns zusammenpressenden Drang der Umstände anrathen, den in Bezug auf den kaiserlichen Hof und auf den Reichsverband unverfänglichsten Weg einzuschlagen. So aber, wie die Weltlage nun einmal ist, dünkt uns, man dürfe so wenig das Klugsein wie die Schlangen als das Ohne-Falsch-Sein wie die Tauben vernachlässigen, weil die Pflichten, welche Höchstdieselben für Dero Familie und Land haben, uns stärker und näher dünken als jene gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsmitstände.“²⁰⁸ Von diesem Standpunkt aus wagten es die Geheimen Räte sogar, die neue territoriale Interessenpolitik unter dem Schutze Frankreichs zu befürworten, die Reitzenstein dringend anriet.

Edelsheim fuhr mit dem Friedensvertrag zum Markgrafen nach Schloß Triesdorf, schien aber dort selbst die Not des Landes ganz aus den Augen zu verlieren. Er unterstützte das Schwanken und Zögern Karl Friedrichs durch Herbeiziehen aller möglichen Ratgeber. Die einzigen, die ihn hätten wirklich beraten können, Hardenberg und der ansbachische Minister von Gemmingen, ein Neffe des ehemaligen badischen Kammerpräsidenten, durften mit Rücksicht auf die preußische Politik nur ausweichende Antworten geben, die man dann allzu wörtlich nahm. So verschwendete Edelsheim die kostbare Zeit mit einer Reise nach Berlin, von der Hardenberg wußte, daß sie keinen Sinn haben würde.

Die Isolierung des Markgrafen von seinen verantwortlichen

207. P. C. II. S. 350.

208. P. C. II. S. 425 ff

Ratgebern und der quälende Druck der von ihm geforderten Entscheidung führte dazu, daß der Hof den Versuch machte, auf seine Entschlüsse Einfluß zu nehmen. Die stolze Gesinnung der Erbprinzessin Amalie²⁰⁹ war nicht gebrochen durch die Schicksale, die der Krieg über ihre Familie gebracht hatte. Sie war eine Prinzessin aus dem hessen-darmstädtischen Fürstenhaus, dessen markanten Frauengestalten sie ebenbürtig an die Seite trat. Vom Bewußtsein ihrer Würde als deutsche Fürstentochter bis zum leidenschaftlichen Starrsinn durchglüht, war sie, als Gemahlin des wenig selbständigen Erbprinzen die einzig charakterfeste Persönlichkeit am badischen Hof. Sie wollte die Handlungen eines Fürsten nicht nach äußeren Notwendigkeiten beurteilen, allein die Ehre ihres Standes war der Maßstab ihres Denkens. Wohl hatte sie in der ersten Verzweiflung den Abschluß des Waffenstillstands verteidigt.²¹⁰ Aber dann, seit der Erzherzog Karl als Retter des Reiches auf den fränkischen Schlachtfeldern erschienen war, schleuderte sie drohende Worte der Verachtung gegen die Diener, die ihrem Herrn einen schmachvollen Friedenspakt mit den Königsmördern anzuraten wagten. Sie bewog ihren schüchternen Gemahl zu eindringlichen Mahnungen an seinen Vater, die Ehre des Hauses zu wahren und sich seiner Pflichten gegen Kaiser und Reich wieder zu erinnern.²¹¹ Um das Erbprinzenpaar begann sich eine österreichische Hofpartei zu bilden. Sie erblickte in dem kaiserlichen Rat Eberhard von Gemmingen-Bonfeld, der in ritterschaftlichen Angelegenheiten gleichfalls in Ansbach weilte, die geeignete Persönlichkeit, um für den schwer geprüften Markgrafen wieder eine gnädige Gesinnung bei seinem kaiserlichen Herrn zu erwirken. Wie weit die Niedergeschlagenheit und das unter solchen Einflüssen verstärkte fürstlich-aristokratische Empfinden Karl Friedrichs führen konnte, zeigt der Plan, seine von der Revolution beunruhigten Lande aufzugeben und von dem verwandten russischen Kaiserhaus für sich

209. Über die Erbprinzessin Amalie vgl. W. Andreas, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation S. 31 ff. dazu Karoline von Freystedt, Erinnerungen aus dem Hofleben, hrsg. von K. Obser, 1902.

210. P. C. VI. S. 121.

211. P. C. II. S. 518, P. C. VI. S. 127 ff., 266.

und seine Familie eine Freistätte im südlichen Rußland zu erbitten.²¹²

Indessen verstrich der Termin für die Ratifikation des Sonderfriedensvertrags ungenutzt, und die Geheimen Räte blieben ohne Bescheid, ja fast ohne Nachricht in dem von französischen Truppen besetzten Land. Dafür kamen ihnen kränkende Äußerungen aus der Umgebung des Markgrafen und des Erbprinzenpaares über ihre angebliche „Vermessenheit und allzugroße Eilfertigkeit“ zu Ohren. Doch dagegen konnten sie sich auf die unverhohlene Zufriedenheit des Landes mit der Aufrechterhaltung der Neutralität berufen.²¹³ Die militärischen Erfolge des Erzherzogs Karl erlaubten es dem Markgrafen im November 1796, in Begleitung des Erbprinzen vorübergehend nach Karlsruhe zu kommen und seinen Geheimen Rat anzuhören. Die Geheimen Räte Meier, Brauer und Seubert bestanden auch jetzt auf ihrer Pflicht gegenüber dem Land. Sie glaubten es vor dem ganzen Land und vor ihrem Gewissen nicht verantworten zu können, das Wohl der Untertanen, das doch jeder Staatsregierung oberstes Gesetz sei, „dem Verhältnis politischer Verbindungen, Konvenienzen und Wünsche zu opfern“. Nur ein Votum hatte die Pflicht gegen Kaiser und Reich als unumstößliche gesetzliche Bindung erklärt, von der abzugehen auch die größte Not keine Berechtigung zu geben vermöge.²¹⁴ — Da rettete sich Karl Friedrich überraschend aus dem quälenden Schwanken durch eine blinde Entschlossenheit;²¹⁵ am 28. November, dem Tag vor seiner Rückreise nach Triesdorf erklärte er dem Geheimen Rat, nach gewissenhafter Prüfung sei es ihm unmöglich, seine natürlichen Bindungen und Pflichten gegenüber der Reichsverfassung zu verletzen. Wenn er das Friedensinstrument unterzeichne, so bedeute das die gänzliche Vernichtung seiner fürstlichen Existenz: Er wäre nichts anderes als ein französischer Vasall und Tributär. Deshalb müsse er die Ratifikation

212. Denkwürdigkeiten des Markgrafen Wilhelm von Baden herausgeg. von K. Obser S. 9 bestätigt durch eine Anspielung Haynaus bei seinen Dienerakten.

213. P. C. II. S. 518 ff.

214. P. C. II. S. 547 f.

215. P. C. II. S. 543, 549, 557.

verweigern und betrachte die Verhandlungen mit dem Direktorium in Paris lediglich als ein „politisches Experiment“. Er verfügte die sofortige Abberufung Reitzensteins aus Paris und warf sich dem Kaiser rückhaltlos in die Arme.

Der Geheime Rat nahm die landesherrlichen Befehle zur Ausführung entgegen. Er erklärte jedoch, in auswärtigen Landesangelegenheiten keinen Schritt mehr auf eigene Verantwortung tun zu können. Bei einem abermaligen überraschenden Einmarsch der Franzosen könne das Kollegium nicht wagen, ein zweites Mal Sonderverhandlungen einzuleiten, ohne gewiß versichert zu sein, daß das Resultat davon am Ende werde genehmigt und nicht „durch abermalige Versagung die Regierungsverwaltung in die Disreputation eines völligen Wankelmuts und gänzlicher politischer und diplomatischer Unzuverlässigkeit werde gesetzt werden“.²¹⁶ Die Geheimen Räte baten darum, der Markgraf möge einen Stellvertreter ernennen, „der nach angehörten Ratschlägen des Geheimen Ratskollegiums ohne Rücksicht auf Stimmenmehrheit dasjenige in seinem höchsten Namen zur Ausführung approbiere, was er dem hochfürstlichen Urteil über die Erfordernisse des Landesbesten am angemessensten erachte“.²¹⁷

Dies war zweifellos ein Versuch des Geheimen Rats, dem Minister von Edelsheim, der mit seiner Verantwortlichkeit bisher unklar zwischen den Beschlüssen des Kollegiums und dem Kabinett gestanden hatte, mit der ganzen Verantwortung für die badische Politik zu belasten. Edelsheim hatte es immer vorgezogen, bei den großen Entscheidungen die Verantwortung dem Gesamtkollegium zu überlassen, so auch jetzt. Vor allem aber war Karl Friedrich nie dazu bereit, einen Minister mit einer solchen Autorität auszustatten. Er begnügte sich damit, das Kollegium zu beschwichtigen.

Reitzenstein, den der Minister von Edelsheim aufrichtig bedauerte, „weil seine ausnehmenden diplomatischen Talente unglücklicherweise zu einem Geschäft und in einem Zeitpunkt gebraucht worden, wo sie so wenig Nutzen bringen“,²¹⁸ blieb auf

216. P. C. H. S. 549.

217. P. C. H. S. 544.

218. Edelsheim an Karl Friedrich, 20. Dezember 1796, HSTA. I. 1.

eigene Verantwortung in Paris, um den verhängnisvollen Abbruch der Beziehungen zum französischen Direktorium so lange als möglich hinauszuschieben. Diese Tat allein rettete das badische Land und den Markgrafen. Im folgenden Frühjahr, als die Entscheidung durch den General Bonaparte in Norditalien gefallen war, mußte die Karlsruher Regierung froh sein, daß Frankreich den Friedensvertrag überhaupt noch annahm. Reitzenstein verließ sich auf die richtige Einsicht der französischen Regierung, die an der Schaffung einer Einflußsphäre in Süddeutschland das größte Interesse haben mußte.²¹⁹

Während des Rastatter Kongresses hielt sich Reitzenstein längere Zeit in Baden auf. Im Sommer 1798 gewann er sich das persönliche Vertrauen Karl Friedrichs. Auf dringenden Anrat Edelsheims ernannte ihn der Markgraf am 2. September 1798 unter Verleihung des Geheimen-Ratstitels zum außerordentlichen Gesandten in Paris; denn es war offenkundig, daß die Gebietsfragen der auf dem linken Rheinufer geschädigten Reichsfürsten nicht in Rastatt, sondern in Paris entschieden würden. Der Markgraf, der den Sommer mit seiner Familie in Badenweiler zubrachte, erörterte mit Reitzenstein nicht nur die Einrichtung der neuen Pariser Gesandtschaft, sondern sprach sich mit ihm über die gesamte politische Lage aus. Karl Friedrich fand eine gewisse Beruhigung in der Auffassung Reitzensteins, daß Frankreich ein deutliches Interesse daran habe, den Bestand der altweltfürstlichen Häuser zu sichern und daß es in ihrem Interesse liege, unter sich einig zu sein.²²⁰ Das war die Formulierung, die dem greisen Karl Friedrich den Übergang von seinen ständisch-patriotischen Lieblingsplänen zu der Politik des Rheinbundes erleichterte. — Das Vertrauen des Markgrafen zu Reitzenstein ging so weit, daß er ihn sofort für die laufenden Verhandlungen in Rastatt zu Rate zog und ihn mit dem Entwurf eines Votums für den Kongreß beauftragte.

Edelsheim lehnte es ab, sich als Minister danach zu richten. Die Eile, mit der er die Ernennung Reitzensteins und seine Abreise nach Paris betrieb, erwecken den Verdacht, daß er auf diese

219. P. C. VI. S. 266, Reitzenstein an Drais, HSTA. III. Korrespondenz Drais'.

220. P. C. VI. Nr. 174.

Weise einen Rivalen entfernen und als Gesandten in seine Abhängigkeit bringen wollte.

Die badische Politik während des zweiten Koalitionskriegs wurde ganz nach dem Grundsatz Karl Friedrichs geführt, nur wenige und die zur Ausführung notwendigsten Männer ins Vertrauen zu ziehen. Das strenge Geheimnis, mit dem sich auch Edelsheim seinen Kollegen gegenüber umgab, deckte die Schwäche und Zweideutigkeit seines Doppelspiels in Wien und Paris und ließ ihn immer wieder die ganze Last der Entschlüsse und Verantwortung auf den Fürsten selbst abwälzen. Einen wichtigen Erfolg hatte Reitzenstein: der Markgraf blieb diesmal in Karlsruhe und bewies damit seine Neutralität. Mehr schien auch Frankreich im Augenblick nicht zu verlangen. Die Vorbereitungen zum Feldzug des Generals Moreau über den Rhein gingen unter den Augen Reitzensteins vor sich. Edelsheim und Karl Friedrich waren jedoch für seine Warnungen taub.

Wie immer in den folgenden Jahren, erwachte die badische Regierung erst nach den großen Entscheidungen aus ihrer Lähmung. Nach dem Frieden von Lunéville im Februar 1801 setzte eine eifrige Tätigkeit ein. Edelsheim und Reitzenstein arbeiteten sich jetzt in die Hand. Die von beiden vorbereitete Mission des Freiherrn von Geusau nach Petersburg gelegentlich der Thronbesteigung des Zaren Alexander und die geheimen Besprechungen des Markgrafen und Edelsheims mit dem badischen Gesandten in Wien, Otto von Gemmingen, die Ende August 1801 in München und Augsburg stattfanden, brachten die Erkenntnis, daß von diesen Höfen für die badischen Entschädigungsansprüche nichts zu erwarten war. Jetzt hießen Edelsheim und Karl Friedrich die Politik Reitzensteins gut. Der Minister ließ ihn vertraulich wissen: „Wir dürfen und können unter den gegenwärtigen Umständen unser Heil nirgends anders suchen und finden als in der Unterstützung und unter dem Schutze Frankreichs.“²²¹

Die Art und Weise, wie die Entschädigungsverhandlungen in Paris geführt wurden, zwangen Edelsheim und den Geheimen Rat, ihrem Gesandten weitgehend die Leitung der badischen

221. Edelsheim an Reitzenstein, 27. Okt. 1801. P. C. IV. Nr. 102.

Politik zu überlassen. Reitzenstein sah, wie die andern süddeutschen Regierungen rücksichtslos ihren Vorteil suchten, und schickte Mahnung auf Mahnung nach Karlsruhe, um den Geheimen Rat zu rascherem und entschlossenerem Handeln zu veranlassen.²²² Er versuchte, den Geheimen Räten klarzumachen, daß es nicht so sehr auf Entschädigungen für die verlorenen linksrheinischen Gebiete ankam, sondern weit mehr auf Gründung ganz neuer politischer Verhältnisse. Der Geheime Rat Meier stellte die bezeichnende Frage dagegen: „Soll denn Billigkeit und Gewissenhaftigkeit von dem Indemnitätsgeschäft immer entfernt bleiben?“²²³ — Die Geheimen Räte erkannten zwar „die Superiorität der Einsichten und Pläne“ Reitzensteins an, sie empfanden aber seinen Tadel und seine Vorwürfe umso schmerzlicher, da sie selbst „des Weltlaufs müde“, nur noch aus schuldigem Pflichtgefühl auf ihrer Stelle als Räte des Markgrafen ausharrten. Sie gaben zu, „jene Gattung von Biegsamkeit und Einsicht nicht zu besitzen, wodurch allein auf der Höhe der heutigen Politik mit Urteil gearbeitet werden kann“.²²⁴

Bei der Organisation des neuen badischen Kurfürstentums im Frühjahr 1803 kam die Frage der Beteiligung des Geheimen Rats an auswärtigen Geschäften zur Erörterung.²²⁵ Brauer gestand dem Fürsten ohne weiteres das Recht zu, Haus- und Familiensachen und „auswärtige Sachen im engeren Sinn“ in geheimen Konferenzen mit besonders geladenen Mitgliedern des Ministeriums zu behandeln. Alle Angelegenheiten, die die Reichs- oder Kreisverfassung berührten, wollte er davon ausgenommen sehen. Bei der Entscheidung über einen nicht durch Reichspflicht gebotenen Krieg sollte der Kurfürst zur Berufung einer allgemeinen Konferenz sämtlicher Geheimen Ratsmitglie-

222. P. C. IV. S. 198.

223. Ich setze hier sinngemäß zwei zeitlich etwas auseinanderliegende Äußerungen in Beziehung: Reitzenstein an Meier, 26. Dez. 1798, P. C. III. Nr. 181 und ein Votum Meiers im Geheimen Rat vom 30. Nov. 1802, P. C. IV. Nr. 428.

224. Nach einem Pro Memoria Brauers, mitunterzeichnet von Meier vom 8. März 1806, mitgeteilt von W. Andreas, Badische Politik a. a. O. S. 437 Anmerkung. vgl. dazu P. C. III. S. 421.

225. Zum Folgenden W. Andreas, Badische Verwaltungsorganisation S. 61 f.

der verpflichtet sein. Denn Brauer wollte diese Beziehungen auch jetzt noch nicht unter dem Gesichtspunkt der politischen Nützlichkeit betrachten, sondern legte den entscheidenden Wert auf die Beachtung der Rechtsverbindlichkeiten des Fürsten und des Landes.

In dem endgültigen Edikt über die Organisation der obersten Staatsbehörden vom 4. Februar 1803 wurde jedoch eine grundsätzliche Bestimmung der Fälle, wann der Kurfürst an die Beteiligung des gesamten Geheimen Ratskollegiums gebunden sein sollte, vermieden. Verfassungsänderungen und die Schuldenpolitik wurden zur Behandlung in der allgemeinen Konferenz empfohlen, aber die Entscheidung über Krieg und Frieden wollte Karl Friedrich nicht erwähnt wissen, „weil das in solchen Dingen meist nötige Geheimnis es widerrate, den Gegenstand so ausführlich zu qualifizieren“.

Georg Ludwig von Edelsheim, der die badischen Einrichtungen nach den preußischen Begriffen beurteilte, hatte das Departement der auswärtigen Angelegenheiten von jeher als unabhängig von den Geschäften des Geheimen Rats betrachtet. Er sah die Grundlage seiner Stellung als Minister nicht in der Zugehörigkeit zu diesem Kollegium, sondern in dem persönlichen Auftrag des Fürsten. Diese Einstellung Edelsheims trug ihrerseits dazu bei, daß die auswärtigen Geschäfte dem Geheimen Rat immer mehr entzogen wurden. Nach dem Frieden zu Lunéville schrieb er an Karl Friedrich: zumal in den Verhältnissen, wie sie heute seien, dürfe man sich nur subalternen Personen bedienen, und zwar solcher, von denen man ganz sicher sei, daß sie keinerlei Verbindung oder Beziehung persönlicher oder kollektiver Natur hätten, die die zu ihrer Kenntnis gelangenden Staatsgeheimnisse in irgendeiner Weise gefährden und verraten könnten.²²⁶

Von jeher waren auf der Geheimen Kanzlei nur bestimmte Sekretäre mit wichtigen Auswärtigen Angelegenheiten befaßt worden. In den 70er Jahren war dies nur ein einziger, der Legationsrat Griesbach, der auch Wilhelm von Edelsheim bei seiner Gesandtschaft nach Wien als Sekretär diente.²²⁷ Georg Ludwig

226. 16. Apr. 1801, P. C. IV. S. 50.

227. Nach den Dienerakten.

von Edelsheim hatte sich zur Besorgung der auswärtigen Angelegenheiten ein eigenes kleines Personal ausgewählt.²²⁸ Hierzu gehörte von den Geheimen Sekretären Friedrich August Wielandt, der auf der modernen Universität Göttingen studiert hatte. Er wurde seit Dezember 1796 in auswärtigen Geschäften und Familienangelegenheiten verwendet und erwarb sich dadurch die Gunst der Erbprinzessin Amalie. — Der ehemalige Privatsekretär Wilhelm von Edelsheims und jetzige Rentkammer-assessor Georg Emanuel Groos diente in den kritischen Jahren 1797—1803 als Geheimkurier zwischen Karlsruhe und Paris. Nach 1803 besorgte er unter Leitung Georg Ludwig von Edelsheims den diplomatischen Schriftwechsel mit den badischen Gesandten in Paris und an den süddeutschen Höfen. Er begleitete als Sekretär alle wichtigen Gesandtschaften, sodaß man allein aus seiner Beteiligung auf deren Bedeutung schließen konnte. — Der junge Gerstlacher, der Sohn des verstorbenen Geheimen Rats, wurde ihm bald zur Seite gegeben. Für die offizielle französisch: Korrespondenz wurde der Professor Tissot vom Karlsruher Gymnasium, der ehemalige Sprachlehrer der Kinder des Erbprinzen, verwandt.

Neben der Einrichtung eines besonderen Büros für die auswärtigen Angelegenheiten auf der Kanzlei ging die Bildung eines Kabinetts einher. Zwar hatte Karl Friedrich schon im Jahr 1782 den Geheimen Legationsrat Griesbach mit der Verwaltung seiner Privatkasse, der Ordnung seiner Papiere und der Besorgung des durch die Audienzen veranlaßten Schriftverkehrs mit den Behörden beauftragt.²²⁹ Bis dahin hatte der Markgraf überhaupt keinen Sekretär in seinem Kabinett, er hatte seine Papiere alle selbst gesammelt und keinen Zettel weggeworfen. Bei der Art, wie Karl Friedrich die Audienzsachen behandelte, konnte der Kabinettssekretär keinen Einfluß auf die Entscheidungen nehmen. Da er jedoch dafür verantwortlich war, daß alle an den Fürsten kommenden Angelegenheiten erledigt wurden und

228. Vgl. hierzu Ludwig Winters Denkschrift über eine Reform der badischen Verwaltungsordnung vom Jahr 1817 mitgeteilt von W. Andreas als Beilage zu seinem gleichbenannten Aufsatz ZGORh. N. F. XXV, S. 495.

229. Dienerakten Griesbachs.

nichts im Kabinett liegen blieb, bekam seine Tätigkeit eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die glatte Abwicklung der Geschäfte. Man vermied es jedoch, das Vorhandensein eines Kabinettssekretärs nach außen hervortreten zu lassen; den Titel des Geheimen Kabinettssekretärs führte Griesbach nur kurze Zeit und erhielt dann den eines Fürstlichen Rats.

Sein Nachfolger wurde Friedrich August Wielandt.²³⁰ Zu Beginn des Jahres 1799 wurde ihm die Besorgung der Audienzgeschäfte und der damit verbundenen „kleinen oder Kabinettskorrespondenz“ übertragen. Im Januar 1802 schied Griesbach ganz aus, und Wielandt bezog sein Zimmer im Schloß. Die Handkasse und die Unterstützungskasse, der sogenannte „Epavenfond“, wurden dem Kammerrat Vierordt zur Verwaltung zugewiesen, der zugleich den Prinzen Friedrich und Ludwig als Sekretär diente.²³¹

Durch die Verbindung, die Wielandt als Geheimer Sekretär und Legationsrat mit den Geschäften des Geheimen Rats und des Ministers für die auswärtigen Angelegenheiten hatte, bekam jetzt die Stelle des Kabinettssekretärs eine größere Bedeutung. Seit dem Sommer 1799 übernahm Wielandt bei Abwesenheit des Markgrafen von der Residenz die Vermittlung des geschäftlichen Verkehrs zwischen dem Fürsten und seinen Behörden.

Bei der Organisation des Kurfürstentums war von dem Vorhandensein eines Geheimen Kabinetts nicht die Rede. Die Kabinetts- und Audienzgeschäfte hatten sich jedoch seit dem Erwerb der Entschädigungslande so vermehrt, daß jetzt neben Wielandt noch der Schreiber Wilhelm Franz Weiss als Kabinettskanzlist angestellt wurde. Einen eigenen Etat hatte das Kabinett noch nicht, Weiss wurde mit unter den Kanzlisten des Geheimen Rats aufgeführt und Wielandt wurde bei der neuen Personalorganisation mit mehreren anderen ehemaligen Hofräten neben seiner Beschäftigung im Kabinett zum Referendär beim Geheimen Ratskollegium ernannt. Dort bearbeitete er die Militär- und Hofsachen und blieb in Verbindung mit den aus-

230. Dienerakten Wielandts.

231. Über die Geschäfte des Geheimen Kabinetts vgl. auch Jugenderinnerungen Großherzog Friedrichs I. von Baden hrsg. von K. Obser, Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie, Phil.-hist. Klasse Jahrg. 1921.

wärtigen Geschäften. Eine Urkunde mit dem Titel eines Geheimen Kabinettsreferendärs erhielt er erst im September 1804, doch wurde diese Bezeichnung im Verkehr nie angewandt. Dies geschah nur, um den Grundsatz zu wahren, denn Wielandt war eine zuverlässige rechtlich gesinnte Natur von etwas zopfiger Demut, aber echter Anhänglichkeit an seinen alten Fürsten.

Es war aber nicht nur die neue egoistische Erwerbspolitik, die Edelsheim veranlaßte, zu den geheimsten politischen Geschäften nur noch zuverlässige Subalterne zu verwenden, auch richtet sich diese Maßnahme sicher nicht persönlich gegen Meier und Brauer, die immer noch zu geheimen auswärtigen Geschäften herangezogen wurden; sondern die Verhältnisse am badischen Hof zwangen den Minister, sich gegen die Einmischung von Mitgliedern der fürstlichen Familie zu schützen.

Mit dem Ausbruch der französischen Revolution hatten auch die Prinzen Friedrich und Ludwig ihre aus mütterlichem Erbe stammenden Besitzungen im Elsaß verloren. Prinz Ludwig war damals als preußischer General vom Sieg der Verbündeten überzeugt. Die Preisgabe des linken Rheinufers mit dem Rückzug der preußischen Armee aus Mainz am 21. Oktober 1794 war eine bittere Enttäuschung für ihn: „Im brennenden Gefühl dieser ewigen Schande“ nahm er seinen Abschied und kehrte an den Hof seines Vaters zurück.²³² Es war merkwürdig zu sehen, wie Prinz Ludwig nach dem völlig umgeschlagenen Kriegsglück im Sommer 1796, als Karl Friedrich die Unterzeichnung des Sonderfriedens in schweren Gewissenskonflikten hinauszögerte, auf einmal seine eigene Sache von der seines Vaters zu trennen suchte. Da „alte Rücksichten und eine erstaunliche Abneigung und Haß gegen die Franzosen“ seinen Vater allzulange von ernstgemeinten Unterhandlungen mit dem Direktorium zurückhalten möchten, bemühte er sich ohne Wissen des Markgrafen bei dem preußischen Generaladjutanten von Bischoffwerder um Wiederaufnahme ins preußische Heer und Verwendung des Königs bei der französischen Regierung, um die Schonung seiner Besitzungen zu erreichen. Allein Bischoffwerder konnte ihm keinerlei Hoffnungen machen.²³³ Zu Ende 1796 versuchten

232. P. C. II, S. 153 f.

233. Briefwechsel des Prinzen Ludwig mit Bischoffwerder HSTA, I. 6.

die Prinzen, Edelsheim und Reitzenstein zu Schritten in ihrer eigenen Entschädigungsangelegenheit zu veranlassen, mußten sich jedoch bescheiden lassen, daß der Zeitpunkt hierzu nicht günstig sei. Gegen das Ministerium ihres Vaters verärgert, entschlossen sich nun die Prinzen, „als simple Gutsbesitzer“ ihre Interessen zu vertreten, und bereiteten eine Reise ihres Privatsekretärs Vierordt in dieser Angelegenheit nach Paris vor.²³⁴ Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Prinzen zu diesem Zweck bereits im Winter 1796 von Triesdorf aus durch Vierordt mit dem bekannten Professor des Staatsrechts und Publizisten Johann Ludwig Klüber in Erlangen in Verbindung traten, der gerade ein wichtiges juristisches Werk über das öffentliche Recht der Reichsunmittelbaren hatte erscheinen lassen.²³⁵

Nach dem Frieden von Lunéville versuchte Edelsheim, die badische Entschädigungspolitik zunächst vor den Prinzen geheimzuhalten; besonders gegenüber dem Prinzen Ludwig war Vorsicht geboten, da er sich in der täglichen Umgebung des Markgrafen befand. Als Edelsheim im März 1801 dem Markgrafen von Paris aus wichtige Mitteilungen über den französischen Entschädigungsplan zu schicken hatte, bat er ihn dringend, sich die Note nur bei verschlossener Tür vom Geheimen Rat Meier vorlesen zu lassen, nachdem dieser es vorher insgeheim mit zweien seiner Kollegen durchgegangen habe.²³⁶

Da wurde in Verbindung mit dem Annäherungsversuch Frankreichs an Rußland im Jahre 1802 Prinz Ludwig plötzlich aktiv in die badische Politik eingeschaltet. Nach der Ermordung des Zaren Paul hatte eine Enkelin Karl Friedrichs als Gattin Alexanders den russischen Thron bestiegen. In Paris wurde am 3. Juni 1802 die französisch-russische Konvention über die Entschädigung der deutschen Fürsten unterzeichnet. Man befürchtete jedoch auf französischer Seite eine Ablehnung des Zaren.²³⁷ Am 7. Juni reiste Reitzenstein heimlich nach Ettlingen und trug dort im Schloß dem Markgrafen und Edelsheim

234. P. C. II. S. 554.

235. Johann Ludwig Klüber, *Isagoge in elementa juris publici, quae tunc nobiles immediati in Imperio Rom. Germ. Erlangen 1793.*

236. P. C. IV. Nr. 71, 72.

237. P. C. IV. Einleitung S. XXXIII.

den Auftrag des Ersten Konsuls vor: Bonaparte wünschte als Gegenleistung für den zu erwartenden Ländergewinn eine Einflußnahme der markgräflichen Familie auf die Politik des russischen Kaisers und forderte zu diesem Zweck die Entsendung eines ihrer Mitglieder nach Petersburg. Reitzenstein hielt den Prinzen Ludwig für die geeignete Persönlichkeit. Am 29. Juni wurde in einer geheimen Konferenz im Ettlinger Schloß die Instruktion für die Gesandtschaft des Prinzen nach einem Entwurf Reitzensteins abgefaßt. An dieser Sitzung nahmen außer dem Markgrafen und Edelsheim Prinz Ludwig und Reitzenstein teil, der Geheime Rat Meier führte das Protokoll.²³⁸

Edelsheim, der die Zuneigung der Erbprinzessin besaß, erhielt den peinlichen Auftrag, sie zu dem entscheidenden Brief an ihre Tochter, die russische Kaiserin, zu veranlassen, worin sie sie ermahnen sollte, endlich auf die Politik ihres Gemahls einzuwirken. Die Erbprinzessin Amalie war sehr unangenehm berührt von dieser französischen Zumutung und richtete ihren Unwillen gegen Reitzenstein und den Prinzen, der ihr schon einmal im Jahre 1796 in Triesdorf als Befürworter des Sonderfriedens mit Frankreich entgegengearbeitet hatte. In einem Brief an ihre älteste Tochter Amalie, die damals bei ihrer Schwester in Petersburg weilte, schrieb sie, man könne die Mission des Prinzen Ludwig nicht verhindern, da Reitzenstein sich auf das Verlangen des Ersten Konsuls berufe, der Markgraf möge dem Kaiser jemand von Bedeutung schicken. Genau wie vor fünf Jahren in Ansbach zeigte sie in ihrem Unmut so wenig Achtung vor dem badischen Staatsgeheimnis, daß das Ziel der Sendung des Prinzen bereits am vierten Tag nach der Ettlinger Sitzung am badischen Hofe bekannt war.²³⁹

Indessen arbeitete Reitzenstein weitere vertrauliche Denkschriften für den Prinzen aus, wobei ihm dessen Sekretär Vierordt als Kopist diente. Gleichzeitig befaßte er sich mit den Verwaltungsaufgaben, die der Erwerb der neuen Landesteile stellte.²⁴⁰ Er lieferte eine Denkschrift für den Geheimen Rat über die Verteilung der pfälzischen Schuldenlast, die zur Vorbe-

238. P. C. IV. Nr. 270.

239. P. C. VI. Nr. 193, IV. Nr. 197, 271.

240. P. C. IV. Nr. 202, 203.

reitung einer Gesandtschaft Edelheims nach München diene.²⁴¹ Die Hauptaufgabe des vergrößerten badischen Kurstaats war nach Reitzensteins Auffassung, durch ein peinlich geordnetes Finanzwesen und strengste Sparsamkeit den mit Schulden und Pensionen aus den neu erworbenen Ländern sehr belasteten Haushalt auszugleichen. Reitzenstein hat aus dieser Zeit eine Verstimmung gegen Edelsheim bewahrt wegen seiner wiederholten Klagen über die finanzielle Lage der Pfalz, die den Wert der Erwerbung in Zweifel zogen.²⁴²

Als sich im Oktober 1802 das Verhältnis Frankreichs zu Rußland durch die französische Einmischung in der Schweiz und infolge des Wechsels im Petersburger Außenministerium bereits wieder zu trüben begann, erneuerten der Erste Konsul und sein Außenminister Talleyrand den Versuch, die russische Politik mit Hilfe der badischen Familienverbindungen zu beeinflussen. Reitzenstein kam diesmal mit genau festgelegten Aufträgen Bonapartes und Talleyrands nach Karlsruhe, die der Beruhigung des Zaren und der Sammlung einer franzosenfreundlichen Partei um die Person der Kaiserin Elisabeth und den französischen Botschafter dienen sollten.²⁴³ Über der Formulierung der verschiedenen Forderungen, die er lediglich im Auftrag Talleyrands weitergab, kam Reitzenstein in neue Schwierigkeiten mit Edelsheim und den Geheimen Räten. Der Minister fühlte sich gleich seinen bürgerlichen Kollegen zurückgesetzt: „Herr von Reitzenstein ist noch hier, empfiehlt sich, tadelt uns ziemlich ohne Ausnahme“, schrieb er mit einigem Spott an den Geheimen Rat Meier.²⁴⁴ Diese Ausnahme war der Geheime Rat Herzog, der Verfasser jener anonymen Briefe, dessen politisches Urteil Reitzenstein ausdrücklich anerkannte.²⁴⁵ Gerade Herzog war aber bei Edelsheim wegen seiner oft geäußerten Abneigung gegen den Adel nicht gut angeschrieben.

Im Zusammenhang mit dieser neuen Forderung entstand bei Karl Friedrich, der seinen ältesten Sohn infolge eines Unglücks-

241. P. C. IV. Nr. 200, 311.

242. P. C. IV. Nr. 229.

243. P. C. IV. Nr. 233, 306.

244. P. C. IV. Nr. 420.

245. P. C. IV. Nr. 258.

falls verloren hatte, der Plan, als Gegenleistung den Ersten Konsul um Verwendung für eine erneute Bestätigung der Erbfähigkeit der Grafen von Hochberg, seiner Söhne aus zweiter Ehe, für die gesamten badischen Kurlande bei Kaiser und Reich zu ersuchen. Es ist unwahrscheinlich, daß ihm Reitzenstein hierzu die erste Anregung gab, schon weil dieser Wunsch Karl Friedrichs sich sehr schlecht mit der augenblicklichen Politik des Ersten Konsuls dem Zaren gegenüber verbinden ließ, in die er ja gerade durch die erneuten Aufträge Bonapartes Einblick gewonnen hatte. Denn wegen der Gegnerschaft der Erbprinzessin Amalie gegen die Anerkennung der Grafen von Hochberg als gleichberechtigte Glieder des fürstlichen Hauses konnte man sich nur Erfolg versprechen, wenn es gelang, Frankreich zu einem Schritt ohne Zuziehung Rußlands zu bewegen. Reitzenstein riet dem Markgrafen, den Prinzen Ludwig in dieser Angelegenheit persönlich zum Ersten Konsul zu entsenden.²⁴⁶ Kurz vor seiner Rückreise nach Paris Mitte November 1802 faßte Reitzenstein im unmittelbaren Auftrag des Markgrafen dessen Willensmeinung über die Frage der Erbfähigkeit der Grafen von Hochberg in die Form einer Denkschrift mit staatsrechtlichen Darlegungen, die der Gesandtschaft des Prinzen Ludwig als Grundlage dienen sollten.²⁴⁷ Die staatsrechtlichen Erörterungen und Vergleichenungen dieser Denkschrift sind weder im Stil Reitzensteins noch in dem des Geheimen Rats, sie lassen vielmehr ein Gutachten des Staatsrechtslehrers Klüber von der Universität Erlangen vermuten, mit dem die Prinzen Ludwig und Friedrich damals wegen ihrer eigenen Entschädigungsansprüche aufs neue in Verbindung standen. Dies bestärkt die Auffassung, daß es sich hier um eine erste Anstrengung der zweiten Gemahlin Karl Friedrichs, der Gräfin von Hochberg, handelte, die Interessen ihrer Familie mit Hilfe der politischen Beziehungen Badens zu Frankreich durchzusetzen.

Der Minister von Edelsheim wurde wegen seiner Verbindung zur Erbprinzessin bei der Vorbereitung dieser Sendung des

246. P. C. IV. Nr. 424.

247. P. C. IV. Nr. 334, 337.

Prinzen Ludwig weder beteiligt noch überhaupt in ihren Zweck eingeweiht. Prinz Ludwig richtete sich während seines Aufenthalts in Paris ganz nach der Anleitung Reitzensteins. Seine ungezwungene Verbindlichkeit, sein freies und soldatisches Auftreten gewannen ihm die Zuneigung Bonapartes und seiner Umgebung. Er brachte die Frage der Hochbergischen Erbfolge zur Sprache, mußte sich aber im Einvernehmen mit Reitzenstein damit begnügen, Bonaparte eine erste Anregung gegeben zu haben. Weiterzugehen empfahl sich jetzt nicht, da dem die französische Politik entgegenstand. Talleyrand ließ dem Prinzen durch Reitzenstein neue Wünsche zur Bearbeitung des russischen Kaiserpaares mitgeben. Karl Friedrich war mit dem vorläufigen Ergebnis der Reise seines Sohnes zufrieden und dankte Reitzenstein persönlich für den Anteil, den er daran hatte.²⁴⁸

Nach Beendigung der Sendung des Prinzen Ludwig bat Reitzenstein den Markgrafen um Entlassung von seinem Pariser Posten. Er litt noch an den Folgen einer heftigen Krankheit und wünschte einen längeren Aufenthalt in Südfrankreich und in der Schweiz zu nehmen. Der alte Markgraf erteilte seine Zustimmung nur mit großem Bedauern. In einem eigenhändigen Schreiben gab er der Hoffnung Ausdruck, daß der Augenblick, wo Reitzenstein Paris verlasse, nicht auch die Beziehungen lösen werde, die bisher zwischen ihnen bestanden, vielmehr hege er den Wunsch, sie eines Tages noch enger gestaltet zu sehen, wenn er sich entschließen könnte, ihm bei der Regierung eines Landes zu helfen, zu dessen Vergrößerung er so entscheidend beigetragen habe.²⁴⁹

Die Verwaltungsorganisation des neuen Kurstaats wurde ohne Mitwirkung Reitzensteins im Geheimen Rat nach den Vorschlägen Brauers ausgearbeitet.²⁵⁰ Doch ließ Reitzenstein keine Gelegenheit vergehen, den Kurfürsten und den Prinzen Ludwig an die Aufstellung eines strengen Finanzplans zu mahnen.²⁵¹

248. P. C. VI. Nr. 215, 221.

249. P. C. VI. Nr. 221.

250. Ausführlich dargestellt von W. Andreas, Badische Verwaltungsorganisation S. 38 ff., dazu Derselbe, Friedrich Brauer a. a. O.

251. Denkschrift vom 24. Juli 1802, P. C. IV. Nr. 202. Ebenso Reitzenstein an Karl Friedrich, 31. März 1803, HSTA. I, 1.

Es war aber Brauer vom Geheimen Rat aus nicht möglich, alle Gebiete der Verwaltung in seine Organisation einzubeziehen. Karl Friedrich nahm von vornherein das Militär davon aus.²⁵² Prinz Ludwig erwähnte im Dezember 1802 dem Ersten Konsul gegenüber, sein Vater werde ihm vielleicht die Aufstellung des badischen Militärs überlassen, und er gewann im Gespräch den Eindruck, daß er das Einverständnis Bonapartes hierzu besitze.²⁵³ Tatsächlich beschäftigte sich der Prinz schon seit seiner Rückkehr von Petersburg eingehend mit den Vorbereitungen zu der neuen badischen Militärverfassung.²⁵⁴ Er dachte dabei wenig an die Erfordernisse des badischen Staates, sondern in der für ihn bezeichnenden Verbindung von Temperament mit schlauer, oft hinterhältiger Berechnung suchte er ein Betätigungsfeld für seine lange unterdrückten militärischen Neigungen, das ihm zugleich einen überlegenen Einfluß gegenüber den Ministern und Räten seines Vaters gewähren sollte.

Denn die Prinzen Friedrich und Ludwig waren damals sehr erbost über den Geheimen Rat, der ihnen keine eigenen Souveränitätsrechte über die ihnen als Entschädigung zugefallenen Herrschaften Salmannsweiler und Petershausen am Bodensee zugestehen wollte. Brauers Ziel, den badischen Einheitsstaat zu schaffen, stieß hier auf die Sonderinteressen der Prinzen. Sie erhoben Anspruch auf die Hoheitsrechte als regierende Grafen, die sie im Elsaß besessen hatten, und bewiesen mit dieser völligen Verkennung der revolutionären Grundlagen des neuen Baden, wie wenig sie die Politik Reitzensteins verstanden hatten. Ihr dienstfertiger Berater in dem Streit mit dem Geheimen Ratskollegium war der Professor Klüber in Erlangen, der sich im Frühjahr 1803 vorübergehend am Karlsruher Hof aufhielt und ihnen danach eine Reihe von staatsrechtlichen Gutachten lieferte.²⁵⁵

Die Organisation des badischen Militärs wurde vom Prinzen Ludwig ganz in der Stimmung des Kampfes gegen die alten

252. W. Andreas, Bad. Verwaltungsorganisation, S. 57, 82.

253. P. C. IV. S. 292.

254. P. C. VI. Nr. 207, 210.

255. Nach dem Briefwechsel Klübers mit Vierordt, HSTA. VII. Nachlaß Klübers.

Räte seines Vaters durchgeführt. Er hatte einen Helfer in dem Hofrat Fischer, der in Zusammenarbeit mit dem Kabinettsreferendär Wielandt ohne Beteiligung des Geheimen Rats die Organisation der Kriegskommission entwarf. Dem Prinzen Ludwig wurde die Leitung dieser Kommission zusammen mit dem Kommando und der Gesamtleitung der Militärangelegenheiten übertragen. Bei der Aufstellung des Militärs richtete sich Prinz Ludwig, von preußischen und hessen-kasselschen Offizieren unterstützt, ganz nach dem Vorbild der preußischen Armee, deren letztes Reglement er sich zu diesem Zweck zu beschaffen suchte.²⁵⁶ Er ließ so jeglichen Zusammenhang mit der badischen Politik außer Acht, deren Abhängigkeit von Frankreich ihm bei seinen beiden diplomatischen Aufträgen sehr deutlich zum Bewußtsein gekommen sein mußte. Eben- sowenig war er geneigt, auf die schwache finanzielle Leistungs- fähigkeit des neuen Staats Rücksicht zu nehmen. Die Offiziere seiner Umgebung bestärkten ihn in der Verachtung der Büro- kratie.²⁵⁷ So wurde bereits am 17. August 1803 die entschei- dende Resolution über den Militäretat gefaßt mit einer für die noch ganz unübersichtlichen badischen Finanzen unverhältnis- mäßig großen Zahl und Stärke der Truppenteile.²⁵⁸

In den folgenden Monaten gingen der Kampf des Prinzen Ludwig um die Durchführung seines militärischen Werkes, und der persönliche Konflikt der Prinzen mit dem Geheimen Rat nebeneinander her. — Spätestens seit Juli 1803 faßten die Prinzen den Plan, ihren ständigen Berater Klüber in nähere Verbindung mit dem badischen Hof zu bringen.²⁵⁹ Die Lehr- stelle an der im Neuaufbau begriffenen Universität Heidelberg, die Karl Friedrich dem bekannten Publizisten zu Anfang Juli

256. Hauptmann v. Münchingen an Prinz Ludwig, 11. Okt. 1802, HSTA. I. 6. Über die weitere Entwicklung des badischen Militärwesens unterrichtet Karl Dörner, Die bad. Heeresverfassung von 1806 bis zur Konvention mit Preußen, Heid. Diss. 1937.

257. W. Andreas a. a. O. S. 83.

258. Reitzenstein an Ludwig, 16. Juli 1806, P. C. VI. S. 335.

259. Das Folgende nach dem Briefwechsel Klübers mit Vierordt, HSTA. VII. und den Dienerakten Klübers, für die Beziehungen Klübers zur Univer- sität Heidelberg vgl. Franz Schneider, Geschichte der Universität Heidelberg im ersten Jahrzehnt nach der Reorganisation durch Karl Fried- rich, Heidelberger Abhandlungen Heft 38, 1913.

anbot, war vom Prinzen Ludwig aus gesehen nur ein Vorwand. Vielsagend war die Wendung in dem von Wielandt während Karl Friedrichs Aufenthalt in Schwetzingen entworfenen kurfürstlichen Handschreiben, daß Klüber „daneben auch gewisse diplomatische Arbeiten zu übernehmen hätte, welche ihm etwa übertragen werden könnten“.²⁶⁰ Die Frage der Huldigung und der Form, in der die Lehensturkunden des Reichs für die Herrschaften der Prinzen, jetzigen Markgrafen, eingeholt werden sollten, steigerte die Spannung auf ihren Höhepunkt. Mitte November erreichte Markgraf Ludwig von seinem Vater, daß Klüber statt der Professur die Stellung eines Staatsdieners mit Titel und Rang eines Geheimen Referendärs angeboten wurde. Dies war auch der Titel, den Wielandt führte. Aus einem späteren Schreiben Klübers geht hervor, daß er damit rechnete, „in der unmittelbaren Nähe der Person des Fürsten zu wirken“ und auch von dort aus die neue Einrichtung der Universität Heidelberg zu leiten.²⁶¹ Vierordt beschwor Klüber, sobald als möglich zu kommen. Er fühlte sich seiner Aufgabe als Berater der Prinzen nicht mehr gewachsen und wünschte nur, daß Friede in der fürstlichen Familie bleibe, der bereits anfangs, stark gestört zu werden: „Ein Mann wie Sie muß zwischen das Kurhaus und die Herren Markgrafen treten, wenn diese Sache gut gehen soll.“²⁶² Die Stellung des Markgrafen Ludwig war damals noch nicht so gefestigt, daß er sich in den immer schwieriger werdenden Souveränitätsfragen einen unmittelbaren Vortrag bei seinem Vater zutraute.²⁶³ So sah die Vermittlung Klübers in den Augen des Markgrafen Ludwig wohl etwas anders aus, als es der biedere Vierordt auszudrücken vermochte.

Die Gegenwirkung des Geheimen Rats, mit dem Edelsheim in allen diesen Fragen solidarisch war, blieb denn auch nicht aus: am 9. Januar 1804 erließ der Kurfürst ein neues Handschreiben, Klüber solle sich unter Beibehaltung des zugesicherten Gehalts vorerst „in Heidelberg etablieren und neben den von dort aus für das Kurfürstliche Haus zu liefernden diplomati-

260. 7. Juli 1803.

261. Klüber an Karl Friedrich, 23. Febr. 1804, Dienerakten.

262. Vierordt an Klüber, 24. Nov. 1803, HSTA. VII.

263. Vierordt an Klüber, 21. Dez. 1803, HSTA. VII.

schen Arbeiten, Zusammenstellungen und Deductionen“ sich zum Nutzen der Universität „noch forthin dem akademischen Leben widmen“. Klüber beklagte sich über die Verminderung des höchsten Vertrauens, betonte, wie wichtig ihm eine Anstellung in Karlsruhe sei, und knüpfte an die Übernahme des Lehrstuhls in Heidelberg eine Reihe von Bedingungen. Sollte er nach Heidelberg gehen, so lehnte er jeden Geschäftszusammenhang mit dem Geheimen Ratskollegium ab. Karl Friedrich antwortete erst im April: er bot Klüber eine Stelle als Geheimer Referendär in Karlsruhe an. Seine Hauptaufgabe sollte jetzt der Unterricht des Kurprinzen in den Staatswissenschaften sein, wovon seit Januar nur nebenher die Rede gewesen war, um dem Ehrgeiz Klübers Genüge zu tun. Allein „soweit dieser Unterricht es gestattete“, sollte Klübers Tätigkeit in der Erledigung der ihm vom Geheimen Ratskollegium zukommenden Aufträge bestehen. Besondere diplomatische Arbeiten für das kurfürstliche Haus wurden jetzt mit Absicht nicht mehr erwähnt. Klüber hatte es daraufhin nicht sehr eilig, nach Karlsruhe zu kommen, er ließ noch den ganzen Sommer darüber verstreichen.

Es ist nicht festzustellen, wie weit die Gräfin von Hochberg schon bei der Berufung Klübers nach Karlsruhe beteiligt war. Klüber gehörte ja bald darauf zu ihrem vertrauten Kreis. Das Einverständnis des Markgrafen Ludwig mit der Gräfin war bereits 1802 bei seiner Gesandtschaft nach Paris zutagegetreten. Doch scheint es, als ob Klüber zunächst die Stelle eines Kabinettsreferendärs mit Hilfe des Markgrafen Ludwig gesucht und sich erst später enger an die Gräfin angeschlossen habe. Es hat ferner den Anschein als ob die Berufung Klübers, nachdem sie auf den ersten Anhieb nicht gelungen war, seit Februar oder März 1804 für den Markgrafen Ludwig nicht mehr die Bedeutung besaß; denn er war jetzt dabei, einen anderen Weg einzuschlagen, der ihm selbst noch unmittelbarer Einfluß auf die Regierung seines Vaters gewährte.

Der überspannte Militäretat veranlaßte den Markgrafen, selbst nach neuen Mitteln zu suchen, um die wachsenden Geldbedürfnisse zu befriedigen. Der Landvogt Baumgärtner hatte

sich ihm mit einer Reihe von Vorschlägen empfohlen.²⁶⁴ In der Absicht, den badischen Waldreichtum nutzbar zu machen, organisierte Baumgärtner eine dem Kurfürsten unmittelbar unterstehende Generalforstkommission, die Karl Friedrich genehmigte und seinem Sohn Ludwig zur Leitung übertrug. Dies war aber nur der erste Schritt. Nachdem sie nun das Vertrauen Karl Friedrichs besaßen, nahmen Baumgärtner und der Markgraf die Organisation eines vom Geheimen Rat losgelösten und dem Kabinett unmittelbar unterstellten Geheimen Finanzrats in Angriff.

Der Finanzminister von Gayling gehörte dem Geheimen Finanzrat nur ein Jahr lang an und sah sich dann durch die dauernden Anfeindungen und die eigenmächtige Finanzpolitik Baumgärtners gezwungen, die weitere Verantwortlichkeit für die Staatskassen abzulehnen und um seine Enthebung von den Finanzgeschäften zu bitten. Diese wurde von Karl Friedrich am 19. Juli 1805 ausgesprochen. Gayling nahm darauf nur noch an den Arbeiten des Geheimen Ratskollegiums teil.²⁶⁵ Mit seiner Ausschaltung aus dem Geheimen Finanzrat hatte Markgraf Ludwig die Leitung der badischen Finanzen in der Hand.

Der Wechsel in der Leitung der Finanzen war weniger zu bedauern, da Gayling nie ein Mann von Ideen gewesen war. Entscheidend war aber, daß jetzt die Finanzen nach dem Willen des Markgrafen Ludwig den ohne ersichtliche politische Notwendigkeit aufgestellten militärischen Bedürfnissen dienen mußten.²⁶⁶

Schon bei seinem Abschied von Karlsruhe im Jahr 1803 hatte Reitzenstein bei allem Lobe für die schonende Eingliederung der hinzuerworbenen Landesteile in den neuen Kurstaat „den Geist eines festen, in allen seinen Zweigen zusammenhängenden Administrationssystems“ vermißt.²⁶⁷ Nach den Erfahrungen der Jahre 1804 und 1805 könnte man sagen, daß

264. Vgl. W. Andreas a. a. O. S. 85 ff. dazu die Akten der Generalforstkommission und des Geheimen Finanzrats, Repositur der Staatsbeh. II. 2. Kanzleisache.

265. Dienerakten Gaylings.

266. Vgl. Reitzenstein an Ludwig, 27. Dez. 1805, P. C. VI. S. 267.

267. Reitzenstein an Markgraf Ludwig, 31. März 1803. HSTA. I.

Brauer als Geheimer Rat für die innere Verwaltung seine von historischem Verständnis und der Idee des Rechtsstaats durchdrungene Einrichtung zu treffen vermochte, daß aber der kollegiale Rat an der Spitze dieser Verwaltung keine Gewähr für eine einheitliche Linie in der Gesamtpolitik des Staates bieten konnte.

Seit dem Jahr 1804 wurde auch der Minister von Edelsheim immer mehr durch den Markgrafen Ludwig aus der Leitung der auswärtigen Geschäfte verdrängt. Im Mai 1804, zur selben Zeit, als der Markgraf davon abkam, der Berufung Klübers eine große Bedeutung beizumessen, ließ er im Einverständnis mit seinem Vater durch Vierordt und Groos insgeheim und ohne Wissen Edelsheims Nachforschungen über den Verbleib des Freiherrn von Reitzenstein anstellen. Mitte September kehrte Reitzenstein zurück und ließ sich in Heidelberg nieder. Edelsheim schrieb damals an den Freiherrn von Dalberg, den Nachfolger Reitzensteins auf dem badischen Gesandtenposten in Paris, er glaube nicht, daß Reitzenstein daran denke eine leitende Stellung im Kabinett einzunehmen. Er werde mit seinem Rat nur für die Gegenstände zur Verfügung stehen, über die man sein Urteil erbitte. Im übrigen werde er vorziehen, seine Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren.²⁶⁸ Im Januar 1805 teilte er dem badischen Gesandten in Wien, Otto von Gemmingen, mit: „Herr von Reitzenstein ist im Augenblick auch hier, er ist aber fest entschlossen, keinen anderen Platz einzunehmen als den des Ruhestands, den er sich in Heidelberg ausgewählt hat. Indessen wird man seine Gegenwart bei wichtigen Vorkommenheiten immer zu benutzen wissen. Es wäre zu wünschen, daß man ihn über die Hauptpunkte zu Rate zöge, wie zum Beispiel den Militäretat. Aber man kennt seine Ansicht hierüber zu gut, um nicht sorgfältig zu vermeiden, jemals mit ihm diese Angelegenheit zu berühren.“²⁶⁹ Diese Darstellung Edelsheims entspricht genau den Tatsachen. Reitzenstein stand dem Kurfürsten und dem Markgrafen Ludwig mit seinem Rat zur Seite, so oft er darum gefragt wurde. Er vermied es, von

268. P. C. V. Nr. 161.

269. P. C. V. Nr. 216.

sich aus die heikle Angelegenheit der Staatsfinanzen anzuschneiden.

Im Herbst 1804 vor der Zusammenkunft der deutschen Fürsten mit dem Ersten Konsul in Mainz setzte Reitzenstein für Karl Friedrich eine neue Denkschrift über die Hochbergsche Erbfolgefrage auf. Die nächste Gelegenheit, diese Sache weiter zu fördern, bot sich beim Fest der Kaiserkrönung Napoleons in Paris. Markgraf Ludwig und Kurprinz Karl wurden als Vertreter Badens entsendet. Reitzenstein bereitete mit dem Markgrafen Ludwig und dem Kurfürsten die Gegenstände vor, die Ludwig im geheimen Auftrag zur Sprache bringen sollte. Obenan stand die Hochbergsche Erbfolge, die völlige Geheimhaltung vor Edelsheim erforderte. Dann kam die Klage gegen Österreich wegen des über Salmannsweiler und Petershausen verhängten Sequesters, mit deren Behandlung durch den Geheimen Rat und den badischen Gesandten in Wien die Markgrafen Ludwig und Friedrich nicht zufrieden waren. Schließlich war Reitzenstein selber grundsätzlich dagegen, die Verhandlungen in Paris wegen der Pfälzer Schulden dem badischen Gesandten von Dalberg zu überlassen, „da er nicht einmal gewiß versichert sei, ob derselbe nicht etwa persönlich (als Neffe des Kurerzkanzlers) an einem für Baden ungünstigen Ausgang der Prozesse interessiert sein dürfte.“²⁷⁰

Die erste Audienz des Markgrafen Ludwig bei Napoleon nahm einen sehr günstigen Verlauf, da dieser selbst die badische Erbfolgefrage anschnitt. Doch kam Markgraf Ludwig in große Verlegenheit, als ihn Napoleon, um die Mitwisserschaft Talleyrands zu vermeiden, aufforderte, ihm persönlich eine Denkschrift zu überreichen, aus der hervorgehe, wo die Forderung nach den Rechten des Reichs anzubringen sei. Markgraf Ludwig sah sich dadurch gezwungen, sich an Dalberg zu wenden, und ihn so in das Geheimnis seiner Sendung einzuweihen. Dalberg kümmerte sich nicht um das Verbot des Markgrafen Ludwig, sondern setzte Edelsheim sofort davon in Kenntnis, daß dieser über die Erbfähigkeit der Grafen von Hochberg verhandle.²⁷¹ Die

270. P. C. VI. Nr. 244, 245, 247.

271. P. C. V. Nr. 170, 172, VI. Nr. 253.

Markgräfin Amalie erfuhr von der Überreichung der Denkschrift vermutlich durch Frau von Edelsheim, die eine ihrer Hofdamen war, und schrieb darüber an die Kaiserin Elisabeth von Rußland.²⁷²

Im Laufe des Jahres 1805 fiel der badische Hof gänzlich in Parteien auseinander. Der aufs Neue zu erwartende Zusammenstoß zwischen Frankreich und Rußland fand hier sein Widerspiel im Kleinen. Napoleon wollte das badische und das bayerische Fürstenhaus durch Familienverbindungen noch enger an sich ketten. Am 21. Dezember 1804 ließ der Kaiser den Markgrafen Ludwig, der noch in Paris weilte, ganz unerwartet zu sich rufen und gab ihm den geheimen Auftrag für seinen Vater, dieser möge als Familienoberhaupt die im vergangenen Herbst geschlossene Verlobung seines Enkels Karl mit der Prinzessin Auguste von Bayern rückgängig machen; denn er hatte seine eigenen Pläne mit ihnen.²⁷³ Diese Verlobung war ein Werk der Markgräfin Amalie und ihrer Tochter Karoline, der zweiten Gemahlin des Kurfürsten Max Joseph von Bayern. Die Zumutung Napoleons war doppelt peinlich, da Karl Friedrich nur gegen die Einwilligung des Kurprinzen Karl in die Schenkung einiger pfälzischer Besitzungen an die Grafen von Hochberg seine Zustimmung gegeben hatte.²⁷⁴

Gleich nach der Rückkehr des Markgrafen Ludwig Anfang Januar 1805 wurde Reitzenstein von Karl Friedrich persönlich zu einer geheimen Beratung mit ihm und dem Markgrafen Ludwig nach Karlsruhe eingeladen. Das Ergebnis mehrerer Besprechungen, zu denen auch der Kurprinz zugezogen wurde, waren drei von Reitzenstein aufgesetzte Schreiben: zwei im Namen des Prinzen Ludwig an Napoleon und Talleyrand, in denen er ihnen nahelegte, nur der Kaiser der Franzosen könne in dieser Sache die Initiative ergreifen, und ein Schreiben des Kurfürsten, das die bayerische Heirat seines Enkels als wünschenswert bezeichnete.²⁷⁵ Napoleon antwortete nicht darauf. Er wollte es vermeiden, die Angelegenheit durch ein Machtwort durchzusetzen, so-

272. Am 16. Jan. 1805. P. C. VI. Nr. 268.

273. P. C. VI. Nr. 258.

274. P. C. VI. Nr. 324, 243.

275. P. C. V. S. 271 f.

lange andere Wege offenstanden.²⁷⁶ In Karlsruhe nahm man jedoch wie der Politik der großen Höfe gegenüber so auch in dieser Sache eine abwartende Haltung ein. Auf Karl Friedrichs Wunsch wurde Edelsheim eingeweiht, dem er von jetzt ab wieder größeren Anteil an der Leitung der Politik zugestand. Die Markgräfin Amalie beklagte sich über die ausweichenden Antworten, die ihr zuteil wurden, und über das passive Verhalten ihres Sohnes. Als sie erfuhr, daß der Kurfürst nach abermaligem Drängen Talleyrands auf den Rat Reitzensteins Bayern die Verantwortung des ersten Schritts überlassen wollte, reiste sie nach München und setzte es durch, daß der Kurprinz sie begleitete.²⁷⁷

Während seines Aufenthalts in Mannheim nach der Rückkehr von seinem Urlaub in Italien verstand es Dalberg, sich das Vertrauen Karl Friedrichs in dieser Familienangelegenheit zu erwerben, und gab eine Anregung zu einem gemeinsamen Schritt der Kurhöfe in Paris.²⁷⁸ Da kam jedoch der französische Kammerherr Thiard dazwischen, der im geheimen Auftrag Talleyrands mit der Gräfin von Hochberg und dem Markgrafen Ludwig Verbindung aufnehmen sollte, um sie durch persönliche Versprechungen dahin zu bringen, für die Pläne des Kaisers zu arbeiten.²⁷⁹ Die Hochbergsche Erbfolgefrage und die Schulden der Gräfin wurden jetzt zu Mitteln in dem politischen System Talleyrands. Es gelang dem französischen Abgesandten, der zunächst den Zweck seiner Mission verschleierte, den Markgrafen Ludwig gegen den Kurfürsten von Bayern einzunehmen. Markgraf Ludwig zeigte die größte Ergebenheit gegen Napoleon, doch äußerte er gleichzeitig Furcht vor der Markgräfin Amalie und dem bayerischen Hof.²⁸⁰ Deshalb schlug er Thiard vor, sich mit Dalberg in Verbindung zu setzen, der über die ganze Sache unterrichtet sei. Was die Gräfin von Hochberg betraf, so wünsche Markgraf Ludwig, daß Thiard sie nicht ins Vertrauen ziehe, man habe sie bisher nicht in die Pläne des Kai-

276. P. C. VI. S. 237.

277. P. C. VI. Nr. 324.

278. P. C. VI. Nr. 276, V. S. 265 f.

279. Für das Folgende P. C. V. S. 259 ff.

280. P. C. V. Nr. 299.

sers Napoleon eingeweiht. Das wirksamste Mittel, um den Verzicht auf die bayerische Heirat von seinem Vater zu erlangen, sei, ihm persönlich die Unterstützung des französischen Kaisers für die Anerkennung seiner Kinder zweiter Ehe zu versprechen.²⁸¹

So spielte der Markgraf Ludwig ein doppeltes Spiel. Einmal schob er Dalberg vor, der es als seine Aufgabe betrachtete, die französische Zumutung von Karl Friedrich abzuwenden, und zugleich ermutigte er Thiard, unter Umgehung Dalbergs unter vier Augen mit Karl Friedrich zu sprechen. Dalberg befand sich jedoch dauernd in der Umgebung Karl Friedrichs und war regelmäßig bei ihm zur Tafel geladen. Der französische Beauftragte wollte bemerken, daß der alte Herr bei seinen Antworten stets darauf achtete, was Dalberg für ein Gesicht dazu mache. Markgraf Ludwig schob Thiard gegenüber die ganze Verantwortung für die Weigerung Karl Friedrichs auf den Einfluß Dalbergs. Endlich fand Thiard eine Gelegenheit, vor der Mahlzeit mit dem Kurfürsten allein zu reden, und da glaubte er denn, nicht mit Versprechungen sparen zu müssen. Nach dem Essen, bei dem Dalberg und der Markgraf Ludwig zugegen waren, verfaßte Thiard eine kleine Note, die unter Berücksichtigung verschiedener Wünsche des Kurfürsten eine bedingte Rückgabe des Heiratsversprechens enthielt. Markgraf Ludwig veranlaßte Dalberg, diese Note mit zu unterzeichnen.²⁸² Dieser fühlte, daß er einer Intrige zum Opfer gefallen war, die ihn aus der eben erst gewonnenen Vertrauensstellung bei Karl Friedrich entfernte.²⁸³ Thiard fuhr jetzt nach München weiter.

Zu Anfang September kehrte er nach Karlsruhe zurück mit einer Vollmacht zum Abschluß eines Allianzvertrags zwischen Frankreich und Baden. Talleyrand wies ihn an, das Heiratsprojekt des Kaisers, der dem Prinzen Karl die Hand von Stephanie Beauharnais zugedacht hatte, vorerst zurückzustellen, „um ja ein Kabinett nicht zu erschrecken, das sehr selten noch zwei große Geschäfte auf einmal zu behandeln gehabt habe“.²⁸⁴

281. P. C. V. S. 267.

282. P. C. V. S. 272 f.

283. P. C. V. Nr. 370.

284. P. C. V. Nr. 678.

Markgraf Ludwig wollte allein die Verantwortung nicht übernehmen. Die Entscheidung für den Abschluß eines Defensivbündnisses mit Frankreich fiel in einer Konferenz, an der neben dem Kurfürsten der Kurprinz Karl, Edelsheim und Reitzenstein teilnahmen.²⁸⁵ Karl Friedrich hatte Dalberg mehrmals zur Teilnahme an den Beratungen aufgefordert. Doch dieser benutzte einen Vorwand, um in Mannheim zu bleiben. Der Abschluß und Inhalt des Defensivvertrags, über den strengstes Geheimnis bewahrt wurde, gelangte denn auch nicht zur Kenntnis Dalbergs.²⁸⁶

Die Stellungnahme Reitzensteins auf jener Konferenz in Baden-Baden, wo er die Allianz mit Frankreich glatt ablehnte und dem Kurfürsten riet, sich dem Schutze Preußens und Rußlands zu empfehlen,²⁸⁷ zeigt, daß er in seiner Zurückgezogenheit in Heidelberg eine unmittelbare Verbindung mit den laufenden politischen Verhandlungen nicht besaß.²⁸⁸ Für den Weg, der mit dem Abschluß des Defensivbündnisses eingeschlagen wurde, fühlte er sich nicht verantwortlich, er mahnte jedoch immer wieder, die einmal angenommene Politik eindeutig und entschlossen durchzuführen.²⁸⁹ Dazu war jedoch weder Edelsheim fähig, dessen Hoffnungen, von seinen reichsständischen Bindungen bestimmt, der österreichischen Seite gehörten, noch Markgraf Ludwig, der sich bei aller Verschlagenheit im Kleinen zu politischem Denken nicht erheben konnte.

Von den Gliedern der fürstlichen Familie machte jedes

285. P. C. V. S. 282, 305 ff., dazu Anneliese Waller, Baden und Frankreich in der Rheinbundzeit 1805—1813. Freiburger Diss. 1935, S. 26 ff.

286. P. C. V. S. 305 f. Der Inhalt des Defensivbündnisses mit Frankreich bleibt auch dem Geheimen Ratskollegium unbekannt, P. C. V. Nr. 352, 353, 430, 431.

287. A. Waller a. a. O. S. 26.

288. Dies warf ihm auch Brauer vor bei einer Debatte im Geheimen Rat über die Besitznahme ritterschaftlicher Gebiete: „Solange Herr von Reitzenstein nicht in den Geheimen Rat gezogen wird und seine flüchtig hingeworfenen Gedanken gründlich verteidigt, bleibt nur so viel zu sagen, als Rat kann ich nicht zustimmen, als Diener werde ich expedieren helfen.“ P. C. V. S. 441 f. Die Ansicht, daß sich die intimen Ratgeber des Fürsten vor dem Geheimen Rat verteidigen müssen, ist bezeichnend und erinnert an die Kämpfe Wilhelm von Edelsheims.

289. P. C. V. Nr. 275.

Politik auf eigene Faust. Die Markgräfin Amalie zeigte offen ihre Abneigung gegen Frankreich und verbot dem Kurprinzen, an der Seite Napoleons ins Feld zu ziehen. Reitzenstein wagte, ihr hierüber Vorwürfe zu machen unter Hinweis auf die ungünstigen politischen Folgen, und zog sich dabei ihre Ungnade zu.²⁹⁰

Thiard beschäftigte sich in den Monaten September und Oktober 1805 damit, Baden zur Erfüllung seiner eben eingegangenen Verpflichtungen zu veranlassen, die nicht so rasch erfolgte, wie Napoleon es wünschte. Er setzte den Markgrafen Ludwig unter Druck, brachte den Kaiser gegen Edelsheim auf, dem er die Schuld an allen Verzögerungen beimaß, hetzte öffentlich gegen Dalberg und äußerte die Absicht, ihn auf dem Pariser Posten durch den Kammerherrn von Haynau zu ersetzen, einen unehelichen Sohn des Kurfürsten von Hessen-Kassel und üblen Intriganten, der sich in die Umgebung der Gräfin von Hochberg eingeschlichen hatte.²⁹¹ Dieser Plan zeigt die beginnende Betriebsamkeit des Kreises um die Gräfin. Klüber, der noch im Mai 1805 um seine Entlassung gebeten hatte, da er sich auf die Seite gesetzt sah,²⁹² gewann jetzt mit Hilfe der Gräfin großen Einfluß auf Karl Friedrich, sodaß der bayerische Gesandte von Reibeld gegen Ende des Jahres an seinen Hof berichtete, Edelsheim sei nur noch dem Namen nach Minister des Auswärtigen, tatsächlich seien es Markgraf Ludwig und Klüber. Alle Dinge von Wichtigkeit würden im Kabinett des Kurfürsten behandelt, der Minister erfahre nur die Ergebnisse davon. Reibeld vermißte die einheitliche Linie in der badischen Politik, man handle nur für den Augenblick und auf den Anstoß von Frankreich.²⁹³

Die Umtriebe der verschiedenen Parteien beschäftigten den badischen Hof dermaßen, daß man darüber die diplomatischen Vorbereitungen für den künftigen Friedensschluß versäumte. Erst Mitte November, nach der Übergabe von Ulm an die Franzosen, begann sich Edelsheim zu rühren. Mit seinem Einver-

290. P. C. V. S. 367, VI. S. 266.

291. P. C. V. Nr. 332, 363, 365, 454, 530.

292. Nach den Dienerakten.

293. Bericht v. Reibelds, 12. Dez. 1805. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Abt. Geh. Staatsarchiv, Polit. Archiv, M. A. III. Baden 1.

ständnis ließ Karl Friedrich dem Geheimen Rat von Reitzenstein eine Mission ins französische Hauptquartier zu dem in Vorbereitung begriffenen Friedenskongreß antragen.²⁹⁴ Reitzenstein nahm den Auftrag erst nach wiederholtem Drängen an. Edelsheim selbst traute es nur Reitzenstein zu, bei seiner Erfahrung in Verhandlungen mit den Franzosen den von Bayern und Württemberg bereits gewonnenen Vorsprung wieder aufzuholen. Die Beziehungen Dalbergs zu Talleyrand galten in Karlsruhe im Augenblick nichts, wo er von Thiard als Gegner Frankreichs behandelt wurde. Reitzensteins Ablehnung des französischen Allianzvertrags hingegen war nicht bekannt geworden. Markgraf Ludwig bezeichnete Reitzenstein Thiard gegenüber als den Mann seines Vertrauens.²⁹⁵ Gegen Dalberg sprach auch, wie bereits im Herbst 1804 bei den Verhandlungen über das pfälzische Schuldenwesen, seine Verwandtschaft mit dem Kurerkanzler, dem Reitzenstein nachher tatsächlich Aschaffenburg und Frankfurt zu entreißen versuchte, und seine Gegnerschaft gegen die Hochbergsche Erbberechtigung, für die jetzt aufs neue ein Vorstoß unternommen werden sollte.²⁹⁶

Sobald Reitzenstein die Mission angenommen hatte, machte er dem Kurfürsten in einem geheimen Bericht deutlich, daß nur mit außerordentlichen Mitteln gearbeitet werden könne, um die Versäumnisse noch, so gut es ginge, wettzumachen.²⁹⁷ Eine Million Gulden müßte geopfert werden, um bestimmte französische Persönlichkeiten für die von Baden ausgearbeiteten Gesamtentschädigungspläne zu gewinnen. Reitzenstein empfahl Groos und Vierordt als Vertrauensmänner, für die er einstehen könne. Markgraf Ludwig stellte als Chef des Geheimen Finanzrats auf Grund besonderer Vollmacht durch den Kurfürsten bestimmte Zahlungsverpflichtungen zur Verfügung Reitzensteins.²⁹⁸ Von dem Augenblick an fand sich Edelsheim von der Mitwirkung bei dieser Mission ausgeschlossen. Was den politischen

294. P. C. V. Nr. 386, VI. Nr. 289.

295. P. C. V. Nr. 680.

296. P. C. V. Nr. 680, 160, VI. Nr. 247. Reitzensteins Plan, Aschaffenburg und Frankfurt für Baden zu erwerben. P. C. V. Nr. 427, VI. Nr. 309.

297. P. C. V. Nr. 387.

298. P. C. VI. Nr. 290, 297.

Auftrag Reitzensteins anging, so war seine Mission unmittelbar an die Person des Kaisers gerichtet. Der Titel des Wirklichen Geheimen Rats, den er bisher führte, schien nicht geeignet, weil er damit schon im Rang hinter den übrigen Gesandten und Ministern deutscher Fürsten hätte zurückstehen müssen. Man entschied sich für die Bezeichnung „Kabinettsminister“ (*ministre du cabinet*) im Sinne eines vom Kabinetts mit besonderer Vollmacht ausgestatteten Gesandten. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß Reitzenstein mit der Übertragung dieses Titels zum Leiter des kurfürstlichen Kabinetts ernannt worden wäre.²⁹⁹ Vielmehr erhielt er verschiedentlich Instruktionen für die Behandlung der Hochbergischen Erbfolge aus dem Kabinetts, die von Klüber aufgesetzt waren.³⁰⁰

Als der Kaiser jedoch unerwartet rasch selber in Karlsruhe erschien, rückten die Aussichten der Hochbergischen Pläne in weite Ferne.³⁰¹ Edelsheim, zuvor in Ungnade beim Kaiser, schien jetzt wieder um einige Grade aufgerückt. Der stolzen Markgräfin gegenüber bot der Kaiser alle Liebenswürdigkeit auf, die ihm zu Gebote stand, um sie für sich zu gewinnen. Bei einem blieb er bestehen, das war sein Heiratsplan für den Kurprinzen. Durch die Adoption der jungen Stephanie Beauharnais erreichte er endlich die Zustimmung der Markgräfin.

Die neue Gesandtschaft hatte Reitzenstein in die Mängel der Staatsführung erschreckenden Einblick gegeben. Nach seiner Rückkehr drängte er entschieden auf eine Reform der Finanzverwaltung. Damit stieß er jedoch beim Markgrafen Ludwig und besonders bei Baumgärtner an. Reitzenstein kümmerte sich jedoch nicht um die Hofparteien, sein Handeln war allein durch das politische Interesse des Staates bestimmt, dem er diente. Er bereitete sich ohne Mitwirkung Edelsheims auf die

299. Die Vollmacht für Reitzenstein, vom 2. Dez. 1805, bei seinen Dienerakten. Dazu Reitzenstein an Drais im Jahre 1829 HSTA. III Korresp. Drais. „Meine Mission im Jahr 1806 war nur eine außerordentliche“. Reitzenstein an die Gräfin v. Hochberg. 6. Mai 1806 P. C. V. S. 635: „Je ne suis pas en activité de service“.

300. P. C. V.

301. Die folgende Darstellung beruht auf den in P. C. V. und VI. veröffentlichten Akten; dazu W. Andreas, Badische Verwaltungsorganisation S. 121 ff.

bevorstehenden Verhandlungen in Paris vor, um die ungünstigen Ergebnisse des Preßburger Friedens für Baden wieder wettzumachen. Dabei setzte er alle Hoffnungen auf den Kurprinzen Karl³⁰² als zukünftigen Schwiegersohn Napoleons und ermahnte ihn eindringlich, für die Interessen Badens einzutreten. Allein eine träge Natur hinderte den Kurprinzen, bei den Vermählungsfeierlichkeiten in Paris die Gelegenheit des täglichen Umgangs mit dem Kaiser zu benutzen.

Während Reitzenstein bei den Rheinbundverhandlungen in Paris die badischen Interessen verfocht, rührte sich in der Umgebung Karl Friedrichs die Intrige gegen ihn. Die Hochberg'sche Partei fühlte sich in ihren Hoffnungen betrogen und maß die Schuld Reitzenstein bei, den sie als einen Abgefallenen betrachtete. Eine Bestätigung schien ihnen der Brief, den Reitzenstein am 4. Mai 1806 im unmittelbaren Auftrag Napoleons an die Gräfin schrieb und in dem er ihr die heftigen Vorwürfe des Kaisers gegen sie und den Markgrafen Ludwig wegen der schlimmen badischen Finanzwirtschaft mitteilte.³⁰³ Der Markgraf Ludwig geriet durch die Anklagen des Kaisers in einen großen Schrecken und trat sofort von der Leitung der Finanzen zurück. Er beschwor seinen Neffen Karl und Reitzenstein, den Kaiser umzustimmen.

Der Kreis um die Gräfin von Hochberg setzte die Hetze gegen Reitzenstein fort. Die Frage der Annahme des Königstitels gleich Württemberg und Bayern bedeutete eine willkommene Gelegenheit dazu.³⁰⁴ Reitzenstein war der Ansicht, daß man bei dem kleinen Umfang und den geringen Machtmitteln des badischen Staats einen solchen Schritt bald zu bereuen haben werde. Der Geheime Referendär Klüber, der im Sommer 1806 zusammen mit seinem Freund, dem Leibarzt Dr. Schrickel, zur täglichen Umgebung des Kurfürsten und der Gräfin in Baden-Baden gehörte, benützte diese Gelegenheit, um Reitzenstein zu überbieten. Mit großer Mühe gelang es Reitzenstein noch im letzten Augenblick, diese politische Unklugheit abzuwenden.

302. Für seine Persönlichkeit vgl. W. Andreas, a. a. O. S. 34.

303. W. Andreas, a. a. O. S. 101 ff.

304. Korresp. Karl Friedrichs mit Edelsheim Bd. 7 HSTA. I. 1, dazu Reitzenstein an Drais aus dem Jahr 1829, HSTA. III. Korresp. Drais.

Nach dem Rücktritt des Markgrafen Ludwig von der Leitung der Finanzen berief Karl Friedrich auf den Rat Reitzensteins den früheren ansbachischen Minister und jetzigen badischen Reichstagsgesandten von Seckendorff nach Karlsruhe.³⁰⁵ Er sollte eine genaue Untersuchung der badischen Finanzverwaltung liefern, die einen Vergleich des Zustands der Kassen vor und nach Einrichtung des Geheimen Finanzrats und der Geheimen Forstkommission ermöglichte. Seckendorff machte sich mit großer Vorsicht an diese heikle Aufgabe. Ende Mai bot ihm der Kurfürst die Finanzministerstelle an. Seckendorff wollte sie aber nur annehmen, wenn er die Organisation seines Ministeriums und seine Zusammensetzung selbst bestimmen konnte. Mit den Grundsätzen, die er über die Schuldentilgung aufzustellen wagte, stieß er gegen die Interessen der Gräfin. Klüber lieferte auf Befehl Karl Friedrichs ein Gutachten, in dem er Seckendorffs Pläne verwarf und den Kurfürsten davon abzubringen suchte, einem einzigen Manne die Reform zu überlassen. Seckendorff spürte die Gegenwirkung aus dem Kabinett und verzichtete Ende Juli auf die Ministerstelle. Von Reitzenstein ermahnt, suchte ihn der Kurprinz zu halten. Vier Wochen später nahm Karl Friedrich den Verzicht Seckendorffs an, der Erlaß im Namen des Kurfürsten war von Klüber entworfen. Mit dem Scheitern der Berufung Seckendorffs war auch Reitzenstein getroffen, der als Minister des Innern mit Seckendorff zusammen einen Neuaufbau der badischen Verwaltung nach dem bürokratischen Prinzip durchführen wollte. Auch der Geheime Rat Herzog, der Reitzenstein nahestand, wurde durch seine Ernennung zum badischen Gesandten am Rheinischen Bundestag in Frankfurt aus dem Geheimen Finanzrat und dem Geheimen Rat entfernt. Hierbei war Baumgärtner im Spiel.

Karl Friedrich, der durch die Erlebnisse dieses Jahres seelisch und gesundheitlich sehr gelitten hatte, befand sich nach dem Zeugnis Reitzensteins den Machenschaften seiner Umgebung gegenüber nichts weniger als in Selbsttäuschung. Wenn auch nicht immer im ersten Augenblick, so sah er doch das

305. Dienerakten Seckendorffs dazu W. Andreas a. a. O. S. 108 ff.

Schlechte vollkommen ein und beseufzte es. Mit Wehmut erinnerte sich Reitzenstein später an eine Szene aus dem Herbst dieses Jahres, wie der greise Fürst in einer vertrauten Stunde, zwischen dem Oberhofmeister von Geusau und ihm sitzend, bitterlich darüber weinte.³⁰⁶

Trotzdem mußte Reitzenstein seinen zahlreichen Gegnern weichen. Statt seiner wurde Brauer, dem Vertreter des überlieferten kollegialen Prinzips, die Organisation des Großherzogtums aufgetragen. — Die Untersuchung des badischen Finanzwesens, die seit Seckendorffs Abreise liegen geblieben war, übertrug Karl Friedrich im November 1806 dem ehemaligen ansbachischen Geheimen Rat und alten Freund seines Hauses, Karl Friedrich Reinhard von Gemmingen.³⁰⁷ Aus Freundschaft für den alten Großherzog übernahm Gemmingen auch den Vortrag der Gegenstände, die zu seiner höchsten Entscheidung im Kabinett eingereicht wurden. Karl Friedrich mochte sich dabei an die vertraute Zusammenarbeit mit Wilhelm von Edelsheim erinnern. Gemmingen erhielt keine förmliche Anstellungsurkunde, tatsächlich nahm er den Platz eines Kabinettsministers ein. Doch er war selbst schon ein Mann von siebenzig Jahren und konnte den Karlsruher Umtrieben nicht mehr Einhalt gebieten.

Durch die vermittelnde Stellung Gemmingens schien die Organisation des Großherzogtums nach den alten badischen Grundsätzen möglich. Karl Friedrich verfügte durch Kabinetts-erlaß am 3. Februar 1807, die Beibehaltung „der bisherigen kollegialischen Verfassung des Staatsministerii als des Zentralpunktes, auf den der Landesregent vorzüglich wirkt.“³⁰⁸ Zwar wurde jetzt die 1803 schon vorgesehene Einteilung in Departements durchgeführt. Die Minister und Departementschefs traten jedoch kaum aus dem kollegialen Rahmen heraus, über allen stand als höchste und wichtigste Instanz das Plenum. Nur dem Minister des Auswärtigen wurde laut Kabinetts-erlaß vom 7. April 1807 „die Austeilung und Mitteilung der wichtigsten Staatsangelegenheiten unter Zuziehung des supplierenden Rats“

306. Reitzenstein an Drais HSTA. III.

307. Nach seinen Dienerakten; W. Andreas, a. a. O. S. 124 ff.

308. Rep. d. Stbeh. II, 2, Kanzleisache 1, dazu W. Andreas S. 154 f.

nach eigenem Dafürhalten überlassen; in Fällen, die sich zu bloßer Kenntnis des Großherzogs eigneten, hatte er das Recht zum Immediatvortrag.³⁰⁹

Diese Organisation, die sich ganz an die Regierungsweise der alten Markgrafschaft anschließt, beruhte jedoch auf der Voraussetzung einer regelmäßigen Teilnahme des Großherzogs an den Sitzungen des Plenums. Im Falle der Abwesenheit mußte seine Entschliebung eingeholt werden. Tatsächlich wohnte Karl Friedrich jetzt nur noch selten den Sitzungen des Geheimen Ratskollegiums bei. Die ganze Vermittlung des Verkehrs mit den Behörden geschah durch Gemmingen und Wielandt. Die Instruktion für das Geheime Ratskollegium vom 20. März 1807 enthielt einen wichtigen Vorbehalt: durch die Angabe der zum vollen Rat gehörigen Gegenstände wurde „die Freiheit des Regenten nicht beschränkt, sich auch mehr oder weniger von den bloßen Departementsgegenständen entweder in dem Geheimen Rat oder außer demselben durch den Minister oder einen der Räte oder Referendarien der Abteilung vortragen zu lassen, der solchenfalls alsdann des Regenten Entschliebung unter des Regenten Unterschrift oder unter jener des referierenden Rats attestiert demjenigen Departement übergibt, das sie auszufertigen hat.“³¹⁰ Da Karl Friedrich nicht mehr die frühere Strenge und Vorsicht in der Auswahl dieser Räte walten ließ, war den Kabinettsinflüssen Tür und Tor geöffnet. Diese Anordnung verkündete nichts Neues, sie erklärt vielmehr, wie es möglich war, daß der Geheime Referendär Klüber seit einem Jahr einen solchen Einfluß auf die badische Regierung ausüben konnte, ohne daß der Geheime Rat als kontrollierende Instanz eingriff.

Reitzenstein verfolgte diese Entwicklung von ferne, denn er hatte sich im Winter nach Heidelberg zurückgezogen und arbeitete mit Unterstützung des Geheimen Kabinettsreferendärs Wielandt am Wiederaufbau der Universität. Er beschwor Wielandt, gegen alle Anfeindungen aus der Umgebung der Gräfin auf seinem Posten auszuharren, wo er so manches Nachteilige

309. Rep. d. Stbeh. II, 2. Kanzleisache 1.

310. Rep. d. Stbeh. III. 1. Kanzleisache 3. Konvolut 5.

noch unschädlich machen könne und wo gerade ein Mann von Redlichkeit und patriotischem Mut am unentbehrlichsten sei.³¹¹

Da hielt es im Frühjahr 1807 auch Klüber für ratsam, sich einen Rückzug nach Heidelberg zu sichern. Er ließ sich durch Kabinettsordre die Professur des Staatsrechts und das Amt des Kurators übertragen und verdrängte Reitzenstein auf die gehässigste Weise. Dieser entschloß sich, in die freiwillige Verbannung zu gehen. Er sagte keinem, wohin, aber Wielandt versicherte er, daß er stets und unter allen Himmelsstrichen an ihn und das kleine Bataillon-sacré der rechtlichen Leute nie anders als mit dem Gefühl der innigsten Hochschätzung denken werde.³¹²

Im Mai 1808 gelang es der Hochbergischen Partei schließlich doch, Wielandt aus dem Kabinett zu entfernen. An seiner Stelle wurde der Kammerherr von Haynau, der seit neuestem Gesandter in Stuttgart gewesen war, durch kurfürstlichen Kabinettsbefehl zum Kabinettsdirektor ernannt.³¹³ Durch ein Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Gesandten Baron Auguste de Talleyrand,³¹⁴ einem jüngeren Vetter des damals von der Leitung der Auswärtigen Geschäfte zurückgetretenen Ministers, wurde jedoch Haynau veranlaßt, den Großherzog sofort dringend um Zurücknahme dieser Berufung zu bitten. Denn die beiden Talleyrands, vielleicht viel mehr als Napoleon selber, hatten die Absicht, mit Hilfe des ihnen sehr nahe stehenden Freiherrn von Dalberg eine neue Ordnung in der Verwaltung Badens aufzuziehen.³¹⁵

Im Juni 1808 erschien Dalberg in Karlsruhe mit seiner nach dem westfälischen Muster zugeschnittenen Organisation³¹⁶ und

311. Reitzenstein an Wielandt, 22. März 1807 Univ. Hdbg. 1107.

312. Reitzenstein an Wielandt, 5. April 1807 Univ. Hdbg. 1107. Vgl. Franz Schneider a. a. O.

313. Kabinettsresolution vom 12. Mai 1808 bei den Dienerakten F. A. Wielandts.

314. Über Baron Auguste de Talleyrand, W. Andreas, a. a. O. S. 195 f.

315. Bericht des bayerischen Gesandten v. Reibeldt Nr. 10 vom 23. Mai 1808 Bayr. Hauptstaatsarchiv, Abt. Geheimes Staatsarchiv MA. III Baden 1. dazu Dienerakten Wielandts.

316. Vom 5. Juni 1808, vgl. W. Andreas, a. a. O. S. 199 ff., dazu Herzog an Reitzenstein, 1. Juni 1809 HSTA. III, Korrespondenz Reitzensteins, vgl. auch Emile Dard, Napoléon et Talleyrand, Paris 1935.

gab sich ganz als der Bevollmächtigte Frankreichs. Er ließ sich sofort zum Finanzminister und Direktor des Kabinetts ernennen und hatte so die wichtigsten Stellen im Staate in seiner Hand. Den Großherzog umgab er mit einem fünfköpfigen Kabinettsrat, der den Versuch einer staatlichen Sicherung gegen unverantwortliche Einflüsse darstellte. Im Kabinettsrat führte Gemmingen den Vorsitz, der jetzt offiziell den Titel Kabinettsminister erhielt, der eigentliche Leiter war Dalberg, dazu kamen noch drei von Dalberg ausgewählte Räte als Staatssekretäre. Klüber, der von der Hochbergischen Seite hercingenommen werden sollte, weigerte sich und blieb in Heidelberg.

Die Gräfin von Hochberg hatte die Ankunft Dalbergs mit großen Hoffnungen begleitet. Sie fühlte sich aber schmählich enttäuscht, zumal als Dalberg von ihr Erklärungen über den Stand ihrer Schulden verlangte. Haynau nahm sich der Vereinsamten an und schürte ihren Zorn gegen Dalberg. Es folgte die unter dem Namen der *Affaire Sternhayn* bekannte Contrepartie der Gräfin im November des Jahres, bei der die Regierung beinahe hoffnungslos in die Hände von Abenteurern gefallen wäre.³¹⁷ Die Rettung war dem entschlossenen Zugriff des Erbgroßherzogs Karl zu verdanken. Mit der Bestimmung, daß alle Verfügungen von Wichtigkeit von jetzt ab auch die Unterschrift des Erbgroßherzogs tragen sollten, trat der Enkel als Mitregent neben seinen Großvater. Da der Erbgroßherzog Dalberg wenig geneigt war und alles der Auflösung entgegensteuerte, ließ er im Herbst 1808 und dann noch einmal im März des folgenden Jahres in seinem und Karl Friedrichs Namen einen Hilferuf an Reitzenstein ergehen.

Reitzenstein ließ sich vom Erbgroßherzog das ernstliche Versprechen tätiger Mitarbeit geben und nahm im Mai 1809 die Leitung und den Aufbau der Staatsverwaltung in die Hand. Er berief von Marschall und von Türckheim als Minister des Innern und der Finanzen an seine Seite. Er selbst übernahm keinen Ministerposten sondern dirigierte alles vom Kabinetts aus, diesmal wirklich Kabinettsminister. Wielandt kam als

317. Reitzenstein an Drais, 21. Juni 1829, HSTA. III, Korresp. Drais. Zur *Affäre Sternhayn*, *Andreas a. a. O.*, S. 227 ff.

Staatsrat wieder an seinen alten Platz. Das Kabinettsministerium sollte jedoch keine den Regenten bevormundende Einrichtung bleiben. Reitzenstein wollte diese Stellung nur solange behalten, bis die nun endlich auf Dauer eingerichtete Staatsmaschine im Gange war, dann sollte Karl sein eigener Kabinettsminister sein.

Durch einen erneuten rücksichtslosen Eingriff Napoleons in die badische Staatsverwaltung im März 1810 wurde Reitzenstein mit den wichtigsten Ministern entfernt, aber die Grundzüge seiner Organisation blieben bestehen.

Der alte Großherzog hatte die Ereignisse der letzten Jahre nicht immer mehr mit hellem Bewußtsein miterlebt. Die Kämpfe um die Form des neuen badischen Staats wurden ohne seine innere Anteilnahme ausgefochten. Als er seinen Freund Gemmingen im Mai 1809 den lange erbetenen Abschied geben mußte, spürte er, daß er sich damit zugleich von dem letzten Stück Erinnerung an die Zeit trennen mußte, die ihn einst mit glücklichen Idealen erfüllt hatte. Karl Friedrich starb am 10. Juni 1811.

Sein Nachfolger, Großherzog Karl, stand dem eigentlichen Werk seines Großvaters zu fern, als daß er ihm gegenüber eine Verantwortung verspürt hätte. Er wählte sich eine bequeme Regierungsform mit vortragenden Kabinettsräten, die die Staatsgeschäfte für ihn besorgten. Dafür lebte aber die Überlieferung des alten Baden in Männern wie Brauer, von Drais, Nebenius, Winter und Boeckh fort und wirkte weiter bei der Gestaltung der Zukunft dieses deutschen Grenzlandes am Oberrhein.

Die Untersuchung der Regierungsweise Karl Friedrichs im Kabinett und im Geheimen Rat hat uns veranlaßt, die Entwicklung des badischen Staatswesens von der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts an bis in die Rheinbundszeit zu verfolgen. Sehr bald nach seinem Regierungsantritt gelang es dem jungen Fürsten, seinen Staat und seine Beamtenschaft mit einem neuen, rührigen und auf Beglückung der Untertanen gerichteten Geist zu erfüllen. Seine liebenswürdige, allem Menschlichen aufge-

geschlossenem Charakter zog eine Reihe von bedeutenden Männern an, die in engster Zusammenarbeit mit ihm an der Verwirklichung seiner hohen Ziele arbeiteten. Gerade weil er den Ministern weitgehende Freiheit und persönliche Anteilnahme an seinen Plänen und Unternehmungen gestattete, legte er großen Wert darauf, daß sie dann im gegebenen Augenblick ihre bisher selbständig gemachten Einleitungen vor dem Geheimen Rat, der kollegialen Spitze der Verwaltung, darlegten und verteidigten. Dadurch sollte die Einheit der Regierungsmaßnahmen gewahrt werden. Solange Karl Friedrich die Regierungsverfassung seines Landes nach eigenem Willen bestimmen konnte, hielt er an der kollegialen Einrichtung des Geheimen Rates fest. Er nahm aber stets das Recht für sich in Anspruch, eine Angelegenheit erst dann dem gesamten Kollegium zur Begutachtung vorzulegen, wenn er sie dazu für reif erachtete. In der Wahl seiner Vertrauten zeigte Karl Friedrich eine glückliche Hand. Er behielt auch hier die Entscheidung für sich, wen er in jedem einzelnen Fall mit ins Geheimnis zog. Weder ein allmächtiges Kollegium noch ein allmächtiger Minister sollte sich zwischen ihn und seine Untertanen einschieben. Aus demselben Grunde gestattete er auch den Sekretären, die in seinem Kabinett arbeiteten, keinerlei Einfluß auf seine Entschlüsse. So verband Karl Friedrich mit den Zielen der Aufklärung die Form einer patriarchalischen Selbstherrschaft.

Durch den Verlauf des ersten Koalitionskrieges und das Übergewicht des revolutionären Frankreich über die alten Mächte des Kontinents geriet die kleine Markgrafschaft an der Grenze des Reichs notwendig in die politische Abhängigkeit des militärisch Stärkeren und wurde vor die schwere Aufgabe gestellt, ihr Dasein und ihre deutsche Eigenart zu erhalten. Vor dem Druck den Napoleon auf die süddeutschen Fürsten ausübte, zog sich Karl Friedrich immer mehr in sein Kabinett zurück; er verbrachte Monate fern vom Sitz der Regierung in Baden-Baden oder Schwetzingen und vermied so in Zeiten schwebender Entscheidungen den persönlichen Umgang mit den fremden Diplomaten an seinem Hofe. In dieser klugen Zurückhaltung gelang es ihm, unterstützt von seinen treuen Räten das, was in der alten Markgrafschaft geleistet war, zu bewahren und für das

vergrößerte badische Land fruchtbar zu machen. Erst durch die Parteiungen innerhalb der fürstlichen Familie, wurde der napoleonischen Politik Gelegenheit gegeben, auch in die innere Verwaltung Badens einzugreifen. Während der neue Staat unter der sorgenden Hand Karl Friedrichs zu einer Einheit zusammenwuchs, brachten der kurzsichtige Ehrgeiz des Prinzen Ludwig und die Umtriebe der Gräfin von Hochberg seine Regierung in die Gefahr einer völligen Abhängigkeit von Frankreich. Ein letzter entscheidender Entschluß des greisen Karl Friedrich führte zur heimlichen Rückberufung Reitzensteins, der mit seiner Organisation vom November 1809 und Februar 1810 durch die Beteiligung des Erbgroßherzogs und der zuverlässigen alten badischen Beamten an der Regierung wenigstens die innere, verwaltungsmäßige Selbständigkeit wiederherstellte. Damit war der Staat vor einer weiteren Einmischung der Partei in der Umgebung Napoleons gesichert, die auf eine Vertreibung des Erbgroßherzogs und eine Einverleibung Badens in das französische Reich hinarbeitete. Mehr konnte Baden damals für seine Selbständigkeit nicht tun. Das politische Schicksal des badischen Landes erfuhr erst dann eine Wendung, als in dem niedergeworfenen Preußen eine Bewegung erstand, die die Nation zum allgemeinen Befreiungskampf hinriß und nach der Schlacht bei Leipzig auch Baden von der Gefolgschaft des Imperators ablöste.

Quellen- und Literaturverzeichnis.

1. Ungedruckte Quellen.

- Karlsruhe: Badisches Generallandesarchiv.
Haus- und Staatsarchiv.
München: Bayerisches Hauptstaatsarchiv,
Abteilung Geheimes Staatsarchiv.
Weimar: Thüringisches Staatsarchiv, Abteilung Hausarchiv.

2. Gedruckte Quellen.

- Aus Karl Friedrichs hinterlassenen Papieren, mitgeteilt von Karl Obser, ZGORh. N. F. XXVI. 1911.
Carl Friedrichs von Baden brieflicher Verkehr mit Mirabeau und Du Pont. 2 Bde. Herausgeg. von der Bad. Historischen Kommission; bearb. von Carl Knies.
Denkwürdigkeiten des Markgrafen Wilhelm von Baden, Bd. I, 1792—1818. Herausgegeben von der Bad. Historischen Kommission; bearbeitet von Karl Obser, Heidelberg 1906.
Ein Tagebuch des Markgrafen Karl Friedrich vom Jahre 1764, mitgeteilt von Karl Obser, Neues Archiv für die Geschichte der Stadt Heidelberg, Bd. 9, 1911.
Freystedt, Karoline von, Erinnerungen aus dem Hofleben, herausgegeben von Karl Obser, Heidelberg 1902.
(Herzog, Ernst Sigmund) Briefe über die Verfassung in der Markgrafschaft Baden. Anonym erschienen, 2. Aufl. Basel 1788.
Jugenderinnerungen Großherzog Friedrichs I. von Baden 1826—1847. Herausgegeben und eingeleitet von Karl Obser. Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse. Jahrgang 1921.
Politische Correspondenz Carl Friedrichs von Baden, 1783—1806. Herausgegeben von Bernhard Erdmannsdörffer und Karl Obser, Bd. I—VI, Heidelberg 1888—1915. (Abgekürzt P. C.)
Thiard, A. Th. de, Souvenirs diplomatiques et militaires du général Thiard chambellan de Napoléon Ier. p. p. Léonce Lex. Paris 1900.
Dazu die badischen Hof- und Staatskalender
und die badischen Regierungsblätter.

3. Literatur.

- Andreas, Willy, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802—1818. Bd. I. Der Aufbau des Staates im Zusammenhang der allgemeinen Politik. Leipzig 1913.

- Badische Politik unter Karl Friedrich. ZGORh. N. F. XXVI. 1911.
- Baden nach dem Wiener Frieden 1809. Neujahrsblätter der Badischen Historischen Kommission N. F. 15, Heidelberg 1912.
- Friedrich Brauer und die Entstehung des ersten badischen Organisationsediktes vom 4. Februar 1803. ZGORh. N. F. XXIV. 1909.
- Die Einführung des Code Napoléon in Baden. Zeitschrift der Savigny-Stiftung, Germ. Abt. Bd. 31.
- Ludwig Winter über eine Reform der Verwaltungsordnung (1817). ZGORh. N. F. XXV. 1910.
- Zur Beurteilung der badischen Verwaltungsorganisation vom 26. November 1809 und ihrer Weiterbildung: ZGORh. N. F. XXVII. 1912.
- Zum hundertjährigen Todestag Karl Friedrichs am 11. Juni 1811. Karlsruher Zeitung, Jahrgang 1911, Nr. 157.
- Preußen und Reich in Carl Augusts Geschichte, in Kämpfe um Volk und Reich, Aufsätze und Reden. Stuttgart 1934.
- Bapst, Edmond Ambassadeur de France, A la Conquête du Trône de Bade. La Comtesse de Hochberg, la Grande Duchesse Stéphanie, Gaspard Hauser. Paris 1930.
- Drais, C. W. F. L. Freiherr von, Geschichte der Regierung und Bildung von Baden unter Carl Friedrich vor der Revolution. Bd. I, II, Karlsruhe 1816, 1818.
- Gemälde über Karl Friedrich, den Markgrafen, Kurfürsten und Großherzog von Baden. Mannheim 1828.
- Doeberl, Max. Die Entstehung des modernen Staates in Bayern.
 - Denkwürdigkeiten des Grafen Montgelas über die innere Staatsverwaltung Bayerns. Einleitung.
- Fester, Richard, Markgraf Bernhard I. und die Anfänge des badischen Territorialstaates. Neujahrsblätter der Badischen Historischen Kommission. Blatt 6, Karlsruhe 1896.
- Gothein, Eberhard, Die badischen Markgrafschaften im 16. Jahrhundert. Neujahrsblätter der Bad. Historischen Kommission. N. F. 13, Heidelberg 1910.
- Beiträge zur Verwaltungsgeschichte der Markgrafschaft Baden unter Karl Friedrich. ZGORh. N. F. XXVI, 1911.
- J. G. Schlosser als badischer Beamter. Neujahrsblätter der Bad. Historischen Kommission. N. F. 2, Heidelberg 1899.
- Karl Friedrich von Baden. Heidelberger Universitätsrede 1911.
- Der Breisgau unter Maria Theresia und Joseph II. Neujahrsblätter der Bad. Historischen Kommission, N. F. Bd. 10, Heidelberg 1907.
- Häußer, Ludwig. Über die Regierung Karl Friedrichs. Heidelberger Universitätsrede 1864.
- Hintze, Otto, Die Entstehung der modernen Staatsministerien. HZ. Bd. 100.
 - Calvinismus und Staatsräson in Brandenburg zu Beginn des 17. Jahrhunderts. HZ. 144, 1931.
 - Darstellung der Behördenorganisation und der allgemeinen Verwaltung in Preußen beim Regierungsantritt Friedrichs II. Acta Borussica, Bd. VI, 1901.
 - Der Staat des großen Kurfürsten. Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik. Bd. 8. 1914.

- Der österreichische und der preußische Beamtenstaat im 17. und 18. Jahrhundert. HZ. Bd. 86.
- Wesen und Wandlung des modernen Staates. Sitzungsberichte der preußischen Akademie der Wissenschaften, 1931.
- Holldack, Heinz, Der Physiokratismus und die absolute Monarchie. HZ. Bd. 145, 1932.
- Hüffer, Hermann, Kabinettsregierung in Preußen und J. W. Lombard. 1797—1810. Leipzig 1891.
- Kleinschmidt, Arthur Karl Friedrich von Baden. Heidelberg 1878.
- Klinkenborg, Melle, Die Stellung des königlichen Kabinetts in der preußischen Behördenorganisation. Hohenzollern-Jahrbuch, hrsg. von P. Seidel, Berlin 1915.
- Koser, Reinhold, Die Epochen der absoluten Monarchie in der neueren Geschichte. HZ. Bd. 61.
- Die Gründung des auswärtigen Amts durch Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1728. Forsch. zur Brandenburg-Preußischen Gesch. Bd. 2, 1889.
- Kraemer, Ulrich, Der deutsche Kleinstaat des 17. Jahrhunderts im Spiegel von Seckendorfs „Teutschem Fürstenstaat“. Zeitschr. des Vereins f. Thüringische Geschichte u. Altertumskunde, N. F. 25, 1922.
- Lehmann, Max, Der Ursprung des preußischen Kabinetts. HZ. Bd. 63. 1889.
- Lenel, Paul, Badens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung unter Markgraf Karl Friedrich 1738—1803. Karlsruhe 1913. Freiburger Abhandlungen aus dem Gebiete des öffentlichen Rechts, hrsg. von H. Rosin und Richard Schmidt, Heft XXIII.
- Lenz, Max, Ein deutscher Kleinstaat in der französischen Revolution. Preußische Jahrbücher, Bd. 70, 1892.
- Ludwig, Theodor, Der badische Bauer im 18. Jahrhundert, Straßburg 1896.
- Miller, Max, Die Organisation und Verwaltung von Neuwürttemberg unter Herzog und Kurfürst Friedrich. Württemb. Vierteljahrshefte für Landesgeschichte, N. F. XXXVII, 1931.
- Moericke, Otto, Die Agrarpolitik des Markgrafen Karl Friedrich von Baden. Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen, Bd. 8, Karlsruhe 1905.
- Nebenius, Carl Friedrich, Karl Friedrich von Baden. Aus dem Nachlaß herausgegeben durch Friedrich von Weech, Karlsruhe 1868.
- Obser, Karl, Badische Politik in den Jahren 1782—1792. Zeitschr. f. Geschichte und Politik, Bd. 5, 1888.
- Reitzensteins Entwurf einer Ministerialorganisation vom August 1806. ZGORh. N. F. XVIII, 1903.
- Zur Erinnerung an Wilhelm von Edelsheim. Karlsruher Zeitung, Jahrgang 1893, Nr. 336, Beilage.
- Oestreich, Gerhard, Das persönliche Regiment der deutschen Fürsten am Beginn der Neuzeit. Die Welt als Geschichte. I. Jahrgang, Heft 3/4, Berlin 1935.
- Rosenthal, Eduard, Die Behördenorganisation Kaiser Ferdinands I. als Vorbild der Verwaltungsorganisationen in den deutschen Territorien. Archiv für österreichische Geschichte, Bd. 69, 1887.
- Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Bayerns. Bd. I u. II. Würzburg 1889, 1906.

- Sachs, J. Ch., Einleitung in die Geschichte der Markgrafschaft Baden. Bd. I—V. Karlsruhe 1773.
- Schnabel, Franz, Sigismund von Reitzenstein der Begründer des badischen Staates. Heidelberg 1927.
- Schneider, Franz, Geschichte der Universität Heidelberg im ersten Jahrzehnt nach der Reorganisation durch Karl Friedrich (1803—1813). Heidelberger Abhandlungen, Heft 38. 1913.
- Schmoller, Gustav, Über Behördenorganisation, Amtswesen und Beamtentum im Allgemeinen und speziell in Deutschland und Preußen bis zum Jahre 1713. Acta Borussia, Bd. I. Einleitung. Berlin 1894.
- Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte. Leipzig 1898.
- Spittler, Ludwig Thimotheus Freiherr von, Geschichte des württembergischen Geheimen-Rats-Collegiums. Sämtliche Werke Bd. 13. Herausgeg. von Karl Wächter, Stuttgart und Tübingen 1837.
- Voltelini, Hans von, Die naturrechtlichen Lehren und die Reformen des 18. Jahrhunderts. HZ. Bd. 105, 1910.
- Walz, Ernst, Die rechtliche Stellung des Staatsministeriums im Großherzogtum Baden. Staatsrechtliche Abhandlungen, Festgabe für Paul Laband. Tübingen 1908.
- Weech, Friedrich von, Badische Geschichte. Karlsruhe 1896.
- Baden unter den Großherzogen Carl Friedrich, Carl, Ludwig 1738—1830. Freiburg 1863.
- Badische Biographien, Teil I und II, Heidelberg 1875.
- Wild, Karl, Die staatliche Organisation der Bistümer Würzburg und Bamberg. Heidelberg 1906.
- Staat und Wirtschaft in den Bistümern Würzburg und Bamberg. Heidelberg 1906.
- Windelband, Wolfgang, Die Verwaltung der Markgrafschaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs. Leipzig 1917.
- Der Anfall des Breisgaus an Baden. Tübingen 1908.
- Wintterlin, Friedrich, Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg. Bd. I u. II. Stuttgart 1904/1909.
- Die altwürttembergische Verfassung am Ende des 18. Jahrhunderts. Württemb. Vierteljahrshefte für Landesgeschichte, N. F. XXIII, 1914.

DATE DUE

GAYLORD			PRINTED IN U.S.A.

D 1 .H5 no.317



3 8198 311 854 325
Geschichte der Grafen von Eber UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.318



3 8198 311 854 333
Alzey im Dreissigjahrigen Krie UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.319



3 8198 311 854 358
Volk und Nation bei Jahn, Rott UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.320



3 8198 311 854 366
Geheimer Rat und Kabinett in B UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

RES. FAC.	8	4	2	1	36	35	34	33
D 1 H5 no.317-320					C 58845ER Historische Studien			
NAME & ADDRESS					IDENTIFICATION NUMBER			

7
4
1
2
CALL NO.

D
1
H5
no.317-320
Historische Studien

